

1. In der Theorie: Der Mythos vom Staat als Organ der Transformation der bürgerlichen Gesellschaft in die „soziale Demokratie“

1.1. Bürgerlicher Reformismus und sozialreformistische Staats- und Demokratiefassung

Die Vorstellung vom Staat als klassenindifferentes Organ gesellschaftlichen Wandels nimmt in der Ideologie des bürgerlichen Reformismus¹ und dem von ihr beeinflussten Teil der Arbeiterbewegung einen besonderen Platz ein. Sie kann mit Fug und Recht als eine der tragenden Säulen der Kapitalismus-Apologie in der Gegenwart bezeichnet werden. Die Staatsvorstellung des bürgerlichen Reformismus sowie seiner sozialreformistischen Träger erklärt sich vor allem aus dem sozialen Wesen und der Struktur dieser Hauptrichtung bürgerlicher Ideologie, ihrer Stellung in den grundlegenden Klassenauseinandersetzungen unserer Zeit.

Der bürgerliche Reformismus der Gegenwart geht von der Grundthese aus, daß sich auf dem Wege sozialer und politischer Reformen eine Wandlung oder Transformation des Kapitalismus in eine nicht mehr kapitalistische Gesellschaft vollziehe. Für diese angeblich evolutionäre Gesellschaftsveränderung² wird ein weites Spektrum von Bezeichnungen verwandt, dessen Aufzählung wir uns hier ersparen können. Festzustellen ist jedoch, daß mit allen jenen Bezeichnungen der Kapitalismus als wandlungs- und veränderungsfähig im Sinne des Beherrschens der ihm wesenseigenen Triebkräfte und Eigenschaften und des Überwindens der ihn kennzeichnenden grundlegenden Widersprüche dargestellt wird. Eine der Hauptthesen des bürgerlichen Reformismus besteht in der Behauptung, daß der Kapitalismus aus sich selbst heraus über die Fähigkeit zur Bewältigung der gesellschaftlichen Grundfragen und zur Überwindung der ihm eigenen Widersprüche und Übel verfüge. Die Darstellungen von einer sich verändernden Gesellschaft, die die Grundeigenschaften und Gebrechen des von der Masse der Werktätigen abgelehnten Kapitalismus abstreife, sind ihrem [10] Wesen nach ideologische Reflexionen der imperialistischen Bourgeoisie auf die sich zu ihren Ungunsten verändernden Bedingungen ihrer Existenz. Es sei in diesem Zusammenhang vermerkt, daß W. I. Lenin kurz vor dem Beginn der allgemeinen Krise des Kapitalismus, als sich die Anzeichen für das Heranreifen der proletarischen Revolution häuften, auf eine wichtige Veränderung in der ideologischen Verteidigung des Kapitalismus durch die Bourgeoisie und ihre Vertreter aufmerksam machte. In einem Artikel „Der Reformismus in der russischen Sozialdemokratie“ stellte er fest: „Anstatt offen, prinzipiell und direkt alle Grundsätze des Sozialismus im Namen der absoluten Unantastbarkeit des Privateigentums und der freien Konkurrenz zu bekämpfen, geht die europäische und amerikanische Bourgeoisie, vertreten durch ihre Ideologen und Politiker, immer häufiger dazu über, die sogenannten sozialen Reformen gegen die Idee der sozialen Revolution zu verfechten.“³ W. I. Lenin fuhr fort: „Reformismus gegen sozialistische Revolution, das ist die Formel der modernen ‚fortgeschrittenen‘, gebildeten Bourgeoisie.“⁴ Und weiter: „Reformen *gegen* Revolution, stückweises Flickern des untergehenden Regimes zur Spaltung und Schwächung der Arbeiterklasse, zur Behauptung der Macht der Bourgeoisie *gegen* den revolutionären Sturz dieser Macht.“⁵

Der Verlauf des revolutionären Prozesses hat bewiesen, daß der weltweite Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus durch keinerlei Manöver der Bourgeoisie, auch nicht durch bürgerliche Reformen, aufzuhalten ist. Dennoch setzt die Monopolbourgeoisie heute mehr denn je ihre Hoffnungen auf

¹ Unter bürgerlichem Reformismus wird hier jene von K. Marx und F. Engels im „Manifest der Kommunistischen Partei“ charakterisierte politische und ideologische Hauptströmung der Bourgeoisie verstanden, die versucht, mittels Reformen und Teilzugeständnissen, die die Grundlagen des kapitalistischen Systems unangetastet lassen, die bürgerliche Klassenherrschaft zu erhalten und zu festigen. Im Reformismus der Monopole erhält diese Strategie unter den veränderten inneren und äußeren Existenzbedingungen des Imperialismus ihre spezifische Weiterentwicklung und Ausprägung.

² Vgl. K.-H. Flach u. a., Die Freiburger Thesen der Liberalen, Hamburg 1972, S. 19.

³ W. I. Lenin, Werke, Bd. 17, Berlin 1962, S. 216.

⁴ Ebenda.

⁵ Ebenda.

diese Strategie. „Die einzige wirksame Alternative zur Revolution ist die Reform“⁶, meinen die Vertreter dieser Variante der Verteidigung des Kapitalismus. „Es geht schlicht darum“, so wird im gleichen Zusammenhang noch bekräftigt, „daß wir unsere freiheitliche Ordnung nur dann erhalten können, wenn wir sie ständig verbessern.“⁷

Diese Zitate stehen hier selbstverständlich nur als Beispiel. In ähnlicher Weise äußern sich auch die Vertreter anderer bürgerlicher Parteien, denn der Reformismus ist keineswegs auf eine bestimmte bürgerliche Partei beschränkt. Nicht der bestehende, wohl aber der reformierte Kapitalismus sei die beste aller Welten. Bemerkenswert ist dabei immerhin, [11] daß es die Vertreter des bürgerlichen Reformismus schon nicht mehr wagen, sich offen zum Kapitalismus, wie er ist, zu bekennen, sondern zu einem geläuterten Kapitalismus, wie er auf Grund von Reformen angeblich einmal sein werde. Sie reagieren damit auf ihre Weise auf die tiefgreifende Krise des kapitalistischen Systems, wobei sie zugleich offensiv versuchen, die Unfähigkeit des Kapitalismus, für die gesellschaftlichen Probleme Lösungen zu finden, die den Interessen und Bedürfnissen der Arbeiterklasse und der gesamten werktätigen Bevölkerung entsprechen, zu überspielen. Das Bild von der sich wandelnden kapitalistischen Gesellschaft ist insbesondere der ideologische Reflex der imperialistischen Bourgeoisie auf die von weiten Schichten des werktätigen Volkes in den kapitalistischen Ländern erhobenen Forderungen nach grundlegenden sozialen und politischen Veränderungen.

Die vom bürgerlichen Reformismus behauptete Transformation des Kapitalismus dient einerseits der Apologie. Die apologetische Rechtfertigung und Beschönigung des kapitalistischen Systems ist nach wie vor unverzichtbarer Bestandteil der Ideologie und Politik der imperialistischen Bourgeoisie und gewinnt mit der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus für sie sogar noch an Bedeutung. Sie allein reicht jedoch längst nicht mehr aus, um die Herrschaft der Monopole aufrechtzuerhalten.

In den Behauptungen vom Wandel der kapitalistischen Gesellschaft kommen zugleich die Versuche zum Ausdruck, im Klasseninteresse der imperialistischen Bourgeoisie in aktiver Weise die sozial-ökonomischen und politischen Entwicklungen zu beeinflussen und in die spontane und anarchische Entwicklung des Kapitalismus im Interesse der Behauptung und Festigung der Monopolherrschaft Elemente der Kontrolle und Steuerung einzuführen.⁸ Diese unter dem Druck der Widersprüche des kapitalistischen Systems und der Aktionen der Arbeiterklasse an Bedeutung gewinnende Richtung der Strategie der imperialistischen Bourgeoisie findet im bürgerlichen Reformismus ihren spezifischen Ausdruck. Dessen Ideologen behaupten, das kapitalistische System könnte durch eine aktive Politik der Reformen eine solche innere Wandlung erfahren, daß es für die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft gerüstet sei und damit überleben werde. Die Zukunft des westlichen [12] Systems beruhe auf seiner Reformfähigkeit, äußerte der bürgerliche Reformideologe Karl-Hermann Flach. Es gehe angesichts der Herausforderung durch die marxistisch-leninistische Gesellschaftstheorie um die Reform des Kapitalismus, nicht um seine Beseitigung, und zwar um die Reform mit dem Ziel einer Steigerung der Leistungsfähigkeit des ökonomischen und politischen Systems.⁹

Was liegt näher, als daß die bürgerlichen Ideologen die Lösung dieser, nach ihrer Auffassung für den Fortbestand des Kapitalismus lebenswichtigen Aufgabe dem Staat übertragen wollen? Und in der Tat erklärt sich die besonders hervorgehobene Rolle des Staates und mit ihm des Rechts in der Ideologie des bürgerlichen Reformismus vor allem daraus, daß er als das wichtigste Instrument einer angeblichen Transformation des Kapitalismus bezeichnet wird. Aufgabe des Staates und des Rechts sei es, die kapitalistische Gesellschaft mittels Reformen allmählich zu verändern.

Diese Deutung einer angeblich neuen und veränderten Rolle des bürgerlichen Staates als des Instruments gesellschaftlichen Wandels ist einer der entscheidenden Punkte, in dem sich heute der Reformismus der imperialistischen Bourgeoisie und der Reformismus der rechten Sozialdemokratie treffen.

⁶ H.-D. Genscher, Entscheidung für die Freiheit, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 138 vom 26. 10. 1973, S. 1374.

⁷ Ebenda, S. 1371.

⁸ Vgl. G. Diligenski, Die bürgerliche Ideologie und die soziale Strategie des Kapitalismus, Neues Deutschland, Berlin, 26.4.1973.

⁹ K.-H. Flach, a. a. O., S. 19, 46 f., 50; dgl. K.-H. Flach, Noch eine Chance für die Liberalen, Frankfurt a. M. 1971, S. 28 f.

Die Auffassung, daß der angeblich klassenindifferente Staat das wichtigste Organ zur Lösung der Aufgabe sei, vor allem mit Hilfe des Rechts die ökonomischen und sozialen Widersprüche des kapitalistischen Gesellschaftssystems aufzuheben und eine schrittweise Evolution des Kapitalismus in eine „neue Gesellschaft“ jenseits vom Kapitalismus und Sozialismus herbeizuführen, deren politische Ordnung die „soziale Demokratie“ sei, steht im Mittelpunkt der sozialreformistischen Auffassungen über den bürgerlichen Staat und die bürgerliche Demokratie.¹⁰

In Übereinstimmung mit jener Grundrichtung der herrschenden bürgerlichen Ideologie behauptet der Sozialreformismus rechtssozialdemokratischer Prägung, daß das bestehende kapitalistische System grundsätzlich in der Lage sei, die gesellschaftlichen Probleme zu lösen und die wesentlichen Bedürfnisse der werktätigen Massen zu befriedigen. Expressis verbis wird von sozialreformistischen Theoretikern die „Fähigkeit unseres gesellschaftlich-politischen Systems, seine eigene Ent-[13]wicklung zu steuern, sich selbst durch absichtsvolles politisches Handeln zu verändern – zu ‚reformieren‘ oder zu ‚transformieren‘ – behauptet¹¹. Auf die von sozialreformistischen Ideologen so formulierte Frage: „Lassen sich die unbestreitbaren Mängel des marktwirtschaftlichen Prozesses heilen, oder ist seine Abschaffung notwendig?“, lautet ihre Antwort, daß dieses System dann voll funktionieren werde, wenn seine „Exzesse und Fehlergebnisse“ beseitigt, seine Grundlagen jedoch beibehalten und weiterentwickelt würden.¹² Der Sozialreformismus geht damit von folgenden Annahmen aus: Erstens: Der Kapitalismus besitze selbst die Fähigkeit zur allmählichen Überwindung seiner Widersprüche und Gebrechen; zweitens: das Instrument zur Behebung dieser Widersprüche und Gebrechen sei der Staat, der mit den Mitteln der Politik diesen Prozeß herbeiführe; drittens: Diese Entwicklung vollziehe sich auf der Grundlage und unter Beibehaltung der bestehenden Verhältnisse, die jedoch einen inneren Wandel erfahren würden.

Wie liegen die Dinge nun wirklich? Die ökonomischen und politischen Grundlagen des kapitalistischen Systems sind das monopolkapitalistische Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln als Bedingung der ökonomischen Macht der Monopole und ihrer daraus erwachsenden politischen Herrschaft, verkörpert vor allem im imperialistischen Staat.

Diese Grundlagen des Kapitalismus und des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu sichern, haben die Ideologen und Politiker der rechten Sozialdemokratie zum wiederholten Male programmatisch bekundet und zur Richtschnur ihres gesamten praktischen Handelns gemacht. Die Ideologie und Politik der Reformen soll, wie im übrigen auch nicht verhehlt wird, letztlich der Erhaltung und Festigung dieser Grundlagen staatsmonopolistischer Herrschaft dienen. Die sozialreformistische Ideologie erweist sich damit als eine Variante der gegenwärtigen bürgerlichen Ideologie.¹³

Entsprechend dem sozialen Auftrag der rechten Sozialdemokratie, mittels sozialer und politischer Versprechungen und Teilzugeständnisse große Teile der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Klassen und Schichten an sich zu binden und damit vom Kampf um revolutionäre Umgestaltungen fernzuhalten, erklärt sie es als ihre Aufgabe, den Kapitalismus auf dem Wege der „sozialen Reformierung“ und der „Demokratisie-[14]rung“ für die Werktätigen „erträglicher“ werden zu lassen. Die Sozialdemokratie bezeichnet sich als Reformbewegung, der es darum gehe, die „Widersprüche zwischen der herrschenden Ordnung und den Bedürfnissen der Menschen durch friedliche Veränderungen dieser Ordnung zugunsten der breiten Massen abzubauen“¹⁴. Dies erfolge mit Hilfe des Staates, mittels der staatlichen Politik.

¹⁰ Vgl. auch H. Leichtfuß, Die Klassenfunktion der „sozialen Demokratie“, Einheit, Berlin, Heft 4/1973, S. 416 ff.

¹¹ F. W. Scharpf, Reformpolitik im Spätkapitalismus, Die Neue Gesellschaft, Bonn – Bad Godesberg, Heft 6/1972, S. 471.

¹² H. Apel, Unsere Wirtschaftsordnung weiterentwickeln, Die Neue Gesellschaft, Bonn – Bad Godesberg, Heft 4/1973, S. 250.

¹³ Vgl. auch W. Paff/V. Wrona, Der „demokratische Sozialismus“ – eine bürgerliche Konzeption, Einheit, Berlin, Heft 12/1972, S. 1630 ff.

¹⁴ H.-J. Vogel, Reale Reformen – Beiträge zu einer Gesellschaftspolitik der neuen Mitte, München 1973, S. 17; vgl. auch den Artikel: B. Kreisky, Ein Mann der praktischen Vernunft, Welt der Arbeit, Köln, vom 1.3.1974, wo behauptet wird, daß die Sozialdemokratie, „wenn sie ihre Reformaufgabe erfaßt, ... die der jetzigen Entwicklung des Kapitalismus oder der modernen Industriegesellschaft adäquate Reformpartei“ sei.

Zunächst einmal ist es nicht uninteressant, daß Widersprüche zwischen dem kapitalistischen System und den Bedürfnissen der Menschen konstatiert werden. Allein es besagt noch nicht viel und dient desto leichter der Verschleierung, wenn eine exakte Analyse des Wesens dieser beiden Pole, des kapitalistischen Gesellschaftssystems in seiner gegenwärtigen Ausprägung einerseits und der Bedürfnisse der Werktätigen andererseits sowie die Analyse der Natur der Widersprüche zwischen ihnen unterbleibt. Ermöglicht doch erst ein solches Herangehen die richtige Antwort auf die Frage nach der Überwindung dieser Widersprüche.

Karl Marx und Friedrich Engels haben diese Analyse unter Anwendung der von ihnen ausgearbeiteten Theorie und Methode des dialektischen und historischen Materialismus vorgenommen. W. I. Lenin hat sie unter den Bedingungen des Imperialismus weitergeführt. Die revolutionäre Arbeiterbewegung der Gegenwart bereichert sie weiter. Sie beweisen und bestätigen, daß nicht aus einer Uneinsichtigkeit der Bourgeoisie oder einer Unvollkommenheit der politischen und technischen Möglichkeiten, sondern aus der Natur des Kapitalismus selbst die Unversöhnlichkeit der Klasseninteressen von Bourgeoisie und Proletariat, der Interessen der Monopole und der Bedürfnisse der Werktätigen resultiert. Aus dem Wesen des Kapitalismus und des ihm innewohnenden sozialen Grundwiderspruchs folgt die durch die Geschichte der Klassenkämpfe belegte Erkenntnis, daß die Überwindung der Widersprüche zwischen dem kapitalistischen System und den Bedürfnissen der Werktätigen im Rahmen dieses Systems nicht möglich ist, sondern die revolutionäre Beseitigung des Kapitalismus erfordert.

Sozialdemokratische Ideologen propagieren die Vorstellung eines allmählichen Abbaus der sozialen Widersprüche des Kapitalismus auf dem Wege seiner friedlichen Veränderung, Wandlung oder Transformation.

[15] Es handelt sich hier um die Evolution der alten, aus der Geschichte des Opportunismus bekannten Idee der Versöhnung und Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit, die der marxistisch-leninistischen wissenschaftlichen Lehre vom revolutionären Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und vom Aufbau des Sozialismus entgegengesetzt wird. Tatsächlich versteht sich die rechte Sozialdemokratie politisch und ideologisch als gegenläufige Bewegung zum revolutionären Weltprozeß, als Kraft, die den weiteren Vormarsch der Ideen des Marxismus-Leninismus aufzuhalten sucht. Einer ihrer Führer, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, Bruno Kreisky, brachte dies in der Forderung zum Ausdruck, „die Sozialdemokratie müsse zum unmittelbaren Gegenpol des Kommunismus werden“¹⁵. Dabei soll gerade die erhoffte „Systemverbesserung durch eine langfristige Reformpolitik“¹⁶ die revolutionäre Beseitigung des Kapitalismus als überflüssig erscheinen lassen. Wir sehen hier deutlich, wie sich der Reformismus der imperialistischen Bourgeoisie und der rechten Sozialdemokratie in dem gemeinsamen Ziel der Erhaltung und Festigung des kapitalistischen Systems und des Kampfes gegen den Einfluß der marxistisch-leninistischen Ideologie verbinden.

Entscheidender Angelpunkt sozialreformistischer Strategie der Erhaltung und Festigung des kapitalistischen Systems mittels bürgerlicher Reformen ist der Staat. Der heutige imperialistische Staat wird im Mythos sozialreformistischer Ideologie zum allmächtigen, sich über die Klassen und ihre materiellen Existenzbedingungen erhebenden Gestalter jener „neuen Gesellschaft“ verwandelt, die sich mit der evolutionären Transformation des Kapitalismus angeblich herausbilde. Die Sozialdemokratie sei für die „Handhabung dieses Staates als Mittel zur Reform der Gesellschaft in Richtung auf Gleichheit und Solidarität, das heißt auf Teilhabe, auf Mitbestimmung und auf soziale Gerechtigkeit“, äußerte der stellvertretende SPD-Vorsitzende Helmut Schmidt.¹⁷ Dabei werde der Staat vor allem mit Hilfe des Rechts tätig. „Aufgabe sozialdemokratischer Rechtspolitik ist es immer, mit den Mitteln des Rechts eine sozialere, gerechtere und humanere Ordnung zu erreichen“, heißt es in dem von einer

¹⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.2.1973.

¹⁶ A. Schwan, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, in: Beiträge zur Theoriediskussion, hrsg. von G. Lührs, Bonn – Bad Godesberg 1973, S. 105; vgl. auch P. von Oertzen, Die Zukunft des Godesberger Programms, in: Freiheitlicher Sozialismus, hrsg. von H. Flohr, K. Lompe und L. F. Neumann, Bonn – Bad Godesberg 1973, S. 90.

¹⁷ H. Schmidt, Auf dem Fundament des Godesberger Programms, Bonn – Bad Godesberg 1974, S. 31.

Kommission des Parteivorstandes der SPD ausgearbeiteten „Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973-1985“.¹⁸

[16] Im zweiten Entwurf dieses „Orientierungsrahmens“, der am 16.1.1975 im „Vorwärts“, Bonn, veröffentlicht wurde, wird die Behauptung von der Möglichkeit, „über den Staat eine Reformpolitik friedlicher schrittweiser Demokratisierung der Gesellschaft zu verwirklichen“, noch unterstrichen. Die Verfasser dieses Entwurfes erklären, sie hätten nicht die „Vorstellung von einem neutralen, über allen Interessengegensätzen schwebenden autonomen Staat“. Möglicherweise sollen damit kritische Stellungnahmen aus einigen Parteiorganisationen der SPD und den Reihen der Jung-Sozialisten zur allzu beschönigenden Darstellung der Rolle des Staates im ersten Entwurf des „Orientierungsrahmens“ aufgefangen werden. Aber auch der etwas verkleideteren Vorstellung, der Staat stehe zwar nicht über den „Interessengegensätzen“, könne jedoch bei einer „richtigen“ Politik im Interesse aller eingesetzt werden, liege nichts anderes als die Auffassung vom Staat als einer klassenindifferenten Einrichtung zugrunde, die nur in der Richtung auf die Reform der Gesellschaft in Bewegung gesetzt zu werden braucht.

Wir sind damit bereits beim Kern sozialreformistischer Argumentation in der Staatsfrage, der Behauptung, daß mittels eines über den Klassen stehenden Staates und mit Hilfe eines ebenso klassenindifferenten Rechts eine „neue Gesellschaft“ ohne die Widersprüche und Gebrechen der bisherigen entstehe, ohne die revolutionäre Umwälzung der alten sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnisse des Kapitalismus. Wir werden uns mit dieser Grundthese in allen folgenden Abschnitten auseinandersetzen und uns dabei vor allem auf zwei Fragen konzentrieren – einmal auf die Behauptung, daß mit Hilfe des Staates die Demokratie für alle Klassen und Schichten verwirklicht werde, und zum anderen auf die Vorstellung, daß mit Hilfe des Staates die Widersprüche der Ökonomie bewältigt und die Ökonomie im Interesse aller Klassen und Schichten entwickelt werde. Dabei wird sowohl die Geschichte dieser Ideologie wie ihre Evolution und ihr heutiges soziales Wesen untersucht werden. Zunächst sei festgestellt:

Der Mythos vom Staat und mit ihm des Rechts als Gestalter der gesellschaftlichen Verhältnisse gründet sich auf die idealistische Umkehrung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft. Die materialistische Auffassung von der Determiniert-[17]heit des bürgerlichen Staates durch die bürgerliche Gesellschaft wie jedes Staates durch die jeweilige Gesellschaft hat Karl Marx im Vorwort „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ in die berühmten Worte gekleidet: „Meine Untersuchung mündete in dem Ergebnis, daß Rechtsverhältnisse wie Staatsformen weder aus sich selbst zu begreifen sind noch aus der sogenannten allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes, sondern vielmehr in den materiellen Lebensverhältnissen wurzeln, deren Gesamtheit Hegel, nach dem Vorgang der Engländer und Franzosen des 18. Jahrhunderts, unter dem Namen ‚bürgerliche Gesellschaft‘ zusammenfaßt, daß aber die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft in der bürgerlichen Ökonomie zu suchen sei.“¹⁹

Die Determiniertheit des bürgerlichen Staates durch die bürgerliche Gesellschaft schließt nicht aus, sondern bezieht im Gegenteil ein, daß der Staat im Rahmen dieser Abhängigkeit aktiv auf die Gesellschaft zurückwirkt. Marx und Engels wie später Lenin haben wiederholt auf diese Wechselwirkung hingewiesen und sich nicht allein konsequent gegen jegliche idealistische, sondern ebenso auch mit aller Schärfe gegen vulgär-materialistische, mechanistische Auffassungen des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft gewandt. Die verschiedenen Momente des Überbaus, so stellte Engels fest, „üben ... ihre Einwirkung auf den Verlauf der geschichtlichen Kämpfe aus und bestimmen in vielen Fällen vorwiegend deren *Form*. Es ist eine Wechselwirkung aller dieser Momente, worin schließlich durch alle die unendliche Menge von Zufälligkeiten ... als Notwendiges die ökonomische Bewegung sich durchsetzt. Sonst wäre die Anwendung der Theorie auf eine beliebige Geschichtsperiode ja leichter als die Lösung einer einfachen Gleichung ersten Grades.“²⁰

¹⁸ Langzeitprogramm 1 – Texte –, Bonn – Bad Godesberg 1972, S. 43; vgl. auch H. Schmidt, Auftrag und Bewährung des Rechts im demokratischen Rechtsstaat, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 112 vom 27.9.1974.

¹⁹ K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 13, Berlin 1961, S. 8 (im folgenden: MFW).

²⁰ MEW, Bd. 37, Berlin 1967, S. 463.

Mit den Veränderungen der ökonomischen Basis des Kapitalismus durch die Herausbildung der Monopole, die in der imperialistischen Phase die Wirtschaft des Kapitalismus bestimmen und alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringen, gingen auch Veränderungen in der sozialen Basis des bürgerlichen Staates vor sich. Der bürgerliche Staat, in der Periode des vormonopolistischen Kapitalismus das Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie als Klasse in ihrer Gesamtheit, wird im Imperialismus zum Instrument der Herrschaft vorwiegend der imperialistischen Bourgeoisie, ohne dadurch die Wahrnehmung der allgemeinen Klasseninteressen der Bourgeoisie aufzugeben. Ihm werden unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus zunehmend Aufgaben übertragen, die der Aufrechterhaltung imperialistischer Herrschaft im allgemeinen und der Sicherung monopolistischer Verwertungsbedingungen des Kapitals im besonderen dienen. In diesem Zusammenhang werden dem imperialistischen Staat als Ausdruck der Verschärfung des Grundwiderspruchs zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte und den privatkapitalistischen Formen der Aneignung auch die Ausarbeitung und Inangriffnahme von Reformen übertragen, die sowohl im Interesse der Kapitalverwertung notwendige Strukturmaßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet (z. B. Veränderungen in der Struktur der Energiewirtschaft) als auch auf den Gebieten der Infrastruktur, des Bildungs- und Gesundheitswesens umfassen können. Dabei hoffen die herrschenden Kräfte, mit einigen dieser Reformen, soweit sie den sozialen Bereich berühren, eine Milderung der Klassengegensätze zu erreichen. Der Umfang sozialer und politischer Zugeständnisse, zu denen die imperialistische Bourgeoisie hierbei gezwungen wird, hängt vor allem von der Kampfbereitschaft und den Kampfkationen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen ab.

Die sozialreformistische Ideologie will den Anschein erwecken, als werde der Staat zum Gestalter der Gesellschaft; dies sei Wesen und Inhalt der staatlichen Aktivitäten. Um die These vom bürgerlichen Staat als Instrument der Transformation des Kapitalismus zu begründen, negieren ihre Vertreter vor allem das Klassenwesen des bürgerlichen Staates wie überhaupt jedes Staates. Der bürgerliche Staat wird als „Anwalt der Interessen der Allgemeinheit“²¹, als „Staat der Partner“²² ausgegeben.

Weil jedoch der Verbreitung dieser Auffassungen wegen der Existenz der marxistisch-leninistischen Lehre vom Staat und infolge ihrer erfolgreichen Anwendung im Kampf der revolutionären Arbeiterbewegung beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und bei der Errichtung des Sozialismus und Kommunismus heute engere Grenzen gezogen sind, richten die sozialreformistischen Theoretiker ihre Angriffe vor allem gegen die marxistisch-leninistische Auffassung vom Klassen-[19]wesen des Staates, die sie als überholt²³ oder unrealistisch²⁴ bezeichnen.

Die marxistisch-leninistische Auffassung über den bürgerlichen Staat findet heute ihre Anwendung und Weiterentwicklung in der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus. Im Mittelpunkt der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus, die auf der Grundlage der Leninschen Imperialismustheorie die neuen Erscheinungen im Imperialismus unter den Bedingungen der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und des Kampfes der beiden gegensätzlichen Gesellschaftssysteme verallgemeinert, steht das Verhältnis von Monopolen und Staat. Die Feststellung, daß die Verflechtung der Macht der Monopole und der Macht des Staates zur einzig möglichen Existenzbedingung des Imperialismus der Gegenwart geworden ist, bedeutet zugleich eine weitere Präzisierung der Aussagen über das Klassenwesen und die Rolle des imperialistischen Staates. Es nimmt daher nicht wunder, daß die Theoretiker des Sozialreformismus in ihrem Bestreben, den kapitalistischen Staat der Gegenwart als klassenneutrale Institution im Dienste aller darzustellen, besonders die Charakterisierung der Rolle des Staates in der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus angreifen.

Die Absage an das marxistische Gedankengut in der Staatsfrage, wie sie durch zahlreiche sozialdemokratische Parteien Westeuropas in den Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre neu angenommenen

²¹ E. W. Böckenförde, Qualität des Lebens – Aufgabe und Verantwortung des Staats?, Die Neue Gesellschaft, Bonn – Bad Godesberg, Heft 4/1973, S. 263.

²² P. Ch. Ludz, Die Ideologie des Sozialdemokratismus aus der Sicht der Kommunisten, Die Neue Gesellschaft, Bonn – Bad Godesberg, Heft 5/1972, S. 359.

²³ Vgl. C. Landauer, Die Sozialdemokratie, Geschichtsabriß und Standortbestimmung, Hamburg 1972, S. 70.

²⁴ Vgl. K. Lompe, Aspekte politischer Planung aus der Sicht des freiheitlichen Sozialismus, in: Freiheitlicher Sozialismus, a. a. O., S. 165.

Programmen erfolgte (in der praktischen Politik war dieser Schritt bereits früher getan), ging folgerichtig einher mit dem programmatischen Bekenntnis zum bürgerlichen Staat, der – in seiner heutigen Existenzweise als imperialistischer Staat – „ohne Wenn und Aber!“²⁵, „eindeutig und ohne Reservation“²⁶ bejaht wird. Führende Vertreter des Sozialreformismus bezeichnen dieses programmatische wie praktisch-politische Bekenntnis zum bestehenden bürgerlichen Staat als die Grundfrage des Verhältnisses zum Staat, zur politischen Macht überhaupt.²⁷

So, wie sich der Sozialreformismus rechtssozialdemokratischer Prägung in seiner Programmatik von dem abwandte, was einst als Endziel proklamiert worden war – die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft²⁸ –, und sich für die Existenz, den Schutz und die Förderung des Privateigentums an [20] den Produktionsmitteln und des „Unternehmergewinns“, des Profits, der „sozial verpflichtet“ sein soll, ausspricht, so tritt er für die Aufrechterhaltung und Festigung des imperialistischen Staates²⁹, der als freiheitlich-demokratischer Staat deklariert wird, ein.

So ergibt sich aus den bisherigen Feststellungen als erstes:

Eine Haupttrichtung gegenwärtiger bürgerlicher Ideologie und Politik ist der Reformismus, der eine innere Wandlung des Kapitalismus in Richtung auf eine nicht mehr in Klassen und antagonistische Klassengegensätze gespaltene Gesellschaft behauptet. Das soziale Ziel des bürgerlichen Reformismus ist die Stabilisierung der Monopolherrschaft auf dem Weg von Reformen und Teilzugeständnissen.

Als eine Variante des bürgerlichen Reformismus tritt der Sozialreformismus rechtssozialdemokratischer Prägung in Erscheinung, der sich besonders in den Grundfragen mit dem Reformismus der Monopole trifft. Einen besonderen Platz in der sozialreformistischen Ideologie und Politik nimmt der Staat ein. Der Staat und das Recht werden zu den entscheidenden Instrumenten der Reform der Gesellschaft erklärt. Der Sozialreformismus bekennt sich zum bestehenden, das heißt zum bürgerlich-imperialistischen Staat, seiner Sicherung und seinem weiteren Ausbau. Alle ideologischen Aussagen des Sozialreformismus zur Rolle des Staates als Hebel gesellschaftlicher Reform wie zur Reform des Staates selbst sind folglich unter diesem Zeichen zu werten.

1.2. Wie in der „sozialen Demokratie“ die Frage der politischen Macht beantwortet wird

Ein spezifisches Merkmal sozialreformistischer Staatsauffassungen sind deren Äußerungen über das Verhältnis von Staat und Demokratie. Die Demokratie sei noch unvollkommen verwirklicht. Der Weg zur Realisierung der Demokratie, zu „mehr Demokratie“, zu einer Demokratie, die angeblich alle Klassen und Schichten der kapitalistischen Gesellschaft und insbesondere Kapital und Arbeit umfasse, sei der der Einschaltung des Staates. Mit Hilfe des Staates, der staatlichen Politik sei die [21] Demokratie am ehesten zu erreichen. Demokratie zu verwirklichen sei eine vorrangige Aufgabe des Staates, wird in den Programmen und anderen offiziellen Verlautbarungen sozialdemokratischer Parteien verkündet. Indem der Staat die Demokratie realisiere, werde er selbst immer mehr zum demokratischen, sozialen, Kultur- oder Rechtsstaat, heißt es im gleichen Zusammenhang weiter. G gesprochen wird von *dem* Staat und *der* Demokratie, bezogen werden diese Aussagen aber stets auf den gegebenen Staat der industriell hochentwickelten kapitalistischen Länder – den Staat, der seinem sozialen Wesen nach ein imperialistischer Staat, Staat der Monopole ist. Jener Staat also sei der Gestalter von Demokratie, wodurch Staat und Demokratie eins würden. In jüngster Zeit wird besonders

²⁵ W. Brandt, Der Auftrag des demokratischen Sozialismus. Das Parlament, Bonn, Nr. 35, vom 26.8.1972.

²⁶ W. Eichler, Zur Einführung in den demokratischen Sozialismus, Bonn – Bad Godesberg 1972, S. 57; Langzeitprogramm 1 – Texte –, Bonn – Bad Godesberg 1972, S. 75.

²⁷ Vgl. W. Brandt, Idee und Wirklichkeit, Die Neue Gesellschaft, Bonn – Bad Godesberg, Heft 1/1970, S. 27; B. Kreisky, Sozialdemokratische Perspektiven für die siebziger Jahre, Die Neue Gesellschaft, Bonn – Bad Godesberg, Heft 3/1970, S. 290; F. Erler, Die SPD im Staat, Vorwärts, Bonn, Nr. 44 vom 30.10.59.

²⁸ Für die rechte Führung der SPD erklärte deren Theoretiker W. Eichler, daß mit dem Godesberger Programm von 1959 endgültig die Abkehr vom „revolutionären Endziel“ erfolgt sei. W. Eichler, Sozialdemokratische Programmatik und praktische Politik, Die Neue Gesellschaft, Bonn – Bad Godesberg, Heft 11/1971, S. 775.

²⁹ „Demokratischer Sozialismus ...“, das heißt ein klares Ja zum handlungs- und leistungsfähigen Staat, zu einem stabilen und sicheren Staat“, formuliert H.-J. Vogel in: Reale Reformen – Beiträge zu einer Gesellschaftspolitik der neuen Mitte, a. a. O., S. 58.

häufig die Formel von der „sozialen Demokratie“ verwandt, die es durch den Staat zu verwirklichen gelte. So heißt es in entsprechenden Schriften, der „demokratische“ bzw. „freiheitliche Sozialismus“ bekenne sich zur „Unentbehrlichkeit (des Staates – d. Verf.) als Instrument zur Verwirklichung sozialer Demokratie“³⁰.

Bevor wir auf das Verhältnis von Staat und Demokratie, wie es sich unter den Bedingungen der Herrschaft der Monopole und des staatsmonopolistischen Kapitalismus tatsächlich stellt, eingehen, wollen wir uns zunächst die aus dem Vokabular der Sozialdemokratie der 20er Jahre wieder hervorgeholte Formel von der „sozialen Demokratie“ näher ansehen. In nicht wenigen Äußerungen werden die Worte von der Verwirklichung der „sozialen Demokratie“ gewissermaßen in den Rang einer strategischen Orientierung erhoben, so etwa, wenn der Vorsitzende der SPD, Willy Brandt, die „zunehmende Verwirklichung der sozialen Demokratie“ als die politische Richtlinie für „die Sozialdemokratische Partei – heute und im weiteren Verlauf der siebziger Jahre“³¹ bezeichnet.

Dabei wird eine gewisse Unterscheidung zwischen der „politischen Demokratie“ und der „sozialen Demokratie“ gemacht. So gehen sozialreformistische Ideologen in zahlreichen Erklärungen davon aus, daß in den industriell entwickelten kapitalistischen Ländern die „politische Demokratie“ erreicht sei. Jetzt gehe es darum, die „soziale Demokratie“ zu verwirklichen, und zwar auf dem Boden und mit den Mitteln der „politischen Demokratie“.

[22] Diese Argumentation ist insofern aufschlußreich, als sie zeigt, daß die Demokratieauffassung des Sozialreformismus eine Variante der gegenwärtigen bürgerlichen Auffassungen über die Demokratie darstellt, vor allem der vom bürgerlichen Reformismus vertretenen Vorstellungen.

Der Sozialreformismus versteht unter dem Begriff der „politischen Demokratie“ die bürgerliche Demokratie als Staatsform. Bereits in der „Prinzipienerklärung der Sozialistischen Internationale“ über „Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus“ wurde der Begriff der „politischen Demokratie“ in diesem Sinne in der Programmatik verwandt.³² Es sind besonders solche Institutionen der bürgerlichen Demokratie wie das bürgerlich-parlamentarische System mit seinem Wechselspiel von Regierung und parlamentarischer Opposition, seinem Parteienmechanismus und seinen Wahlsystemen sowie solche Proklamationen der bürgerlichen Demokratie wie die formale Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz, die als Ausdruck erreichter „politischer Demokratie“, als Verkörperung der Demokratie überhaupt glorifiziert werden. Die Institutionalisierung der bürgerlichen Demokratie als Staatsform wird von der sozialreformistischen Ideologie mit der Verwirklichung von „politischer Demokratie“ identifiziert. Demokratie sei da und dort erreicht, wo bestimmte Institutionen der bürgerlichen Demokratie als Staatsform gelten. „Die Staatsform, die der Freiheit und der Menschenwürde am ehesten entspricht, ist die Demokratie“, erklärt ganz in diesem Sinne Willi Eichler, einer der führenden Theoretiker des Sozialreformismus der BRD in den fünfziger und sechziger Jahren.³³ „Die Demokratie des demokratischen Sozialismus ist also die parlamentarische Demokratie“, heißt es auch bei anderen sozialreformistischen Ideologen.³⁴

Es kann folglich folgende Charakterisierung der sozialreformistischen Auffassung von der „politischen Demokratie“ gegeben werden. Dieser Begriff leugnet das Klassenwesen der bürgerlichen Demokratie, die ihrem sozialen Inhalt nach die Diktatur der Bourgeoisie verkörpert, Ausdruck der politischen Herrschaft der Bourgeoisie ist. Er verschweigt den formalen Charakter der in den bürgerlichen Verfassungen proklamierten Rechte und Freiheiten, die die Arbeiterklasse im Kampf um die Verbesserung ihrer Lage im Kapitalismus und um die [23] Überwindung der Monopolherrschaft zwar nutzen

³⁰ K. Lompe, Aspekte politischer Planung ..., a. a. O., S. 171.

³¹ W. Brandt, Der Auftrag des demokratischen Sozialismus, a. a. O. In gleicher Weise auch der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, B. Kreisky, in: B. Kreisky, Aspekte des demokratischen Sozialismus, München 1974, S. 166.

³² Programmatik der deutschen Sozialdemokratie, hrsg. von D. Dowe und K. Klotzbach, (West-)Berlin-Bonn 1973, S. 289 f.

³³ W. Eichler, Zur Einführung in den demokratischen Sozialismus, a. a. O., S. 74.

³⁴ H.-W. Sabais, Demokratischer Sozialismus ist gesellschaftlich angewandter Humanismus, Die Neue Gesellschaft, Heft 11/1972, S. 860.

kann und nutzen muß, die aber stets klassenmäßig beschränkte – eben bürgerliche Rechte und Freiheiten – sind und bleiben. Er übergeht insbesondere Existenz und Herrschaft des Monopols und dessen bestimmenden Einfluß auf das gesellschaftliche Leben des kapitalistischen Systems.

Der Begriff der „politischen Demokratie“ bemäntelt schließlich die aus dem Wesen der Klassendiktatur und den zutiefst reaktionären antidemokratischen und antihumanistischen Zielsetzungen des Imperialismus entspringenden Tendenzen der Einschränkung und Aufhebung der bürgerlichen Demokratie und besonders der von der Arbeiterklasse im Rahmen dieser Demokratie erkämpften politischen Rechte. Indem der Sozialreformismus die „politische Demokratie“ mit der bürgerlichen Demokratie als Staatsform identifiziert, lehnt er jede darüber hinausführende gesellschaftliche und politische Entwicklung ab. Die Geschichte hat jedoch mit der Überwindung des Kapitalismus und der Errichtung des Sozialismus in einem großen Teil der Welt schon den völlig neuen Typ der Demokratie, die sozialistische Demokratie, hervorgebracht, die auf der Grundlage der politischen Macht der Arbeiterklasse und des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die Demokratie für die Werktätigen verwirklicht. Als tägliche millionenfache Praxis in den sozialistischen Ländern beeinflusst sie auch die sozialen und politischen Vorstellungen und Forderungen der Arbeiter und anderen Werktätigen in den kapitalistischen Ländern, und zwar desto mehr, je mehr sich die Krise des kapitalistischen Systems und der bürgerlichen Demokratie verschärft.

Ein Kennzeichen der Entwicklung ist es, daß in diesen Vorstellungen im starken Maße soziale und demokratische Forderungen zusammenfließen. Es verstärken sich die Erkenntnisse, daß es grundlegender sozialökonomischer und politischer Veränderungen bedarf, um sowohl die sozialen wie die demokratischen Interessen der Arbeiterklasse und aller anderen werktätigen Klassen und Schichten dauerhaft zu sichern. Die internationale kommunistische Arbeiterbewegung schätzt die Veränderungen im Verhältnis der Klassenkräfte, wie sie mit der gegenwärtigen Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus im politischen Leben der kapitalistischen Länder sichtbar [24] werden, umfassend ein, um daraus weitere Schlußfolgerungen für den Kampf der Arbeiterklasse zu ziehen.

„Jetzt, da sich alle Widersprüche und alle Übel der vom Kapitalismus beherrschten Gesellschaft verschärfen, stehen alle Völker und Werktätigen des kapitalistischen Europas vor großen Problemen“ stellen die Kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Europas 1974 auf ihrer Konferenz in Brüssel fest. „Es ist dringend notwendig“, so heißt es weiter, „zu tiefgehenden demokratischen Umgestaltungen zu schreiten, die es den Völkern der kapitalistischen Länder ermöglichen, die Krise, die sie betroffen hat, mit Erfolg zu bekämpfen, und die den Erfordernissen der Freiheit und des Fortschritts, der Gerechtigkeit und der Sicherheit der Werktätigen, der Volksmassen und der Jugend entsprechen. Diese Umgestaltungen, die den jedem Land eigenen Bedingungen Rechnung tragen, müssen darauf zielen, die Herrschaft der Monopole über die Nation einzuschränken und dann zu brechen, das politische, ökonomische und soziale Leben zu demokratisieren.“³⁵

Gerade die Forderung nach Demokratisierung aller Bereiche des sozialen, ökonomischen und politischen Lebens wird heute von weiten Schichten des Volkes in den kapitalistischen Ländern erhoben und unterstützt. Daß die notwendige Demokratisierung nur dann zu erreichen ist, wenn zugleich die Macht der Monopole eingeschränkt und überwunden und der Einfluß der Arbeiter und aller Werktätigen im Betrieb, in der Gesellschaft und bei der Entscheidung der öffentlichen Angelegenheiten verwirklicht wird, erkennen bereits große Teile der Werktätigen. Die Glorifizierung der bürgerlichen Demokratie wird angesichts dessen für die Ideologen der Bourgeoisie immer schwieriger, zumal der Verfall der bürgerlichen Demokratie unter den Bedingungen der Monopolherrschaft heute sichtbarer zutage tritt.

Vor allem kann es sich der Sozialreformismus nicht mehr leisten, mit apologetischen Behauptungen über eine Verwirklichung der Demokratie für alle gesellschaftlichen Kräfte, wie sie angeblich in kapitalistischen Ländern erreicht sei, auf zutreten. Sprechen doch die sozialen und politischen Realitäten in den vom Kapitalismus beherrschten Ländern eine allzu deutliche Sprache.

³⁵ Politische Erklärung der Konferenz der Kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Europas in Brüssel, Neues Deutschland, Berlin, vom 1.2.1974.

Die sozialreformistische Ideologie schließt sich daher gerade jener Tendenz in der bürgerlichen Ideologie an, die von der Möglichkeit der Lösung der sozialen und politischen Fragen im Rahmen der bestehenden Gesellschaft spricht. Um aus der Möglichkeit Wirklichkeit werden zu lassen, bedürfe es lediglich dieser oder jener Bedingungen. Bezogen auf die Frage der Demokratie findet diese Veränderung in der Apologie des Kapitalismus darin ihren Ausdruck, daß die Möglichkeit der Herbeiführung einer Demokratie für alle unter bestimmten Voraussetzungen, nämlich einer in diese Richtung zielenden Politik des Staates, behauptet wird. Die „Verwirklichung der sozialen Demokratie“ wird folglich als ein „ununterbrochener Prozeß“ hingestellt, wobei sich „der Inhalt des Prozesses“ ebenso „ununterbrochen verändern“ müsse.³⁶ Der ideelle Zusammenhang mit dem Revisionismus Eduard Bernsteins, der in dieser Weise bereits den Sozialismus in eine ununterbrochene Bewegung im Rahmen und auf der Grundlage des Kapitalismus verfälschte, liegt auf der Hand. Diese ideelle Kontinuität, die allerdings auch ihre Evolution einer immer weiteren Annäherung an die Positionen der imperialistischen Bourgeoisie durchlaufen hat, wird vom heutigen Sozialreformismus im übrigen auch selbst hervorgehoben.³⁷

Die Unbestimmtheit, ja die bewußte Verwischung dessen, was mit „sozialer Demokratie“ gemeint sein soll – der Inhalt der „sozialen Demokratie“ unterliege ständiger Veränderung – zeigt sich in starkem Maße in der Art der Verwendung dieses Begriffs in der sozialreformistischen Literatur. „Soziale Demokratie“ sei identisch mit „demokratischem Sozialismus“, sei gleichbedeutend mit „Demokratisierung“ und sei das Synonym der durch eine innere Wandlung herbeizuführenden „neuen Gesellschaft“.

In der Tat sind diese Begriffe beliebig untereinander austauschbar, wobei wir auch bei einem noch so häufigen Austausch selbstverständlich ihrer Wesensbestimmung keinen Schritt näherkommen. Die Verwirrung würde allenfalls wachsen, was von ihren Urhebern allerdings nicht unbeabsichtigt sein mag.

Stellt man die Formel von der „sozialen Demokratie“ jedoch in den gesamten Zusammenhang sozialreformistischer Programmatik, vor allem aber sozialreformistischer Politik, fällt die Bestimmung ihres Wesens nicht schwer. Es zeigt sich [26] dann, daß der Formel die Vorstellung von einem sozial und demokratisch ausgestaffierten staatsmonopolistischen Kapitalismus zugrunde liegt, in den die Integration der Arbeiter schrittweise vonstatten gehe. Auf dem Parteitag der SPD 1970 in Saarbrücken bezeichnete der Parteivorsitzende Willy Brandt die „Verwirklichung der sozialen Demokratie“ daher als gleichbedeutend mit der „Integration der Arbeiter“.³⁸ Das Bestreben, den staatsmonopolistischen Kapitalismus sozial und demokratisch zu verbrämen, kennzeichnet natürlich nicht nur den Sozialreformismus, sondern mehr oder weniger alle ideologischen und politischen Strömungen der Bourgeoisie. Dabei werden auch von bürgerlicher Seite Formeln wie die von der „sozialen Demokratie“ und ähnliche benutzt, die folglich keineswegs nur die Domäne des Sozialreformismus sind.

Zum Unterschied von jenen ideologischen und politischen Strömungen befindet sich aber der Sozialreformismus in besonderer Weise unter dem Druck der Forderungen und Interessen wesentlicher Teile der Arbeiter und anderer Werktätiger in den kapitalistischen Ländern, die mit dem Kapitalismus „zu versöhnen“ ja gerade seine soziale Aufgabe ist. Es kann nicht unberücksichtigt bleiben, daß „bedeutende Massen der Werktätigen in vielen entwickelten kapitalistischen Ländern die Sozialdemokratie als ihre Partei betrachten (als Gegengewicht zu den bürgerlichen Parteien) und auf sie die Hoffnung setzen, eine Reihe ihrer Forderungen erfüllt zu sehen“³⁹. Zahlreiche Werktätige der kapitalistischen Länder sehen gerade in den mit der Losung von der „sozialen Demokratie“ verbundenen Versprechungen eine Alternative zu den Gebrechen des Kapitalismus.

Schon um seinen Einfluß zu erhalten und zu festigen, muß der Sozialreformismus bestimmten Interessen und Forderungen der Arbeiter und anderer Werktätiger Rechnung tragen. Deutlich erklärte

³⁶ Gespräch mit B. Kreisky, in: L. Bauer, Gespräche, Bonn – Bad Godesberg 1973, S. 19.

³⁷ Vgl. H. Schmidt, Auf dem Fundament des Godesberger Programms, Bonn – Bad Godesberg 1974, S. 34.

³⁸ W. Brandt, Reden und Interviews, Hamburg 1971, S. 134.

³⁹ W. G. Wasson, Die gegenwärtige Lage der Sozialdemokratie, Einheit, Berlin, Heft 4/1974, S. 475.

beispielsweise der Labour-Theoretiker A. Day, daß die Sozialdemokratie am Willen vieler Werktätiger „in den Fabriken, Universitäten, Städten ..., bei den Entscheidungen, die ihr eigenes Leben betreffen, mitzuwirken“, nicht vorbeigehen könne, wenn sie weiterhin eine in Westeuropa politisch und ideologisch einflußreiche Kraft bleiben wolle.⁴⁰

Betrachten wir die Dinge der Reihe nach. Soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und reale Mitbestimmung der Ar-[27]beitenden sind wichtige Aufgaben, deren Verwirklichung gerade in Anbetracht der sich verstärkenden antisozialen und antidemokratischen Tendenzen der herrschenden Kreise in den kapitalistischen Ländern zu den vordringlichen Forderungen der Werktätigen gehört. Es ergibt sich folglich die Frage, was der Verwirklichung dieser Forderungen entgegensteht und was zu tun wäre, um sie zu erfüllen. Um diese Frage zu beantworten, ist es zweckmäßig, zunächst einen Blick auf die kapitalistische Wirklichkeit zu werfen.

Hier ist als erstes festzustellen, daß soziale Unsicherheit in Gestalt zunehmender Unsicherheit der Arbeitsplätze, Arbeitslosigkeit und steigender Lebenshaltungskosten, daß tiefe soziale Ungerechtigkeit in Form einer immensen Anhäufung von Reichtum in den Händen der Finanzoligarchie bei gleichzeitiger Abwälzung der Krisen-, Rüstungs- und sonstigen Lasten staatsmonopolistischer Herrschaft auf die Volksmassen sowie Unsicherheiten und Ungerechtigkeiten in allen anderen elementaren Fragen der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen die Wirklichkeit dieses angeblich sozialen Kapitalismus prägen. Wir wollen uns hier die zahlreichen Fakten über die soziale Lage der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger in den Ländern des Kapitals ersparen und es bei der Feststellung bewenden lassen, daß sich zu keinem anderen Zeitpunkt der letzten drei Jahrzehnte die sozialen Bedingungen für die Arbeiterklasse so verschlechtert haben wie gegenwärtig.

Und wie steht es mit dem angeblich demokratischen Kapitalismus? Auch hier zeigt die Wirklichkeit verstärkte Bestrebungen der herrschenden Kreise, die von der Arbeiterklasse erkämpften demokratischen Rechte zu beschneiden und wieder rückgängig zu machen sowie den staatlichen Unterdrückungsapparat ständig weiter auszubauen. In einigen Ländern, wo die imperialistischen Kräfte ihre Machtpositionen nicht mehr anders erhalten können, versuchen die reaktionärsten Kräfte heute erneut, zu faschistischen Herrschaftsmethoden bzw. zur faschistischen Diktatur überzugehen.

Wie aber sieht es nun in den kapitalistischen Ländern aus, in denen sozialdemokratische Parteien die Regierungsverantwortung allein oder mit bürgerlichen Parteien tragen? Ist man dort dem „sozialen“ und „demokratischen“ Kapitalismus, der [28] „sozialen Demokratie“ mit Hilfe des Staates näher gekommen? Wie steht es mit dem „zielstrebig angesteuerten Ausgleich im Inneren“⁴¹, das heißt mit der Versöhnung und Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit, die der Sozialreformismus als seine wichtigste Aufgabe bezeichnet⁴² und für die die Formel von der „sozialen Demokratie“ den zeitgemäßen ideologischen Rahmen abgeben soll? Welches sind die Resultate der angekündigten Politik, die Förderung des „schöpferischen Unternehmertums“ und der „Unternehmergewinne“, wie man Monopolherrschaft und Monopolprofit so fein umschreibt, mit der Verwirklichung bestimmter sozialer Forderungen des werktätigen Volkes zu verbinden?

Die Ergebnisse der von sozialdemokratischen Parteien verantworteten Regierungstätigkeit zeigen deutlich, was aus der Ideologie und Politik der klassenmäßigen Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie tatsächlich herauskommt. Selbstverständlich unternehmen die sozialdemokratisch geführten Regierungen aus den schon genannten Gründen das eine oder andere, um zumindest einigen Forderungen der Arbeiter entgegenzukommen. Insgesamt gesehen sieht die Bilanz jedoch so aus, daß die in dieser Hinsicht wichtigen Reformen, wie zum Beispiel auf den Gebieten des Bildungs- und Gesundheitswesens, des Bodenrechts und des Städtebaus, des Verkehrswesens und des Umweltschutzes,

⁴⁰ A. J. Day, Die ideologische Offensive der Sozialdemokratie, Die Neue Gesellschaft, Bonn – Bad Godesberg, Heft 6/1972; Vgl. auch S. Mansholt, Über die Notwendigkeit eines sozialistischen Programms für Europa, Die Neue Gesellschaft, Bonn – Bad Godesberg, Heft 2/1973, S. 117.

⁴¹ W. Brandt, Rede vor der Evangelischen Akademie in Bad Segeberg, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 102, v. 4. 9. 1973, S. 1021

⁴² Vgl. A. Schwan, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, in: Beiträge zur Theoriediskussion, a. a. O., S. 143.

weitgehend auf dem Papier blieben oder so entscheidend eingeschränkt wurden, daß sie nur von geringfügiger Wirkung sind.

Die Ursachen liegen nun keineswegs in Rücksichtnahmen auf den Koalitionspartner oder ähnlichen Faktoren. Kompromisse mit anderen politischen Kräften können durchaus notwendig und gerechtfertigt sein, um unter bestimmten Bedingungen und für bestimmte Zeitabschnitte eine prinzipielle, den Interessen der Arbeiterklasse dienende Politik durchsetzen zu können. Aber nicht darum geht es hier. Die Ursachen liegen darin, daß es keine Politik geben kann, die zugleich den Interessen des Kapitals und den Interessen der Arbeiterklasse, die zugleich den Interessen der Monopole und den Interessen der Volksmassen dient. Man kann sich nicht auf der einen Seite weigern, die Profite der Finanzoligarchie anzutasten, und auf der anderen Seite meinen, die soziale Lage der Werktätigen verbessern zu können. Was dabei herauskommt, ist eine Politik, [29] die die Profitinteressen und die Machtpositionen der Monopole unberührt läßt, wenn nicht sogar fördert, die werktätigen Massen aber weitgehend mit Versprechungen hinhält.

Wenn der Sozialreformismus beispielsweise in der Mitbestimmungsfrage die Linie verfolgt, die Mitbestimmung müsse vor allem dazu dienen, die Marktwirtschaft zu erhalten⁴³, dann bedeutet das eben nichts anderes, als daß die Grundinteressen der Arbeiter zugunsten der Systemsicherung aufgegeben werden, daß in der sozialreformistischen Konzeption die Sicherung und Festigung des kapitalistischen Systems den Vorrang vor allen anderen Fragen hat.

Selbst von rechtssozialdemokratischen Ideologen muß daher zugegeben werden, daß seit den Jahrzehnten, in denen sozialdemokratische Parteien in West- und Nordeuropa Regierungsverantwortung tragen, keine entscheidenden strukturellen Veränderungen des Gesellschaftssystems zustande gebracht worden sind.⁴⁴

Es zeigt sich in der Praxis, daß die Ideologie und Politik der Zusammenarbeit mit der imperialistischen Bourgeoisie selbst jenen Reformvorhaben, die der Sozialreformismus mit dem Ziel der Milderung der Klassengegensätze und der Stabilisierung des staatsmonopolistischen Systems anstrebt, enge Grenzen setzt. Es bestätigt sich vor allem erneut, daß der Staat der Monopole niemals das Instrument sein kann, das der Befriedigung der Interessen und Bedürfnisse der Arbeiter und aller Werktätigen dient. Mit Hilfe des imperialistischen Staates, der Politik dieses Staates, seiner Gesetzgebung und allen seinen sonstigen Instrumenten, Mitteln und Methoden wird die Klassenherrschaft der Monopolbourgeoisie über die Volksmassen ausgeübt. Um einen gesicherten sozialen Fortschritt und reale Demokratie für die Werktätigen zu erreichen, bedarf es der Beseitigung der ökonomischen und politischen Herrschaft der Monopole, auch und gerade ihres Klassenstaates. Die Richtigkeit dieser marxistisch-leninistischen Erkenntnis wird durch die Klassenauseinandersetzungen der Gegenwart aufs neue uneingeschränkt bewiesen.

Wie wir gezeigt haben, ist die Formel von der „sozialen Demokratie“, wie sie der Sozialreformismus gebraucht, das ideologische Abbild eines sozial und demokratisch verbrämten staatsmonopolistischen Kapitalismus. Wie weiter ersichtlich [30] wird, verliert dieses Bild besonders dann an trügerischem Glanz, wenn die „Schönwetter“-perioden des kapitalistischen Krisenzyklus von den ökonomischen Tiefs und ihren politischen Folgen abgelöst werden. Unter den Bedingungen der Hochkonjunktur, noch dazu, wenn sie mit den Ergebnissen der wissenschaftlich-technischen Revolution verbunden ist, ist das Monopolkapital eher zu einigen sozialen Zugeständnissen bereit.

Die Verflechtung von zyklischer ökonomischer Krise und allgemeiner Krise des Kapitalismus, wie sie gegenwärtig zu beobachten ist, verändert die Situation in einschneidender Weise. Eine weitere wesentliche Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und insbesondere der Klassengegensätze in den Ländern des Kapitalismus läßt sich mit Gewißheit voraussagen. Der Schein von der „sozialen Demokratie“, so mühsam aufgebaut, wird weiter schwinden, ist er doch auf das engste mit dem Schicksal des kapitalistischen Systems verknüpft. Damit ist eigentlich schon eine Antwort auf

⁴³ Gespräch mit H. Schmidt, Die Neue Gesellschaft, Bonn – Bad Godesberg, Heft 11/1972, S. 813.

⁴⁴ Vgl. A. J. Day, Die ideologische Offensive der Sozialdemokratie, Die Neue Gesellschaft, Bonn – Bad Godesberg, Heft 6/1972.

den vom Sozialreformismus erhobenen Anspruch, die „soziale Demokratie“ sei die einzig wirksame Alternative zum Sozialismus und Kommunismus⁴⁵, gegeben.

Der Sozialreformismus weiß, daß der Kapitalismus in seiner ungeschminkten, gewöhnlichen Erscheinung angesichts des völlig neuen historischen Beispiels des Sozialismus zunehmend an Einfluß auf die Volksmassen verliert. Er setzt daher alle seine Hoffnungen, eine Alternative zum Sozialismus und Kommunismus finden zu können, auf jenen sozial und demokratisch frisierten Kapitalismus, wie er sich hinter den Bildern von der „sozialen Demokratie“ verbirgt. Insofern hat der Sozialreformismus sein Schicksal mit dem eines sich sozial und demokratisch gebenden staatsmonopolistischen Systems verbunden.

Die Erwartung, es könnte gelingen, den Kapitalismus immer sozialer und demokratischer auszustatten, um ihn so als anziehende Alternative zum Sozialismus und Kommunismus, in dem wirklicher sozialer und demokratischer Fortschritt garantiert ist, ins Feld zu führen, hat sich jedoch bereits als völliger Trugschluß erwiesen.⁴⁶ Denn der Kapitalismus folgt wie jedes Gesellschaftssystem seinen ihm eigenen Gesetzmäßigkeiten und Triebkräften. Diese lauten nicht: soziale Gerechtigkeit und Demokratie, sondern gerade in seiner imperialistischen Phase: tiefere soziale Gegensätze denn je und politische Reaktion auf der ganzen Linie (W. I. Lenin).

Die Hoffnungen des Sozialreformismus, unter dem Motto der „sozialen Demokratie“ eine ideologisch-politische Alternative zum wachsenden Einfluß der Ideen und der Wirklichkeit des Sozialismus und Kommunismus errichten zu können sind daher von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Ebenso wenig, wie der Kapitalismus als historisch untergehendes Gesellschaftssystem eine Alternative zum Sozialismus und Kommunismus, der heute schon einflußreichsten geschichtlichen Kraft, dem die Zukunft ganz gehören wird, darstellen kann, ebensowenig kann die „soziale Demokratie“, die lediglich das Abbild eines sozial und demokratisch verbrämten Kapitalismus ist, eine Alternative zur Demokratie des Sozialismus, zur sozialistischen Demokratie sein.

Die „soziale Demokratie“ nährt die Illusion einer realen Teilhabe der Massen an der Entscheidung der gesellschaftlichen Angelegenheiten, die Illusion eines partnerschaftlichen Zusammenwirkens antagonistischer Klassen. Sie muß im Rahmen bürgerlicher Demokratie, den die herrschenden Kräfte selbst immer enger zu ziehen versuchen, verbleiben. Was sich die Arbeiterklasse in diesem Rahmen an Rechten erkämpfen konnte und ständig erneut gegen den Widerstand der imperialistischen Bourgeoisie erkämpfen und verteidigen muß, ist alles andere als der Ausdruck einer sozialen und demokratischen Wandlung des Kapitalismus oder einer Partnerschaft von Kapital und Arbeit, sondern Ergebnis opferreicher Klassenauseinandersetzungen.

Im Gegensatz dazu beruht die historische Überlegenheit der sozialistischen Demokratie darauf, daß in ihr die werktätigen Klassen und Schichten erstmals die Möglichkeit haben und wahrnehmen, die gesellschaftliche Entwicklung bewußt selbst zu gestalten und an der Leitung des gesamten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens teilzunehmen. Die aktive und immer bewußtere Teilnahme der Werktätigen an der Leitung des Staates und des gesellschaftlichen Lebens auf allen Gebieten ist daher der umfassendste und sichtbarste Ausdruck sozialistischer Demokratie.

Die Voraussetzungen dafür, daß die werktätigen Menschen [32] die bewußte Gestaltung ihrer eigenen Lebensverhältnisse verwirklichen, daß sie ihre Demokratie gestalten und ausüben, waren allerdings die Beseitigung der ökonomischen und politischen Herrschaft der Bourgeoisie, die Errichtung des sozialistischen Staates und die Schaffung und Entwicklung sozialistischer Produktionsverhältnisse. Daher ist auch die Dialektik von Staat und Demokratie im Sozialismus eine ganz andere als im Kapitalismus; wird sie doch entscheidend bestimmt vom jeweiligen Charakter der sozialökonomischen Verhältnisse und der politischen Macht.

Wir beobachten, wie der Ausbau der Rolle des imperialistischen Staates als Herrschaftsinstrument der Finanzoligarchie, die Erweiterung seines Tätigkeitsfeldes auf alle gesellschaftlichen Bereiche, die

⁴⁵ Vgl. B. Kreisky, Aspekte des demokratischen Sozialismus, München 1974, S. 168 f.

⁴⁶ Vgl. auch P. N. Fedossejew/G. Heyden, „Demokratischer Sozialismus“ – keine Alternative, Einheit, Berlin, Heft 12/1973, S. 1462 ff.

Verstärkung seiner Rolle in der Sphäre der Ökonomie, der Kultur und des Kommunikationswesens, die Einführung von Elementen der Planung usw. zugleich die Institutionen der bürgerlichen Demokratie weiter aushöhlt und beiseitedrängt. Dies ist kein zufälliger Prozeß, sondern eine zwangsläufige Entwicklung, die sich aus dem Wesen von Monopolherrschaft, verkörpert in diesem Staatswesen und in diesem politischen System, ergibt.

Auch der Sozialreformismus vermag wie die gesamte bürgerliche Ideologie nicht zu den Ursachen des Widerspruchs zwischen der wachsenden Rolle des imperialistischen Staates im gesellschaftlichen Leben und der Demokratie vorzudringen; stellt er doch nicht einmal ernsthaft die Frage danach. Statt dessen treten seine Ideologen und Politiker energisch für eine Erhöhung der „Funktions- und Leistungsfähigkeit“ dieses Staates ein, zeigen sich aber gleichzeitig erstaunt über die für die Demokratie negativen Auswirkungen. Nicht zuletzt aus der Befürchtung, mit der Aushöhlung bürgerlich-parlamentarischer Institutionen würde der politische Mechanismus nicht mehr funktionieren und die Autorität des politischen Systems bei den Massen rasch schwinden, weisen sie auf einige Erscheinungen des Abbaus der bürgerlichen Demokratie hin. So stellt Bruno Kreisky fest: „Heute erleben wir eine Spätphase des Kapitalismus und sehen ganz neue Machtstrukturen, wodurch jene parlamentarischen Grundsätze, die seinerzeit als maßgebend gegolten haben, heute problematisch geworden sind.“⁴⁷ Er spricht im gleichen Zusammenhang von einer „Neubelebung [33] der Demokratie“, die jedoch nicht in der Herbeiführung des entscheidenden Einflusses der Arbeiter bei gleichzeitiger Zurückdrängung und Ausschaltung des Einflusses der Monopole, wodurch tatsächlich eine neue Demokratie entstehen würde, sondern in einer erhofften Neubelebung eben jener bürgerlich-parlamentarischen Institutionen auf der Basis des staatsmonopolistischen Kapitalismus gesehen wird. Dieser Weg läuft aber auf diese oder jene Schönheitsoperation am bürgerlich-parlamentarischen System hinaus, wodurch das Problem selbst jedoch nicht gelöst werden kann.

Die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern macht hingegen die Erfahrung, daß sie jeden sozialen und politischen Fortschritt, jeden Schritt zur Verbesserung ihrer eigenen Lage gegen den Staat durchsetzen muß, der die Ausbeuterherrschaft zu sichern hat.

Völlig umgekehrt ist die Dialektik von Staat und Demokratie im Sozialismus. Als Hauptinstrument der Arbeiterklasse zum Aufbau des Sozialismus und Kommunismus, das heißt als Organisator der planmäßigen Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und der gesellschaftlichen Arbeit, der tiefgreifenden sozialen Veränderung der Gesellschaft und der Herausbildung sozialistischer Lebensgewohnheiten, des bewußten schöpferischen Handelns der Werktätigen und ihrer Einbeziehung in die Leitung des Staates und der Gesellschaft ist der sozialistische Staat zugleich Ausdruck und Instrument der Entfaltung der sozialistischen Demokratie. In der Einheit der Entstehung und Festigung der sozialistischen Staatsmacht und der Herausbildung und Entfaltung der sozialistischen Demokratie, wie sie die Praxis des Sozialismus kennzeichnet, findet heute die wahrhaft geniale Voraussage im Kommunistischen Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels ihre Bestätigung, daß die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse mit der Erkämpfung der Demokratie identisch ist.⁴⁸

Aus dem unvereinbaren Gegensatz von bürgerlicher Klassenherrschaft und Herrschaft der Arbeiterklasse folgt auch die Unvereinbarkeit von bürgerlicher Demokratie und sozialistischer Demokratie. Es ergibt sich daraus zugleich, daß es keinen „dritten Weg“ zwischen Sozialismus und Imperialismus, sozialistischer Demokratie und bürgerlicher Demokratie geben kann. Jedoch mangelt es nicht an Versuchen, die Ideologien [34] eines „dritten Weges“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus wiederzubeleben. Auffällig ist, daß diese Versuche in der Gegenwart nicht mehr auf den Reformismus und Revisionismus begrenzt bleiben. Selbst großbürgerliche Parteien und Organisationen heften heute die Losung vom „dritten Weg“ auf ihre Fähnchen. Ein Grund dafür ist in der bereits eingangs erwähnten Verschlechterung der Bedingungen für die theoretische Rechtfertigung des Kapitalismus zu suchen, die es der bürgerlichen Ideologie kaum noch gestattet, den Kapitalismus, wie er ist, offen zu verteidigen. Es kommt um so eher zu einer Annäherung zwischen der Ideologie vom Wandel des Kapitalismus

⁴⁷ B. Kreisky, Ein Mann der praktischen Vernunft, Welt der Arbeit, Köln, vom 1.3.1974.

⁴⁸ Vgl. MEW, Bd. 4, Berlin 1959, S. 481.

und der Ideologie des „dritten Weges“, als beiden die Vorstellung von einer allmählichen evolutionären Veränderung in Richtung auf eine angeblich neue Gesellschaft gemeinsam ist.

Zugleich ist allerdings die Ideologie des „dritten Weges“ auch ideengeschichtlich besonders eng mit dem Sozialreformismus verknüpft, in dem sie nicht nur ihre spezifische Gestalt, sondern auch ihre stärkste Verbreitung gefunden hat. Kennzeichnend dafür ist, daß heute der „dritte Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus mit der Verwirklichung der „sozialen Demokratie“ gleichgesetzt wird. So fordert der sozialreformistische Theoretiker Ulrich Lohmar, die Sozialdemokratie solle sich „sowohl gegenüber dem Kapitalismus als auch gegenüber dem Kommunismus als eine dritte Möglichkeit profilieren, die nach den Maßen einer sozialen Demokratie beschrieben und verstanden werden kann“⁴⁹.

Die Geschichte hat dazu bereits ihr Wort gesprochen. Sich ernsthaft gegenüber dem Kapitalismus zu profilieren, wirklich eine Alternative gegenüber dem Kapitalismus anzustreben, hieße, den Weg zum wissenschaftlich begründeten Sozialismus zu finden und ihn konsequent zu beschreiten. Diesen Weg lehnt der Sozialreformismus, lehnt auch Lohmar ab. Statt dessen bekennt er sich, wie er selbst nicht genug betonen kann, zur Sicherung der bestehenden, also kapitalistischen, sozialökonomischen und politischen Ordnung. Was heißt dann noch Profilierung? Übrig bleibt nur das Versprechen des sozialen und demokratischen Fortschritts. Dem stehen jedoch wieder jene Grundlagen des kapitalistischen Systems entgegen, die der Sozialreformismus zu sichern und auszubauen beiträgt. Und damit sind wir wieder bei unserem Ausgangspunkt angelangt. Entkleiden wir [35] den Sozialreformismus allen Beiwerks, so kommt die Hoffnung auf einen sozial und demokratisch ausgestatteten Kapitalismus zum Vorschein. Aber Kapitalismus bleibt Kapitalismus, wie er auch ausgestattet sein mag. Der „dritte Weg“ erweist sich damit erneut als Illusion, wenn nicht als bewußte Irreführung.

Das „überzeugende historische Konzept“, das der Sozialreformismus unter der Losung der „sozialen Demokratie“ den Ideen des Marxismus-Leninismus und ihrer Verwirklichung im revolutionären Weltprozeß der Gegenwart entgegenzustellen beansprucht⁵⁰, ist ihm nicht gelungen. Es konnte und kann ihm nicht gelingen, da konterrevolutionäre Konzepte in der Geschichte noch stets gescheitert sind, angesichts der Lebenskraft des Marxismus-Leninismus heute mehr denn je.

1.3. Wie in der „sozialen Demokratie“ die soziale Frage gelöst ist

Der Sozialreformismus kann die Formel von der „sozialen Demokratie“ nicht verwenden, ohne sowohl auf die Frage der politischen Macht als auch auf die soziale Frage, die Eigentumsfrage einzugehen. Wie wir bereits gezeigt haben, „löst“ der Sozialreformismus die Frage der politischen Macht durch deren pluralistische Atomisierung in ein angebliches partnerschaftliches gleichberechtigtes Zusammenwirken aller Klassen und Schichten bei der Ausübung der politischen Macht und der Gestaltung der staatlichen Politik. Es ist dies, wie nachzuweisen war, die „Überwindung“ des Klassenwesens des imperialistischen Staates und der bürgerlichen Demokratie lediglich in der Ideologie des Sozialreformismus, ideologische Widerspiegelung seiner Zusammenarbeit mit der imperialistischen Bourgeoisie, seiner Einordnung in das System monopolkapitalistischer Klassenherrschaft.

Der Sozialreformismus konnte jedoch nicht dabei stehenbleiben, die Frage der politischen Macht als gelöst zu erklären. Schon das Adjektiv „sozial“, das er der von ihm postulierten Demokratie voranstellt, zwingt ihn, zur sozialen Frage, besonders zur Eigentumsfrage, Stellung zu nehmen. Dies um so mehr, als er gerade hier unter dem starken Druck von Forderungen aus der Arbeiterklasse steht. Die engere Verflechtung der Fel-[36]der des sozialen und politischen Klassenkampfes rückt ohnehin das Verhältnis der Fragen der politischen Macht, des Staates und der Demokratie zur ökonomischen Struktur, zu den Eigentumsverhältnissen der kapitalistischen Gesellschaft mehr in den Mittelpunkt.

In sozialreformistischen Verlautbarungen wird festgestellt, daß die „Frage des Verhältnisses von Gesellschaftsordnung (als Produktionsordnung) und politischer Ordnung“ nicht von der Tagesordnung verschwunden sei.⁵¹

⁴⁹ U. Lohmar, Sozialdemokratie und Kommunismus, in: Die Zeit, Hamburg, Nr. 16 vom 21.4.1972; vgl. auch W. D. Schmitt, Freiheitlicher Sozialismus als dritte Kraft, Die Neue Gesellschaft, Bonn – Bad Godesberg, Heft 6/1973, S. 447 ff.

⁵⁰ So B. Kreisky, Die Herausforderung, Düsseldorf/Wien 1963, S. 31.

⁵¹ H. Ehmke, Politik der praktischen Vernunft, Frankfurt a. M. 1969, S. 216; vgl. auch Willy Brandt, Idee und Wirklichkeit, Die Neue Gesellschaft, Heft 1/1970, S. 32, und B. Kreisky, Die Herausforderung, a. a. O., S. 151 f.

Dem könnte man dann zustimmen, wenn die Dialektik von Eigentumsstruktur und politischer Struktur der Gesellschaft, die erst das Wesen des Staates und der Demokratie erklärt, aufgedeckt würde. Wie stellt sich dieses Verhältnis jedoch in der Ideologie des Sozialreformismus dar? Um seine These vom Ausgleich der sozialen Interessen der Arbeiter mit den ökonomischen, das heißt den Profitinteressen der Monopole, vom schrittweisen Verwirklichen der sozialen Belange der Arbeiter auf dem Boden des bestehenden kapitalistischen Gesellschaftssystems ohne grundlegende Veränderung der Eigentums- und Machtverhältnisse zu rechtfertigen, behauptet der Sozialreformismus in Übereinstimmung mit der gesamten bürgerlichen Ideologie, daß die Eigentumsfrage ihre Bedeutung für die Stellung der verschiedenen Klassen und Schichten verloren habe. Der Sozialreformismus „löst“ die Eigentumsfrage im Kapitalismus, indem er erklärt, daß sie nur noch eine untergeordnete bzw. überhaupt keine Rolle mehr spiele. Fürwahr eine simple „Lösung“, die jenen geziemt, die sich mit diesem System längst ausgesöhnt haben und sich die Aufgabe stellen, auch die Arbeiter und alle Werktätigen mit diesen Verhältnissen zu versöhnen.

Was wird nun zur Begründung dafür angeführt, daß die Eigentumsfrage angeblich gelöst sei? Die Ideologen des Sozialreformismus haben sich auch hier nichts Originäres einfallen lassen, was ihnen offensichtlich auch höchst schwerfallen würde, sondern sie greifen wieder einmal dankbar zu den vorherrschenden bürgerlichen Theorien, insbesondere der Theorie vom Verschwinden der Kapitalfunktion, ihrer Auflösung in eine Vielzahl von Funktionen, unter denen die Funktion des Dienstes an der Allgemeinheit besonders herausrage. „Eigentum an Produktionsmitteln ist heute in viele Funktionen aufgesplittert, die [37] nur zu einem geringen Teil von den Eigentümern wahrgenommen werden“, betet Horst Ehmke in seiner „Praktischen Vernunft“ den gängigen bürgerlichen ökonomischen Theorien nach.⁵² Es sei insbesondere die zunehmende Bedeutung der Verfügungsgewalt über das Eigentum, die an die Stelle der aus dem Eigentum an den Produktionsmitteln selbst erwachsenden Macht trete und die „alte Eigentumsfrage“ allmählich überflüssig werden ließe.

Wie so oft in der sozialreformistischen Ideologie werden auch hier gewisse äußere Erscheinungen der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zum Ausgangspunkt genommen, da man mit Hilfe einer oberflächlichen, einseitigen Interpretation beweisen will, daß der Kapitalismus kein Kapitalismus, die kapitalistische Ausbeutung keine Ausbeutung und der Staat der Monopole kein Instrument der Klassenherrschaft mehr sei.

Die Entwicklung des monopolistischen und staatsmonopolistischen Kapitalismus ist durch ein gewisses Auseinanderfallen von Eigentum und Verfügungsgewalt gekennzeichnet. Eine nicht unbedeutende Zahl von Managern aller Art (Technikern, Wissenschaftlern und Organisatoren) nehmen heute in der Leitung und Verwaltung der Konzerne und Konzerngruppen auf nationaler und noch mehr auf internationaler Ebene wichtige Funktionen wahr. Nur, was beweist das? Zeigt es, wie die bürgerlichen Theorien von der „Revolution der Manager“ und ihre sozialreformistischen Nachbeter behaupten, ein allmähliches Absinken des monopolkapitalistischen Eigentums an Produktionsmitteln zur Bedeutungslosigkeit, so daß sich die Eigentumsfrage im Kapitalismus gewissermaßen von selbst löse? Oder ist es nicht vielmehr ein Ausdruck dafür, daß die monopolkapitalistischen Eigentumsverhältnisse längst zur Fessel einer raschen, planmäßigen Entwicklung der Produktivkräfte und die Kapitaleigentümer überflüssig bei der Leitung der Produktion geworden sind? Eine objektive Einschätzung wird letzterem zustimmen müssen. Sie wird vor allem aber dem beipflichten, daß nicht die Verfügungsgewalt, sondern das Eigentum an den Produktionsmitteln bestimmend für die Art und Weise, die Zielsetzung und die Verteilung der Ergebnisse der Produktion sind. So sind auch die Manager, Techniker und Wissenschaftler, so hoch bezahlt sie nach ihrem Nutzen für die Monopolbourgeoisie [38] auch sein mögen, eben bezahlte Angestellte des Kapitals. Das Kapital selbst, in Sonderheit das Monopolkapital als Eigentümer der wichtigsten Produktionsmittel des kapitalistischen Systems, das alle wesentlichen Schlüsselpositionen in Industrie, Bankwesen und Handel einnimmt und somit die gesamte Ökonomie beherrscht, übt die ökonomische und auf Grund dessen auch die politische Macht aus. Der Sozialreformismus kann die zunehmende Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals, die die Quelle der Monopolisierung sind, nicht ignorieren. So wird eine „fortschreitende

⁵² H. Ehmke, a. a. O.

Zusammenballung von Produktivvermögen in wenigen Händen“⁵³ konstatiert und auch festgestellt, daß die Wirtschaft „durch große Konzerne, durch erhebliche Staatsinterventionen auf vielen Gebieten und durch relativ wenig Sektoren mit wirklich selbständigen, untereinander konkurrierenden Betrieben charakterisiert“⁵⁴ werde.

Soweit so gut, könnte dazu bemerkt werden, wenn es nicht der Auftakt für die folgenden Sätze wäre. Der „demokratische Sozialismus“ gehe nämlich davon aus, daß es notwendig und möglich sei, das „Gewinnstreben“, das heißt das Profitstreben eben jener Konzerne, mit den Interessen der Allgemeinheit in Einklang zu bringen. Und wen kann es nach den bisherigen Einblicken in die sozialreformistische Ideologie noch erstaunen, wenn erneut der Staat als jener klassenindifferente allgemeine Segensspender erscheint, der jenen angeblichen Gleichklang der ökonomischen Interessen der Monopole mit den sozialen Interessen der Arbeiter und aller Werktätigen herbeiführe?

„Soziale Demokratie“, das sei die Verpflichtung des kapitalistischen Privateigentums zur „sozialen Verantwortung“, die „Sozialbindung des Eigentums durch entsprechende gesetzliche Bestimmungen“.⁵⁵ Der „Hebel dazu ist der Staat“, heißt es bei anderen Autoren.⁵⁶ Deshalb, so wieder andere Quellen, finde die „soziale Demokratie“ in der „vom Staat her sozial verpflichteten Marktwirtschaft des organisierten Kapitalismus“⁵⁷ ihre Erfüllung.

Die Idee, den Staat als Hebel einzusetzen, um den Kapitalismus zur „sozialen Verantwortung“ zu veranlassen, womit der erhoffte „Ausgleich“ von Kapital und Arbeit dann gewissermaßen wie eine reife Frucht vom Baum fallen werde, ist natürlich nicht neu, sondern aus der Geschichte des Reformismus [39] und Opportunismus bekannt. Dennoch hat sie in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten neue Nahrung erhalten und eine weitere spezifische Entwicklung genommen. Sie wurde nämlich auf das engste mit den Erwartungen verknüpft, die der Sozialreformismus in die veränderte Rolle des Staates in bezug auf die Ökonomie des Kapitalismus setzte. Bereits aus der Erklärung über „Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus“, die die Sozialistische Internationale bei ihrer Neugründung im Jahre 1951 abgab, geht hervor, daß der Sozialreformismus von der Annahme ausging, es sei nun möglich, durch ein „regelndes Eingreifen“ des Staates in die Wirtschaft die Übel des „unkontrollierten Kapitalismus“ zu überwinden.⁵⁸

Der „demokratische Sozialismus“ sei, so erklären seine führenden Vertreter, „zu der Überzeugung gelangt, daß diese immer wiederkehrenden Krisen des Kapitalismus durchaus kein unentrinnbares Schicksal sein müssen, dann nämlich nicht, wenn der Staat bereit ist, in die wirtschaftliche Entwicklung im Interesse der arbeitenden Menschen einzugreifen.“⁵⁹

Die Annahme, daß durch die Erweiterung der Rolle des Staates in der Ökonomie und besonders durch die Instrumentarien staatlicher Wirtschaftspolitik die Widersprüche und Gebrechen des Kapitalismus zu bewältigen seien, wird von sozialreformistischen Ideologen sogar in den Rang eines Eckpfeilers für die „zu entwickelnde Staatstheorie des demokratischen Sozialismus“ erhoben.⁶⁰ Wenn durch die aktive Rolle des Staates in der Ökonomie die Übel des Kapitalismus behoben würden, dann müsse die Staatstheorie des „demokratischen Sozialismus“ die immer weitere Ausdehnung dieser Rolle des Staates befürworten, um so auf dem Weg der Transformation die verheißene „neue Gesellschaft“ entstehen zu lassen. Dann, so wird weiter geschlußfolgert, gehe es nicht mehr um die „Zerstörung des Staates“, das heißt des kapitalistischen Staates, sondern im Gegenteil um die „Erweiterung der

⁵³ H.-W. Sabais, a. a. O., S. 863.

⁵⁴ I. Fetscher, Demokratie zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus, Stuttgart 1973, S. 146.

⁵⁵ I. Fetscher, ebenda, S. 146 f.

⁵⁶ G. Weißkirchen, Elemente einer Staatstheorie des demokratischen Sozialismus, in: Demokratischer Sozialismus und Langzeitprogramm, hrsg. von R. Scharping und F. Wollner, Hamburg 1973, S. 40.

⁵⁷ H.-W. Sabais, a. a. O., S. 862.

⁵⁸ Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, a. a. O., S. 287.

⁵⁹ B. Kreisky, Aspekte des demokratischen Sozialismus, a. a. O., S. 129 60 G. Weißkirchen, Elemente einer Staatstheorie ..., S. 50 sowie S. 40 ff.

⁶⁰ Ebenda, S. 46.

interventionistischen Staatstätigkeit“.⁶¹ Mit der Erweiterung der Rolle des Staates in der Ökonomie würde „Schritt für Schritt die Ökonomie in einen Diener für die Allgemeinheit verwandelt.“⁶²

Der Kreis schließt sich, wenn Richard Löwenthal, einer der führenden sozialreformistischen Ideologen der BRD, gewissermaßen als Fazit der Anstrengungen des „demokratischen So-[40]zialismus“ auf theoretischem Gebiet meint feststellen zu können: „Der Ruf nach ‚Sozialismus‘ verwandelt sich so aus einer Forderung, die Produktivkräfte von den Fesseln des kapitalistischen Eigentums zu *befreien*, in eine Forderung, das vom Profitantrieb hervorgerufene, unkontrollierte Anwachsen dieser Produktivkräfte zu *zügeln*, um ihre destruktiven Wirkungen unter Kontrolle zu bringen.“⁶³ Das zu beweisen, ist der Sozialreformismus angetreten: Die Befreiung der Produktivkräfte von den Fesseln kapitalistischer Produktionsverhältnisse sei nicht mehr erforderlich; es gehe allein darum, die Auswüchse kapitalistischer Profitwirtschaft in den Griff zu bekommen. Die Beseitigung des kapitalistischen Staates sei überflüssig, denn dieser Staat diene als Hebel, um die Entwicklung der Ökonomie in den Dienst der Allgemeinheit stellen zu können. Jedoch dieser Beweis wurde nicht erbracht und konnte nicht erbracht werden. Stellen wir Anspruch und Behauptung den wirklichen Verhältnissen gegenüber, so werden die sozialreformistischen Thesen eindeutig widerlegt: Denn: Es ist theoretisch seit Karl Marx und praktisch durch Geschichte und Gegenwart bewiesen, daß der Kapitalismus unfähig ist, mit den ihm innewohnenden Widersprüchen und Gebrechen fertig zu werden.

Die Behauptung des Sozialreformismus, der kapitalistische Krisenzyklus sei nicht unvermeidbar, also eine dem Kapitalismus nicht anhaftende Gesetzmäßigkeit, stimmt nicht. Wir stellen das nicht nur angesichts des gegenwärtigen Wiedereintritts des Kapitalismus in eine tiefe zyklische Krise fest. Wir stellen das auch nicht mit Genugtuung fest, da wir wissen, welche ungeheuren neuen sozialen Belastungen diese Krise für die Werktätigen in den kapitalistischen Ländern mit sich bringt. Wir wissen jedoch, daß der Kapitalismus, so lange er existiert, nicht nur durch immer wiederkehrende, sondern auch durch sich in der Tendenz mehr und mehr verschärfende Krisen geprägt ist.

Es ist im übrigen eine gerade vom Sozialreformismus verbreitete Legende, daß der Kapitalismus in der Nachkriegsentwicklung nicht mehr von wirtschaftlichen Krisen befallen worden sei. Wohl haben eine Reihe industriell entwickelter kapitalistischer Länder eine mehr oder weniger ausgedehnte Phase der Hochkonjunktur erlebt. Auch hat der Ablauf des Krisen-[41]zyklus einige Veränderungen erfahren. Es hat aber sowohl in den fünfziger wie in den sechziger Jahren zyklische Krisen gegeben, und es hat sich weiter gezeigt, daß Krisen in bestimmten Bereichen der kapitalistischen Wirtschaft, wie dem Währungssystem, chronischen Charakter angenommen haben, das heißt, zur ständigen Begleiterscheinung des Kapitalismus geworden sind. Schließlich sind wir Zeuge einer engen Verflechtung der Krisenprozesse in allen Bereichen der Wirtschaft und Politik, die die Labilität des staatsmonopolistischen Kapitalismus insgesamt erhöht.

In all dem kommt die gewaltige Verschärfung des Grundwiderspruchs des Kapitalismus, des Widerspruchs zwischen dem zunehmend gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte und den privatkapitalistischen Produktionsverhältnissen zum Ausdruck. Nicht die allmähliche Einebnung des Grundwiderspruches, wie vom Sozialreformismus behauptet, sondern seine weitere Vertiefung ist das Ergebnis der jüngsten Entwicklung in den Ländern des Kapitals. Es ist im Zusammenhang damit auch nicht eine einzige der Voraussagen über die die Gebrechen des Kapitalismus heilende Rolle des Staates eingetreten. Die Widersprüche und Übel des kapitalistischen Systems können auch durch noch so ausgedehnte staatliche Aktivitäten nicht aus der Welt geschaffen oder auch nur ernsthaft eingeschränkt werden. Gerade das tritt heute mit größerer Deutlichkeit zutage. Die verstärkte Rolle des Staates in der Ökonomie des Kapitalismus ist eine Tatsache, und vieles spricht dafür, daß sich diese Tendenz, wenn auch in widersprüchlicher Weise und nicht in jedem kapitalistischen Staat mit dem gleichen Grad an Intensität fortsetzt. Dieser Staat wird aber nicht als ein klassenindifferentes Organ, das er niemals sein kann, sondern als Klasseninstrument der imperialistischen Bourgeoisie tätig, das den Gesetzmäßigkeiten unterliegt, die das kapitalistische System kennzeichnen.

⁶¹ Ebenda, S. 46.

⁶² Ebenda.

⁶³ R. Löwenthal, Sozialismus und aktive Demokratie, Frankfurt a. M. .1974, S. 32

Daher ist auch die Rolle dieses Staates auf dem Gebiete der Ökonomie wie auf jedem anderem Gebiet von seinem Klassenwesen geprägt. Es stimmt einfach nicht, und hier ist die Feststellung erlaubt, es stellt die Dinge völlig auf den Kopf, wenn der Vorsitzende der SPO, Bruno Kreisky, erklärt, es habe sich gezeigt, „daß es überall dort, wo der Staat bereit war, eine solche Beeinflussung des wirtschaftlichen Ab-[42]laufs vorzunehmen (gemeint ist eine Beeinflussung im Interesse der arbeitenden Menschen – d. Verf.) – und das war er in Europa vor allem dort, wo die sozialdemokratischen Parteien die Regierungen führen konnten, vor allem in Skandinavien –, durch dieses Eingreifen des Staates – das können wir heute mit Bestimmtheit sagen – allmählich zu einer solchen Strukturveränderung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gekommen ist“⁶⁴. Nehmen wir das, was hier mit einer solchen Bestimmtheit behauptet wird, beim Wort! Der Sozialreformismus nennt in diesem Zusammenhang als angeblichen Beweis die Tatsache, daß der Staat in einer Reihe kapitalistischer Länder selbst Eigentümer von Produktionsmitteln ist bzw. über einen beträchtlichen Teil des Nationaleinkommens verfügt. Bruno Kreisky verweist auf den relativ großen staatlichen Sektor in Österreich und Helmut Schmidt auf den Umfang des Staatshaushaltes in der BRD.⁶⁵

Selbstverständlich beeinflußt der kapitalistische Staat mit seinen ökonomischen Potenzen wirtschaftliche und soziale Prozesse. Aber wo ist dabei jemals eine „Strukturveränderung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung“ im Interesse der Arbeitnehmer herausgekommen? Strukturveränderung in diesem Sinne würde doch zumindest bedeuten, die ökonomischen Positionen des Monopolkapitals einzuschränken. Gerade das Gegenteil ist jedoch der Fall! Der kapitalistische Staat fördert aktiv – mit den Mitteln der Gesetzgebung, der Wirtschafts- und Finanzpolitik, auf dem Wege von Staatsaufträgen usw. – den Konzentrations- und Zentralisierungsprozeß der Produktion und des Kapitals; und dies nicht nur in den USA, dem führenden imperialistischen Land, wo inzwischen maßgebliche bürgerliche Ökonomen jene ihrer Kollegen, die nicht bewußt von der engen Verflechtung von Staat und Monopolen ausgehen, als Verfechter einer „brotlosen, dürftigen Kunst“ verspotten, deren Schriften ins „Museum für ausgediente Ideen“ gehörten.⁶⁶ Nicht anders steht es in der BRD, wo der Monopolisierungsprozeß auch unter den von der Sozialdemokratie geführten Regierungen mit den Mitteln staatlicher Fusionspolitik und in anderer Weise aktiv gefördert wird. Die Sozialdemokratie in der BRD spricht sich nicht nur in ihren Programmen für „sinnvolle Unternehmenszusammenschlüsse“ aus, das heißt für die Monopolisierung. Sie hat auch in den Jah-[43]ren, in denen sie die Regierungsverantwortung mitträgt und trägt, dafür Sorge getragen, daß der Staat den Konzentrations- und Zentralisationsprozeß in der Wirtschaft der BRD und auf der Ebene internationaler Monopolisierung aktiv unterstützt. Dagegen sind beispielsweise die mehrfachen Ankündigungen zur Bildung einer „unabhängigen Monopolkommission“, deren Tätigkeit unter diesen Bedingungen ohnehin sehr begrenzt wäre, bislang nur Ankündigungen geblieben.

In einer Reihe kapitalistischer Länder ist der Staat selbst zu einem Großunternehmen mit beachtlichen eigenen ökonomischen Potenzen geworden. So hat der staatliche Sektor beispielsweise in Großbritannien, Frankreich und Italien sowie in einigen kleineren Ländern wie Österreich, wo er etwa ein Drittel der gesamten Wirtschaft umfaßt, größere Bedeutung erlangt. Dabei ist die Position der Monopole zum Eigentum des kapitalistischen Staates oft widersprüchlich. Einerseits sehen sie darin einen Gegensatz zu ihrer wichtigsten Existenzbedingung, dem Privateigentum an den Produktionsmitteln. Andererseits sind sie gerade dann bestrebt, Betriebe in die Hände des kapitalistischen Staates zu übertragen, wenn der Kapitalismus schwere ökonomische Krisen durchmacht, um sie dann mit zusätzlichem Gewinn wieder zu reprivatisieren. Dies ändert grundsätzlich jedoch nichts daran, daß in den kapitalistischen Ländern der staatliche Sektor der Wirtschaft ein fester Bestandteil des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist, auch in Österreich.

In den „Politisch-Ideologischen Leitsätzen“, die die Kommunistische Partei Österreichs auf ihrem XXII. Parteitag im Jahre 1974 angenommen hat, wird eine marxistisch-leninistische Einschätzung des Charakters dieses Sektors gegeben. „Es handelt sich dabei“, wie der Vorsitzende der Partei, Franz

⁶⁴ B. Kreisky, Aspekte des demokratischen Sozialismus, a. a. O., S. 129 f.

⁶⁵ H. Schmidt, Auf dem Fundament des Godesberger Programms, a. a. O., S. 39 f.

⁶⁶ J. K. Galbraith, Die moderne Industriegesellschaft, München/Zürich 1968, S. 240.

Muhri, erläutert, „um Schlüsselpositionen der Wirtschaft, die in der Zeit der hitlerfaschistischen Fremdherrschaft Eigentum des deutschen Großkapitals gewesen und nach dem zweiten Weltkrieg verstaatlicht worden sind. Damals haben sie einen Faktor der Einengung der Macht des in- und ausländischen Großkapitals dargestellt. Im Zuge des Wiederaufbaus und der Festigung der kapitalistischen Wirtschaft, dem verstärkten Eindringen des ausländischen, besonders des westdeutschen Monopolkapitals und der Errichtung eines bürgerlichen Staats-[44]apparates in den vergangenen Jahrzehnten, die mit Hilfe der rechten sozialdemokratischen Führer erfolgte, ist dieser verstaatlichte Sektor immer mehr zu einem festen Bestandteil des Systems des staatsmonopolistischen Kapitalismus geworden.“⁶⁷ Wie der staatliche Sektor der Wirtschaft ist auch der Staatshaushalt keine von den sozialökonomischen und politischen Herrschaftsverhältnissen des staatsmonopolistischen Kapitalismus gelöste Größe. Jedoch ist es eine alte, noch auf Bernstein zurückgehende These des Opportunismus, daß sowohl die wachsende Rolle des Staatshaushaltes wie die Verwendung seiner Mittel Ausdruck dafür seien, daß jener Staat zum Diener der Allgemeinheit geworden sei. Sie wird auch heute vom Sozialreformismus als Argument für das angebliche Verschwinden des Klassenwesens des kapitalistischen Staates benutzt.

In den industriell entwickelten kapitalistischen Ländern nimmt in der Tat die Rolle des Staatshaushaltes zu, wobei der Umfang des Staatshaushaltes ständig wächst. Heute werden gerade in diesen Ländern bereits ein Viertel bis ein Drittel des Nationaleinkommens und in einigen dieser Länder ein noch höherer Teil über den Staatshaushalt umverteilt. Diese Erscheinung beweist jedoch in keiner Weise einen Abbau des Klassencharakters des kapitalistischen Staates. Gerade die Prioritäten in der Verwendung der Mittel des Staatshaushaltes sind ein schlagender Beweis für das Klassenwesen jenes Staates. Stehen doch an erster Stelle der Ausgaben die Mittel für die Erhöhung der Rüstung, für die Entwicklung der Wirtschaftszweige, die ganz besonders von den führenden Industrie- und Bankkonzernen beherrscht werden, sowie für die Erweiterung der Außenhandelsbeziehungen, um den nationalen Monopolen die günstigsten Bedingungen im internationalen kapitalistischen Konkurrenzkampf zu sichern. Gerade in diesen Fragen sind die Interessen der Monopole und des Staates besonders eng verflochten, werden hier im großen Maßstab gemeinsame und aufeinander abgestimmte Aktionen durchgeführt. Das gilt auch, wie immer wieder festzustellen ist, für jene kapitalistischen Länder, in denen sozialdemokratische Parteien die Regierung bilden. Es liegt einfach in der Natur der Dinge begründet, daß es dabei zu Konflikten zwischen der staatlichen Politik und den Interessen dieser oder jener Monopole und Monopolgruppen kommen kann. Dabei können die oft kurz-[45]fristigen Profitinteressen einzelner Monopole zugunsten der Systemsicherung unter Umständen auch einmal zurückgestellt werden. Schließlich führen die großen Monopole untereinander häufig heftige Kämpfe um den größten Einfluß auf die staatliche Politik, besonders die Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Das beweist jedoch nur, daß auch unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus die Umsetzung ökonomischer Macht in politische Macht und in die Politik des Staates nicht wie ein Automatismus abläuft, sondern ein durchaus komplizierter und widerspruchsvoller Prozeß ist. Die Klasseninteressen des Monopolkapitals werden dabei aber allemal wahrgenommen.

Es widerspricht dieser Einschätzung nicht, wenn festgestellt wird, daß in den Staatshaushalten der kapitalistischen Länder selbstverständlich auch Mittel für das öffentliche Verkehrs-, Bildungs- und Gesundheitswesen oder für den staatlichen Wohnungsbau vorgesehen sind. Diese und andere gesellschaftliche Bereiche sind Bestandteile des kapitalistischen Reproduktionsprozesses und bedürfen schon im Interesse seiner Aufrechterhaltung einer Entwicklung. Jedoch vermitteln gerade die jährlichen Haushaltsberatungen der Parlamente in den kapitalistischen Ländern ein recht anschauliches Bild der hier wirkenden Klasseninteressen und Machtverhältnisse. Denn noch immer sind gegen den Widerstand der Kommunisten und anderer progressiver Kräfte Kürzungen und Streichungen an den Haushaltsmitteln vorgenommen worden, die zu gewissen Verbesserungen der sozialen Lage der Werktätigen führen würden.

⁶⁷ F. Muhri, Die demokratische und sozialistische Alternative für Österreich, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Heft 4/1974, S. 450 f.

Alle diese Feststellungen treffen im Wesen auch für jene skandinavischen Länder zu, in denen Sozialdemokraten zum Teil seit Jahrzehnten Regierungsverantwortung tragen. Norwegen und Dänemark sind auch unter sozialdemokratischen Regierungen kapitalistischer Länder geblieben, in denen nationale und internationale Monopole führende Positionen in Wirtschaft und Politik einnehmen. Auch wenn die Werktätigen wie in Schweden – nicht zuletzt durch das Heraushalten des Landes aus Kriegen und imperialistischen Militärbündnissen – diese oder jene Verbesserung ihrer sozialen Lage erreichen konnten, machen die Gesetzmäßigkeiten, Widersprüche und Grundübel des Kapitalismus auch vor diesen Ländern nicht halt, wie es Inflation, Arbeitslosigkeit und Unsicherheit [46] der Arbeitsplätze und die anderen Erscheinungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus zeigen.

Wir können damit ein weiteres Resümee unserer Untersuchung ziehen: Der Ausbau der Rolle des kapitalistischen Staates in der Ökonomie und die Anwendung eines umfangreichen staatlichen Instrumentariums der Regulierung hat nicht nur nicht verhindert, daß die Widersprüche und Gebrechen des Kapitalismus weiter wirken; sie brechen trotz dieses Mechanismus der „Krisenverhütung“ sogar verschärft auf. Die aktive Rolle des Staates bei der Stimulierung des Konzentrations- und Zentralisationsprozesses der Produktion und des Kapitals trägt vielmehr objektiv zur Vertiefung der Widersprüche des staatsmonopolistischen Systems, besonders des Grundwiderspruches bei, dessen krasseste Auswirkungen mit Hilfe des Staates wiederum unter Kontrolle gehalten werden sollen. Daraus ergeben sich ständige Widersprüche und häufige Wendungen in der staatlichen Politik.

Zugleich ist die wachsende Rolle des Staates in der kapitalistischen Ökonomie Ausdruck der Verschärfung des Grundwiderspruches des Kapitalismus. Das kapitalistische System ist ohne diesen staatlichen Stützungs- und Regulierungsmechanismus nicht mehr existenzfähig. Darin kommt auch das Versagen der von den bürgerlichen Ideologen so oft gepriesenen „Privatinitiative“ und die historische Überlebtheit des Kapitalismus zum Ausdruck.

Friedrich Engels wies bereits bei den ersten Anzeichen des Überganges vom vormonopolistischen Kapitalismus zum Imperialismus darauf hin, daß sich gerade im Ausbau der Tätigkeit des bürgerlichen Staates auf ökonomischem Gebiet die Vertiefung des Grundwiderspruchs zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte und den privatkapitalistischen Produktionsverhältnissen äußert: „So oder so, mit oder ohne Trusts, muß schließlich der offizielle Repräsentant der kapitalistischen Gesellschaft, der Staat, die Leitung der Produktion übernehmen.“ Engels führt dann weiter aus: „Und wenn die Krisen die Unfähigkeit der Bourgeoisie zur ferneren Verwaltung der modernen Produktivkräfte aufdeckten“, so zeigt die Tätigkeit des bürgerlichen Staates auf ökonomischem Gebiete (Engels bezieht sich hier auf das Eigentum des kapitalistischen Staates) „die Entbehrlichkeit der Bourgeoisie für [47] jenen Zweck“, nämlich die Leitung der Produktion und damit die Führung der Gesellschaft. Entschieden wandte sich Engels in diesem Zusammenhang gegen Spekulationen, daß sich der Kapitalismus damit allmählich selbst auflöse. Alles andere als das! „Das Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben. Aber auf der Spitze schlägt es um. Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung.“⁶⁸ Der Gegensatz des revolutionären marxistischen Herangehens zum opportunistischen, das die Rolle des kapitalistischen Staates in der Ökonomie als Lösung des Konflikts ausgibt, wird hier besonders deutlich. Es ist ebenso sichtbar, daß die Einschätzung Engels' nichts an Aktualität eingebüßt hat.

Um die These von der Möglichkeit einer allmählichen Transformation der kapitalistischen Ökonomie mittels des Staates und der staatlichen Politik theoretisch zu rechtfertigen, sind die Ideologen des Sozialreformismus auf der Suche nach Theorien, die das Verhältnis von Ökonomie und Politik im Sinne der Rechtfertigung ihrer ideologischen und politischen Positionen deuten. „Um die Versuche des Kapitals abwenden zu können, die politische Demokratie ihrem Interesse der Profitmaximierung zu unterwerfen, braucht die Sozialdemokratie einen Begriff der Einheit von Theorie und Praxis, der auf die Unterordnung der Ökonomie durch die Politik – im Auftrag der arbeitenden Menschen – zielt. Der Staat, aufgefaßt als Sozialstaat, hat dann gemäß des Modells des demokratischen Sozialismus

⁶⁸ MEW, Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 221 f.

das Recht und die Pflicht, die ökonomischen Verhältnisse im gesellschaftlichen Gesamtinteresse planend umzuformen“, heißt es in einer Stellungnahme zu dem auch als „Langzeitprogramm“ bezeichneten „Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973-1985“. ⁶⁹

Hier sind gleich mehrere Fragen berührt. Als erstes erscheint die Demokratie in dieser Darstellung wieder als Spielball, der sich einmal in den Händen des Kapitals und dann wieder in den Händen anderer Kräfte befindet. Das Denkschema der pluralistischen Gesellschaft und pluralistischen Demokratie schimmert hier allzu deutlich durch. Die bürgerliche Demokratie ist, das muß jedoch immer wieder gesagt werden, der politische Ausdruck der Klassenherrschaft der Bourgeoisie. [48] Dieses Zeichen kann auch der Sozialreformismus unter noch so großen Anstrengungen nicht von ihr nehmen, auch nicht dadurch, daß man das wirkliche Verhältnis von Ökonomie und Politik umzukehren sucht.

Es sei in diesem Zusammenhang auf die Leninsche Analyse des Verhältnisses von Ökonomie und Politik im Imperialismus hingewiesen, auf deren Grundlage Lenin den Opportunismus Kautskys in der Frage, welche Stellung die Arbeiterklasse zum Imperialismus beziehen muß, aufdeckte.

Kautsky und andere opportunistische Führer der II. Internationale vertraten die Auffassung, daß der Imperialismus nur eine Erscheinung in der Politik der Staaten sei, die man, ohne eine grundlegende Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse vorzunehmen, durch eine andere, „demokratische“ Politik ersetzen könnte. Der Opportunismus versuchte damit seine Position der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, besonders sein Eintreten für den bürgerlichen Staat, zu rechtfertigen. Lenin stellte dazu fest: „Kautsky trennt die Politik des Imperialismus von seiner Ökonomik, trennt den Monopolismus in der Politik von dem Monopolismus in der Ökonomik, um seinem platten bürgerlichen Reformismus ... den Weg zu ebnen. Sinn und Zweck dieser theoretischen Fälschung läuft einzig und allein darauf hinaus, die tiefsten Widersprüche des Imperialismus zu vertuschen und auf diese Weise die Theorie der ‚Einheit‘ mit den Apologeten des Imperialismus, den offenen Sozialchauvinisten und Opportunisten, zu rechtfertigen.“ ⁷⁰

Dem Opportunismus ging es darum, die Unvereinbarkeit von Imperialismus und Demokratie zu vertuschen, um seine Auffassung von der Möglichkeit, auf dem Boden dieser Verhältnisse Demokratie zu verwirklichen und den Staat im Interesse der Arbeiter zu handhaben, zu begründen. Lenin deckte in Widerlegung dieser Auffassung anhand der Dialektik von Ökonomie und Politik die Gesetzmäßigkeit des Widerspruchs von Imperialismus und Demokratie und seiner Verschärfung unter den Bedingungen der Ausdehnung der Monopolherrschaft auf. Lenin wies nach, daß die Frage nach dem Verhältnis von Imperialismus und Demokratie die „Frage nach der Beziehung der Ökonomie zur Politik; nach der Beziehung der ökonomischen Verhältnisse und des ökonomischen Inhalts des Imperialismus zu einer der politischen Formen“ ist. ⁷¹ „Ökono-[49]misch ist der Imperialismus ... die höchste Entwicklungsstufe des Kapitalismus, und zwar eine Stufe, auf der die Produktion so sehr Groß- und Größtproduktion geworden ist, daß *die freie Konkurrenz vom Monopol abgelöst wird*. Das ist das ökonomische Wesen des Imperialismus.“ ⁷² Und noch einmal: „Das ökonomische Monopol – das ist der Kern der ganzen Sache.“ ⁷³ Wie das Monopol in der Ökonomie den Kapitalismus der freien Konkurrenz ablöst, so verdrängt auch der politische Überbau dieser neuen ökonomischen Verhältnisse den Überbau des vormonopolistischen Kapitalismus: „Der politische Überbau über der neuen Ökonomie, über dem monopolistischen Kapitalismus (Imperialismus ist monopolistischer Kapitalismus) ist die Wendung *von der Demokratie zur politischen Reaktion*. Der freien Konkurrenz entspricht die Demokratie. Dem Monopol entspricht die politische Reaktion ... Sowohl in der Außenpolitik wie auch gleicherweise in der Innenpolitik strebt der Imperialismus zur Verletzung der Demokratie, zur Reaktion. In diesem Sinne ist unbestreitbar, daß der Imperialismus ‚Negation‘ der *Demokratie überhaupt, der ganzen Demokratie* ist.“ ⁷⁴ Wir haben diese Ausführungen Lenins ausführlich zitiert, um

⁶⁹ G. Weißkirchen, Elemente einer Staatstheorie, a. a. O., S. 44 f.

⁷⁰ W. I. Lenin, Werke, Bd. 23, Berlin 1957, S. 104.

⁷¹ Ebenda, S. 37.

⁷² Ebenda, S. 34.

⁷³ Ebenda.

⁷⁴ Ebenda.

die Schlüssigkeit seiner Beweisführung hervorzuheben. Die Leninsche Imperialismustheorie, aus der wir für unsere Fragestellung nur einen Aspekt herausgegriffen haben, ist in sich geschlossen, da sie den Imperialismus in der Totalität seines Wesens erfaßt und daher zu noch heute gültigen Schlußfolgerungen kommt. Sie ist theoretische und methodologische Grundlage für die Einschätzung auch aller neuen Erscheinungen in der Entwicklung des Imperialismus.

Andererseits zeigt sich erneut, daß das Auseinanderreißen der dialektischen Wechselwirkung von Ökonomie und Politik, insbesondere das Verselbständigen, das Abstrahieren der Politik oder treffen der des politischen Überbaus von der ökonomischen Basis der Gesellschaft die Wirklichkeit verzerrt und der Apologie Tür und Tor öffnet. Dieses Herangehen an das Verhältnis von Ökonomie und Politik ist kennzeichnend für die bürgerliche Ideologie. Die Verfechter einer Staatstheorie des „demokratischen Sozialismus“ demonstrieren gerade an ihren Auffassungen über Ökonomie und Politik, daß sie zur wissenschaftlichen Erklärung der Wirklichkeit nicht bereit sind. Was ist an jener Staatstheorie dann noch Theorie? [50]

2. Historisches: Lassalles – Bernsteins – Kautskys „positives Staats- und Demokratieverständnis“

Wie jede ideologische Strömung hat auch der Sozialreformismus seine historischen Quellen, seine Geschichte. Die kritische Wertung einer Ideologie schließt ein, ihren historischen und ideengeschichtlichen Ursprung, die Kontinuität ihrer Grundstruktur über einen längeren geschichtlichen Zeitraum und unter Umständen über ganze Geschichtsepochen hinweg sowie ihre Modifizierung unter veränderten geschichtlichen Bedingungen aufzudecken, um ihren Platz in der ideologischen Auseinandersetzung besser bestimmen zu können.⁷⁵ Wie oft zeigt gerade die Geschichte einer Ideologie, daß ihre angeblich modernen Fragestellungen keineswegs so neu oder originär sind, wie sie von ihren Verfechtern hingestellt werden. Noch mehr gilt dies von den Antworten oder Lösungen, die diese Ideologien zu geben beanspruchen, die sich jedoch gerade unter dem Aspekt des tatsächlichen Geschichtsverlaufs als Scheinantworten bzw. Scheinlösungen erwiesen haben. Im gegebenen Fall, der Ideologie des Sozialreformismus, erscheint der Blick in die Geschichte dieser Ideologie um so mehr geboten, als ihre Vertreter in dem Bestreben, den „demokratischen Sozialismus“ theoretisch zu fundieren und eine Staatstheorie des „demokratischen Sozialismus“ auszuarbeiten, wieder stärker auf die Geschichte des Opportunismus und Revisionismus zurückgreifen.⁷⁶

Daneben haben diese Rückgriffe aber auch einen mehr praktisch-politischen Aspekt. Die realen Ergebnisse der Verwirklichung der Ideen von Marx, Engels und Lenin beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus, die praktischen Erfahrungen des Klassenkampfes in den Ländern des Kapitals und die Tendenzen der Einheit aller Linkskräfte im revolutionären Weltprozeß fördern natürlich die Einsicht, daß grundlegende [51] Verbesserungen der Lage der Arbeiter im Rahmen des Kapitalismus nicht möglich sind. Der Sozialreformismus wird daher durch den praktischen Verlauf des Geschichtsprozesses immer wieder und verstärkt mit Grundfragen der Gesellschaft und des Staates konfrontiert, die er meinte, mit den Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre von den meisten sozialdemokratischen Parteien Westeuropas verabschiedeten Programmen ein für allemal in seinem Sinne beantwortet zu haben. Die Dialektik des Klassenkampfes zwingt den Sozialreformismus, gerade zu solchen Fragen Stellung zu nehmen, die sich auf sein Verhältnis zur Marxschen Lehre beziehen.

Um sich in dieser Auseinandersetzung gewissermaßen auch mit „historischen“ Argumenten abzusi-
chern, greift der Sozialreformismus auf den Reformismus opportunistischer und revisionistischer Prägung zurück. Dies ist einer der wesentlichen Gründe für das stärkere Interesse sozialreformistischer Ideologen an Lassalle, Bernstein, Kautsky und anderen Theoretikern des Opportunismus und Revisionismus, deren Erbe nunmehr beschworen wird, um die ideologische und politische Position des Sozialreformismus der Gegenwart zu rechtfertigen. In bewußter Abgrenzung zur Lehre von Marx wird der Sozialreformismus als Vollstrecker und Fortsetzer der Konzeptionen von Lassalle, Bernstein und Kautsky bezeichnet.⁷⁷ Daß es in diesem Zusammenhang nicht an Versuchen fehlt, auch Marx und Engels unter grober Fälschung ihrer Aussagen zu geistigen Wegbereitern der „sozialen Demokratie“ zu degradieren, sei hier nur am Rande vermerkt. Dieser Seite der „theoretischen“ Begründung des „demokratischen Sozialismus“ nachzugehen haben wir uns im dritten Abschnitt vorbehalten.

Es ist im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich, die Kontinuität zwischen der weltanschaulich-ideologischen Grundstruktur des Opportunismus und Revisionismus und der des Sozialreformismus im einzelnen zu behandeln.⁷⁸ Jedoch erfordert es unser Thema, diese geistige Kontinuität in den Staats- und Demokratieverfassungen des Sozialreformismus aufzudecken.

In den Fragen des Staates und der Demokratie ist das Zurückgreifen des Sozialreformismus auf den Reformismus Lassalles, Bernsteins und Kautskys auf einen zentralen Punkt gerichtet: die theoretische

⁷⁵ Vgl. M. Bohr, Den Gegner wirklich treffen!, in: Spektrum, Heft 9/ 1973, S. 11

⁷⁶ Vgl. H. Klug, Arbeiterinteressen – unvereinbar mit Bernsteinschem Revisionismus, in: Einheit, Berlin, Heft 11/1974, S. 1298 ff.

⁷⁷ Vgl. anstelle anderer H. Schmidt, Eröffnungsrede auf dem Parteitag der SPD in Hannover 1973, in: H. Schmidt, Auf dem Fundament des Godesberger Programms, Bonn – Bad Godesberg 1974, S. 31.

⁷⁸ Vgl. dazu Autorenkollektiv, Ideologie des Sozialdemokratismus in der Gegenwart, Berlin 1971, I. und II. Kapitel.

Untermauerung der These vom klas-[52]senindifferenten Staat als Organ der Transformation des Kapitalismus in eine „neue Gesellschaft“ und von der ebenso klassenneutralen Demokratie als der politischen Form dieser angeblichen Wandlung. Dabei ist es das Bestreben der sozialreformistischen Ideologen, besonders jene Aussagen der Theoretiker des Reformismus zusammenzutragen und aufzubereiten, die ihre Behauptungen über Staat und Demokratie als klassenunabhängige Organe der Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit ideologisch unterstützen. Die Suche fällt ihnen nur allzu leicht. Denn allerdings zählt der Reformismus Lassalles, Bernsteins und Kautskys zu den wichtigsten ideengeschichtlichen Quellen des Sozialreformismus, wobei gerade in den Staats- und Demokratieauffassungen diese ideologische Kontinuität besonders sichtbar in Erscheinung tritt. Die sozialdemokratische Vorstellung von der „Handhabung dieses Staates als Mittel zur Reform der Gesellschaft“ stehe unter dem Zeichen, „das Ferdinand Lassalle am Anfang gesetzt hatte“, heißt es in der Eröffnungsrede des Parteitag der SPD 1973 in Hannover.⁷⁹

In der Tat geht die reformistische Grundidee, mit Hilfe des bestehenden Staates eine Wandlung der Gesellschaft in Richtung auf die Überwindung der Ausbeutung und aller Gebrechen der Ausbeutergesellschaft herbeizuführen und jenen Staat immer mehr im Interesse der werktätigen Menschen einzusetzen, im starken Maße auf Lassalle und dessen ideologischen Einfluß in der deutschen Arbeiterbewegung zurück. Lassalle, dessen Verdienste um die Organisierung der Arbeiterbewegung im Deutschland der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hier nicht zur Debatte stehen,⁸⁰ hatte besonders in seinem „Offenen Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig 1863“ die Idee entwickelt, daß der Staat dazu berufen sei, für eine grundlegende Verbesserung der Lage der Arbeiter Sorge zu tragen. Lassalle schrieb dort, „daß die wirkliche Verbesserung der Lage des Arbeiters – die er gerechterweise zu fordern hat und für den allgemeinen Arbeiterstand als solchen – nur durch jene Hilfeleistung des Staates herbeigeführt werden kann“⁸¹.

Jene Hilfeleistung des Staates sah Lassalle vor allem in der Förderung und Entwicklung von Produktiv-Genossenschaften der Arbeiter durch den Staat. Es sei eine vornehmliche Auf-[53]gabe des Staates, „Ihnen dies zu ermöglichen, die große Sache der freien individuellen Assoziation des Arbeiterstandes fördernd und entwickelnd in seine Hand zu nehmen und es zu seiner heiligsten Pflicht zu machen, Ihnen die Mittel und Möglichkeit zu dieser Selbstorganisation und Selbstassoziation zu bieten.“⁸² Lassen wir die recht zeitbezogene Vorstellung von der Schaffung von Produktivgenossenschaften der Arbeiter einmal außer Betracht, so ist die Begründung, die Lassalle für diese Rolle des Staates gibt, in der kritischen Auseinandersetzung mit dem Sozialreformismus in der Gegenwart um so mehr von Bedeutung. Lassalle argumentiert nämlich weiter, daß die Intervention des Staates auf ökonomischem Gebiet (zum Beispiel in Gestalt der Zinsgarantie) bislang „im Interesse der reichen und begüterten Klassen der Gesellschaft“ stattfand, daß es sich nun jedoch „um eine Intervention zugunsten der notleidenden Klassen, zugunsten der unendlichen Mehrheit handelt“ – und das sei zugleich „reiner ‚Sozialismus und Kommunismus‘“!⁸³ Die Einschaltung des Staates in ökonomische Vorgänge hebe den Klassencharakter des Staates auf, wenn es nur im Interesse der werktätigen Menschen erfolge! Weich „moderne“ Fragestellung also bereits bei Lassalle, der gegenüber die heutigen Formeln des Sozialreformismus vom endgültigen Verschwinden des Klassenwesens des bürgerlichen Staates durch dessen aktive Tätigkeit auf dem Felde der Ökonomie wie ein zweiter Aufguß wirken.

So kann es auch nicht verwundern, wenn sozialreformistische Ideologen den „Ruf nach der staatlichen Intervention“ als den Kern der Staatsauffassungen Lassalles und ihn selbst als Vorläufer ihrer Vorstellungen über die Transformation des Kapitalismus auf dem Wege staatlicher Aktivitäten in der Wirtschaft bezeichnen.⁸⁴ Hatte Lassalle in seinem „Arbeiterlesebuch“ die staatliche Intervention

⁷⁹ H. Schmidt, a. a. O.

⁸⁰ Vgl. Brief von K. Marx an J. B. v. Schweitzer vom 13.10.1868 (Entwurf), in: MEW, Bd. 32, Berlin 1965, S. 568 f.

⁸¹ Zit. nach: Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Bonn – Bad Godesberg 1973, S. 123.

⁸² Ebenda.

⁸³ Ebenda, S. 125.

⁸⁴ Vgl. K. Schumacher, Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie, Stuttgart 1973, S. 40.

zugunsten der Arbeiter doch selbst als den „prinzipiellen Punkt“ hervorgehoben, für den er sich entschieden habe und mit dem „die Schlacht, die ich schlage“, stehe und falle.⁸⁵

Wie andere reformistische Ideen hat auch diese ihre Evolution erfahren. Ihre Grundstruktur finden wir in den sozialreformistischen Behauptungen wieder, daß mit Hilfe staatlicher Reformen die kapitalistische Ökonomie Schritt für Schritt in einen Diener der Allgemeinheit verwandelt werde, wobei sie [54] sowohl den Eigentümern von Kapital hinreichende Gewinne, sprich Profite, wie den werktätigen Menschen soziale Sicherheit und eine Verbesserung ihrer Lebenslage beschere werde. Und es ist auch Lassalle, der den Gedanken aussprach, daß die Intervention des bestehenden Staates „zugunsten der notleidenden Klassen, zugunsten der unendlichen Mehrheit“ identisch sei mit dem Sozialismus, jener Vorstellung also bereits den Weg bereite, die unter der Formel der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft mit Hilfe des bestehenden – kapitalistischen – Staates später unter dem Einfluß des Opportunismus und Revisionismus Eingang in die Arbeiterbewegung fand.

Wenn nun, so argumentierte Lassalle weiter, die „freie individuelle Assoziation, ermöglicht durch die stützende und führende Hand des Staates“ der „einzigste Weg aus der Wüste (ist), der dem Arbeiterstand gegeben ist“, was sei dann zu tun, um den Staat zu einem solchen Vorgehen zu bewegen? Dies, so wird verkündet, sei „nur durch das allgemeine und direkte Wahlrecht möglich“, denn, so lautet die Begründung, wenn die gesetzgebenden Körperschaften aus dem allgemeinen und direkten Wahlrecht hervorgehen, würde damit auch die große Mehrheit des Volkes „den Staat bestimmen können, sich dieser seiner Pflicht zu unterziehen“⁸⁶. Der Kampf für das allgemeine und direkte Wahlrecht als einer Institution der bürgerlichen Demokratie war und ist ein wichtiger Bestandteil des Kampfes der Arbeiterklasse unter den Bedingungen des Kapitalismus; erst recht angesichts der feudalen-junkerlichen Herrschaft im damaligen Deutschland. Trägt es doch mit dazu bei, daß sich die Arbeiterklasse organisieren, legal betätigen und ihre Forderungen und Interessen auch von der Tribüne der Parlamente aus vertreten kann.

Bereits bei Lassalle und später ausgeprägt im Opportunismus wurde das allgemeine und direkte Wahlrecht jedoch mit dem Abbau des kapitalistischen Klassenwesens des Staates und der Inbesitznahme des Staates durch alle Klassen und Schichten der Gesellschaft gleichgesetzt. Ist erst einmal das allgemeine und direkte Wahlrecht proklamiert und wird es von den Massen des Volkes ausgeübt, dann sei die Zeit, da der Staat das Instrument in den Händen der herrschenden Klasse war, so gut wie vorbei und der Weg zum „freien Volksstaat“ schon beschritten. Wir kommen darauf im dritten Abschnitt noch einmal zurück.

[55] Lassalle und andere reformistische Theoretiker übersehen, daß das Wahlrecht eine Institution der bürgerlichen Demokratie ist, die von der Arbeiterklasse genutzt werden kann und muß, die aber das Klassenwesen des kapitalistischen Staates nicht nur nicht aufhebt, sondern selbst Ausdruck dieses Klassenwesens ist. Die praktisch-politische Konsequenz dieser Verabsolutierung des Wahlrechts ist es, die Aktionen der Arbeiterklasse auf den Rahmen der bürgerlichen Demokratie zu beschränken und sie damit politisch und ideologisch an die Bourgeoisie zu binden. Die Praxis des Opportunismus hat das voll und ganz bestätigt.

Lassalles Vorstellungen über die Befreiung der Arbeiter mittels Staatshilfe lag eine höchst verschwommene, mystisch-idealistische Staatsauffassung zugrunde. So äußerte er in dem bereits erwähnten „Offenen Antwortschreiben“, es sei die „Bestimmung des Staates, die großen Kulturfortschritte der Menschheit zu erleichtern und zu vermitteln. Dies ist sein Beruf. Dazu existiert er; hat immer dazu gedient und dienen müssen.“⁸⁷ Nein, nichts damit!

Der Staat der antagonistischen Klassenherrschaft entstand und existiert als Ausdruck der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze, als Ausdruck der Herrschaft der Ausbeuterklasse über die ausgebeuteten und unterdrückten Klassen und Schichten. Dies wird durch die gesamte Geschichte der Sklaverei, des Feudalismus und des Kapitalismus einschließlich der Geschichte ihrer Staaten bewiesen.

⁸⁵ F. Lassalle, Reden und Schriften, hrsg. v. E. Bernstein, Bd. 1, Stuttgart 1890, S. 501.

⁸⁶ Programmatische Dokumente ..., a. a. O., S. 134.

⁸⁷ Programmatische Dokumente, a. a. O., S. 124.

Wenn die aufstrebenden Ausbeuterklassen ihre gerade erst errungene politische Macht benutzten, um den materiellen Bedingungen ihrer Existenz voll zum Durchbruch zu verhelfen, was gegenüber den vorangegangenen, abgelösten gesellschaftlichen Verhältnissen einen historischen Fortschritt bedeutete, so hat das nicht das geringste mit einer angeblich dem allgemeinen Kulturfortschritt der Menschheit dienenden Rolle des Staates zu tun, sondern beweist im Gegenteil, wie unhistorisch solche Betrachtungsweisen sind. Im übrigen haben die Staaten der Ausbeutergesellschaft ihre geschichtliche Existenz und ihren „Beruf“ noch immer der Notwendigkeit der ökonomisch herrschenden Ausbeuterklassen zu verdanken, ihre Herrschaft gegen den gesellschaftlichen Fortschritt und gegen die Volksmassen aufrechtzuerhalten. Und sie sind wahrlich vor keinem Mittel zurückgeschreckt, diese ihre [56] Klassenfunktion zu erfüllen, freilich, wie die Geschichte ebenfalls bewiesen hat und beweist, ohne dauerhaften Erfolg. Lassalle jedoch pflanzte mit seiner Auffassung von der menscheitsbeglückenden Rolle des Staates schlechthin eines jener Bäumchen auf dem Felde der bürgerlichen Ideologie, um die sich die abergläubischen Verehrer „des Staates“ in den Reihen des Opportunismus und Revisionismus bis heute dann so eifrig scharten.

Es ist gerade diese Auffassung vom Staat als Verwirklicher einer allgemeinen Idee der Freiheit und Gerechtigkeit, fernab aller historischen und Klassenbezogenheit, die der Sozialreformismus mit dem Rückgriff auf Lassalle zu hegen und zu pflegen gedenkt. Denn für Lassalle sei der Staat, „unbeschadet der Anerkennung des Waltens ökonomischer Kräfte und der notwendigen Existenz des Klassenkampfes, das höchste Menschheitsideal“, heißt es bei einem der rechten Führer der Sozialdemokratie, Kurt Schumacher.⁸⁸

Ist aber der Staat in der Ideologie, erst einmal, von seinen geschichtlichen Bedingungen abgehoben, ist er insbesondere von seinen sozialökonomischen Grundlagen gelöst, so fällt seine Verwandlung in ein klassenindifferentes Organ, das man entweder im Interesse der Bourgeoisie oder im Interesse der Arbeiter oder sogar im Interesse beider Klassenkräfte zum höheren Ruhme einer abstrakten Allgemeinheit in Bewegung setzen kann, nicht schwer. Dann kann man den bestehenden Staat auch, wie es der Opportunismus und Revisionismus unternimmt, zum Organ der allmählichen Transformation des Kapitalismus in den Sozialismus deklarieren.

Schumacher selbst charakterisierte diese Staatsauffassung des Reformismus mit den Worten: „Man war dazu gekommen, nicht mehr die Handhabung des Staates als Machtmittel der herrschenden Klasse als sein innerstes Wesen zu erkennen. Man sah in ihm den Punkt, von dem aus man die kapitalistische Gesellschaft in die sozialistische umwandeln konnte.“⁸⁹ Schumacher und andere Ideologen und Politiker des Sozialreformismus, wie im übrigen auch bürgerliche Staatslehrer, bezeichneten jene letztere Position als die endlich gefundene „positive Staatsauffassung“, während man im Gegensatz dazu Marx eine „negative Haltung zum Staat“ unterstellt. Es handelt sich hier um eine höchst irreführende, den Kern des Gegensatzes zwi-[57]schen der marxistischen und reformistischen Staatsauffassung verwischende Aussage. Denn es ist schlechthin unsinnig, Marx eine Negation „des Staates“ unterstellen zu wollen. Marx und Engels haben in allen ihren Schriften, die sich in irgendeiner Weise auf Fragen des Staates beziehen, ihre Stellung zum *bürgerlichen* Staat stets unmißverständlich klargestellt. Sie haben immer wieder darauf hingewiesen, daß der bürgerliche Staat, welche Form er auch immer annimmt, stets das Instrument der Klassenherrschaft der Bourgeoisie ist. Deshalb, so stellten beide fest, kann dieser Staat niemals das Organ der Befreiung der Arbeiterklasse sein, ist seine Beseitigung eine der grundlegenden, unabdingbaren Voraussetzungen für die Überwindung des Kapitalismus und die Errichtung des Sozialismus.

In der „Kritik des Gothaer Programms“ hat Marx daher mit aller theoretischer Schärfe gerade die Lassallesche Auffassung von der den Arbeitern zugutekommenden „Staatshilfe“ kritisiert, die er auch als „das Heilmittel des Propheten“ bezeichnete. „Statt aus dem revolutionären Umwandlungsprozesse der Gesellschaft, ‚entsteht‘ die ‚sozialistische Organisation der Gesamtarbeit‘ aus der ‚Staatshilfe‘, die der Staat Produktivgenossenschaften gibt, die *er*, nicht der Arbeiter, ‚ins Leben ruft‘. Es ist dies

⁸⁸ K. Schumacher, a. a. O., S. 38.

⁸⁹ K. Schumacher, a. a. O., S. 46.

würdig der Einbildung Lassalles, daß man mit Staatsanlehn ebensogut, eine neue Gesellschaft bauen kann wie eine neue Eisenbahn!“⁹⁰ Wie jedoch die heutige Gesellschaft die kapitalistische Gesellschaft ist, fährt Marx fort, so haben „die verschiedenen Staaten der verschiedenen Kulturländer, trotz ihrer bunten Formverschiedenheit, alle das gemein, daß sie auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft stehn, nur einer mehr oder minder kapitalistisch entwickelten“⁹¹. Der kapitalistischen Gesellschaft entspricht der kapitalistische Staat. Solange jene besteht, existiert auch ihr Staat. „Es fragt sich dann: Welche Umwandlung wird das Staatswesen in einer kommunistischen Gesellschaft erleiden?“⁹² Und Marx gibt hier die berühmte Antwort: „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“⁹³

Also auch hier wie in jeder anderen Schrift Marx' nicht die [58] Spur einer „negativen Haltung zum Staat“, wohl aber die wissenschaftlich begründete Abgrenzung der sozialistischen Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation und ihres Staates von der kapitalistischen Gesellschaft und ihrem Staat. Andererseits hat es mit der vom Sozialreformismus so hervorgekehrten „Notwendigkeit eines positiven Verhältnisses zum Staat“⁹⁴ durchaus seine Bewandnis. Ist doch diese Formel die ideologische Widerspiegelung der Hinwendung zum kapitalistischen Staat, die bis zur uneingeschränkten Bejahung des imperialistischen Staatswesens seitens rechter Führer der Sozialdemokratie in der Gegenwart führt. Was kann dieses im Widerspruch zu den Arbeiterinteressen stehende Staatsverständnis noch deutlicher offenbaren als das euphorische Bekenntnis Kurt Schumachers: „Der 4. August 1914 war die höchste Entwicklung des Staatsgefühls gewesen, und aus ihm heraus konnten die theoretisch stärksten Grundlegungen des Staatsgedankens sich entwickeln. Der 9. November 1918 bedeutete seinen tiefsten Sturz ...!“⁹⁵

Bei seinem Rückgriff auf die Geschichte reformistischen Denkens gilt das Hauptaugenmerk des Sozialreformismus jedoch zweifellos dem Bernsteinschen Reformismus. In einer „Studie zur innerparteilichen Situation“, veröffentlicht in der SPD-Wochenzeitschrift „Vorwärts“, wird die „revisionistische Entscheidung“ Bernsteins als zu den unabdingbaren Grundlagen des Godesberger Programms gehörend hervorgehoben.⁹⁶ Es sei insbesondere Bernstein gewesen, der die „Anpassung der marxistischen Theorie“ an die Erfordernisse des „liberalen Rechtsstaates“ herbeigeführt habe.⁹⁷ Bernstein habe ausgesprochen, „daß das Verhältnis der Arbeiter zum Staate allmählich anders geworden war“, daß „die Arbeiter zu Staatsbürgern“, zu einer „Kraft des Staates“ würden, erklärte schon Schumacher in seiner Arbeit über die Staatsauffassung der Sozialdemokratie.⁹⁸

Häufig wird von sozialreformistischen Ideologen in diesem Zusammenhang behauptet, die in der Sozialdemokratie herrschende Theorie sei über einen längeren Zeitraum überwiegend vom Marxismus bestimmt worden, während ihre Praxis stets reformistisch und pragmatisch gewesen sei. Es ist Harry Klug zuzustimmen, wenn er bemerkt, mit dieser These werde unterstellt, daß der Widerspruch zwischen marxistischer Theorie [59] und reformistischer Praxis auch für die deutsche Sozialdemokratie des 19. Jahrhunderts charakteristisch gewesen sei, womit faktisch ihre revolutionären Traditionen geleugnet werden, die vor allem im Kampf gegen Bismarck und das Sozialistengesetz, im Kampf gegen Militarismus und kapitalistische Ausbeutung ihren Ausdruck fanden.⁹⁹

Engels kennzeichnete den revolutionären Kampf der deutschen Sozialdemokratie in dieser Periode mit den anerkennenden Worten: „Zum erstenmal, seit eine Arbeiterbewegung besteht, wird der

⁹⁰ MEW, Bd. 19, Berlin 1962, S. 26.

⁹¹ Ebenda, S. 28.

⁹² Ebenda („erleiden“ nach der Ausgabe von 1891).

⁹³ Ebenda.

⁹⁴ K. Schumacher, a. a. O., S. 112.

⁹⁵ Ebenda, S. 120.

⁹⁶ B. Friedrich, Studie zur innerparteilichen Situation, Vorwärts, Bonn, vom 17.1.1974

⁹⁷ Ebenda.

⁹⁸ K. Schumacher, a. a. O., S. 84 f.

⁹⁹ H. Klug, a. a. O., S. 1299

Kampf nach seinen drei Seiten hin – nach der theoretischen, der politischen und der praktisch-ökonomischen (Widerstand gegen die Kapitalisten) – im Einklang und Zusammenhang und planmäßig geführt. In diesem sozusagen konzentrischen Angriffe liegt gerade die Stärke und Unbesiegbarkeit der deutschen Bewegung.¹⁰⁰ Diese Charakterisierung bedeutete vor allem, wie auch Klug mit Recht hervorhebt¹⁰¹, daß die praktische Tätigkeit der revolutionären deutschen Sozialdemokratie durch eine enge Verbindung des Kampfes für die Verbesserung der elementaren Lebens- und Kampfbedingungen der Arbeiterklasse im Rahmen der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft mit ihrer Heranführung an die Überwindung der Ausbeutergesellschaft durch den Kampf für die Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse und die Vergesellschaftung der Hauptproduktionsmittel als der Grundvoraussetzungen für die Schaffung der sozialistischen Gesellschaft gekennzeichnet war. Für die revolutionäre deutsche Sozialdemokratie war der Kampf für Reformen daher ein Bestandteil des Kampfes für die grundlegende Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Sie ging davon aus, daß auf dem Wege von Reformen erkämpfte Teilzugeständnisse nur dauerhaft gefestigt und ausgebaut werden können, wenn der Kampf für Reformen mit dem Kampf für die Entscheidung der Machtfrage zugunsten der Arbeiterklasse verbunden wird. Mit dem Eindringen des Opportunismus und Revisionismus in die Theorie und Praxis der deutschen Sozialdemokratie trat jedoch an die Stelle des Kampfes für die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus die Idee von der Möglichkeit, die Interessen der Arbeiter ohne die Beseitigung der Grundlagen des Kapitalismus verwirklichen zu können. Ihr lag die Vorstellung der Zusammenarbeit der Klassen zugrunde, der in der politischen [60] Praxis die Zusammenarbeit der opportunistischen Führer mit der Bourgeoisie entsprach.

Dem schneiderte vor allem Bernstein das theoretisch-ideologische Kleid, indem er den Marxismus in allen seinen Bestandteilen, in seinem revolutionären Wesen angriff. Es sei am Rande vermerkt, daß schon Bernstein den Rückgriff auf ältere reformistische Gedankengänge empfahl, um die revisionistischen Auffassungen theoretisch zu untermauern. Er setzte dabei große Hoffnungen auf einen Neo-Lassalleanismus und meinte: „Natürlich handelt es sich nicht um Lassalle den Ökonomen, wohl aber um Lassalle den Rechtstheoretiker und Geschichtsphilosophen.“¹⁰² Nicht einmal diese Idee des Sozialreformismus, auf die Geschichte des Opportunismus und Revisionismus zurückzugreifen, ist originell.

Die Sozialdemokratie, so forderte Bernstein, solle alles abwerfen, was sie noch daran hindere, „das scheinen zu wollen, was sie heute in Wirklichkeit ist: eine demokratisch-sozialistische Reformpartei“, „eine Partei, welche die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft durch das Mittel demokratischer und wirtschaftlicher Reform anstrebt“¹⁰³. Unter verbalen Bekenntnissen zum Sozialismus und unter dem Mantel einer angeblich notwendigen „Anpassung“ und Revision des Marxismus nahm Bernstein konzeptionell die Trennung der Reform von der revolutionären Lösung der Machtfrage und die Verabsolutierung der Reform vor. Rosa Luxemburg kennzeichnete dieses revisionistische Vorgehen treffend mit den Worten: Wer sich „für den gesetzlichen Reformweg *anstatt* und *im Gegensatz* zur Eroberung der politischen Macht und zur Umwälzung der Gesellschaft ausspricht, wählt tatsächlich nicht einen ruhigeren, sicheren, langsameren Weg zum *gleichen Ziel*, sondern auch ein *anderes Ziel*, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß unwesentliche Veränderungen in der alten“. Sie bemerkte, daß die Auffassungen Bernsteins „im Grunde genommen nicht auf die Verwirklichung der *sozialistischen* Ordnung, sondern bloß auf die Reformierung der *kapitalistischen*, nicht auf die Aufhebung des Lohnsystems, sondern auf das Mehr oder Weniger der Ausbeutung, mit einem Wort, auf die Beseitigung der kapitalistischen Auswüchse und nicht des Kapitalismus selbst abzielen“¹⁰⁴.

Diese Charakterisierung des Wesens des Bernsteinschen [61] Reformismus trifft im besonderen auf seine Staats- und Demokratieauffassung zu. Nicht nur, daß er die Diktatur des Proletariats als „Phrase“ bezeichnete, die „mit der Wirklichkeit nur dadurch zu vereinen ist, daß man das Wort

¹⁰⁰ MEW, Bd. 18, Berlin 1962, S. 516 f.

¹⁰¹ H. Klug, a. a. O., S. 1299.

¹⁰² D. Koigen, Die Kulturanschauungen des Sozialismus (mit einer Einleitung v. E. Bernstein), Berlin 1903, S. XII.

¹⁰³ E. Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart 1909, S. 165.

¹⁰⁴ R. Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 1, Erster Halbband, Berlin 1970, S. 428 f.

Diktatur seiner faktischen Bedeutung entkleidet und ihm irgendwelchen abgeschwächten Sinn beilegt“¹⁰⁵. Er bezeichnete zugleich die „liberalen Einrichtungen der modernen Gesellschaft“, gemeint sind die politischen Institutionen der bürgerlichen Demokratie, als „wandlungs- und entwicklungsfähig“, die „nicht gesprengt“, sondern „nur fortentwickelt zu werden“ brauchten.¹⁰⁶ Faktisch bedeutete das: Ablehnung der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse – Bekenntnis zur bürgerlich-parlamentarischen Republik als Staatsform der Herrschaft der Bourgeoisie mit demokratischen Zugeständnissen an die Arbeiterklasse. „Überhaupt war der Staat in der ganzen revisionistischen Bewegung nichts als der Träger arbeiterfreundlicher Maßnahmen“, resümieren sozialreformistische Ideologen.¹⁰⁷ In diesem Sinne bezeichnete Bernstein selbst den „Sozialismus“ seiner reformistisch-revisionistischen Prägung als Vollendung des Bourgeoisliberalismus.¹⁰⁸ Gerade dies sei einer der wesentlichen Punkte, „in dem sozialdemokratischer Reformismus und sozialer Liberalismus sich berührten“¹⁰⁹. Es ist jene Linie, die heute, unter wiederum wesentlich veränderten historischen Bedingungen, der Annäherung und weitgehenden Verschmelzung des Sozialreformismus mit dem Reformismus der Monopolbourgeoisie zugrunde liegt.

Sah Bernstein die bürgerlich-parlamentarische Republik, die bürgerliche Demokratie als jene politische Form an, in der die Interessen der Arbeiter ohne Umwälzung der bestehenden gesellschaftlichen und Machtverhältnisse realisiert würden, so mußte er das Klassenwesen dieser politischen Form der Bourgeoisieherrschaft bestreiten. Diese Aufgabe sollte sein Begriff der Demokratie erfüllen. Demokratie müsse man „mit Abwesenheit von Klassenherrschaft übersetzen“, Demokratie sei „prinzipiell die Aufhebung der Klassenherrschaft, wenn sie auch noch nicht die faktische Aufhebung der Klassen ist“, Demokratie sei die „Hochschule des Kompromisses“¹¹⁰. Wen wundert es, daß es gerade diese Ideen sind, die den Sozialreformismus heute wieder so faszinieren, wo er doch mit seiner Formel von der „sozialen Demokratie“ genau diese illusionären, den real existierenden Klassenkampf und die Monopolmacht verschleiern den Behauptungen verkündet; und selbst das Zeichen der „sozialen Demokratie“ hatte Bernstein schon gesetzt, als er im gleichen Zusammenhang betonte, die Aufgabe der Sozialdemokratie bestehe darin, „den Klassenkampf nach und nach durch den Ausbau der sozialen Demokratie zu ersetzen, in sich zu absorbieren“¹¹¹. Die Geschichte hat bewiesen, daß es eine „reine Demokratie“, „frei“ von der Herrschaft einer Klasse, nicht geben kann. Die bürgerliche Demokratie, auf deren ideologischem Boden sich die Vorstellungen über eine „soziale Demokratie“ bewegen, kann zu keiner Aufhebung der ökonomisch bedingten Klassengegensätze und der Klassenherrschaft führen, da sie ihrem Wesen nach selbst eine politische Form der Diktatur der Bourgeoisie ist. Sie wird vielmehr gekennzeichnet durch den Widerspruch zwischen den juristischen Proklamationen der Gleichheit und Freiheit und der tatsächlichen gesellschaftlichen Ungleichheit und Unterwerfung der werktätigen Klassen und Schichten unter die ökonomische und politische Herrschaft des Kapitals. Dieser Widerspruch der bürgerlichen Demokratie verschärft sich mit dem Imperialismus, denn das „Herrschaftsverhältnis und die damit verbundene Gewalt – das ist das Typische für die jüngste Entwicklung des Kapitalismus, das ist es, was aus der Bildung allmählicher wirtschaftlicher Monopole unvermeidlich hervorgehen mußte und hervorgegangen ist“¹¹². Die Dialektik des Imperialismus besteht darin, daß mit der Ausdehnung der Monopolherrschaft auf alle Gebiete des öffentlichen Lebens zugleich die demokratischen Bestrebungen der Arbeiterklasse und aller nichtmonopolistischen Kräfte der kapitalistischen Gesellschaft wachsen und sich der „Antagonismus zwischen dem die Demokratie negierenden Imperialismus und den zur Demokratie strebenden Massen“¹¹³ verschärft.

¹⁰⁵ E. Bernstein, a. a. O., S. 127.

¹⁰⁶ Ebenda, S. 139.

¹⁰⁷ K. Schumacher, a. a. O., S. 85.

¹⁰⁸ E. Bernstein, a. a. O., S. 132.

¹⁰⁹ K. Schumacher, a. a. O., S. 87.

¹¹⁰ E. Bernstein, a. a. O., S. 122, 126.

¹¹¹ Ebenda, S. 139.

¹¹² W. I. Lenin, Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 211.

¹¹³ W. I. Lenin, Werke, Bd. 23, Berlin 1960, S. 14.

Die Geschichte der bürgerlichen Demokratie, die die Geschichte des Kampfes dieser beiden gegensätzlichen Tendenzen ist, hat einen ganz anderen Verlauf als den von Bernstein, Kautsky und anderen reformistischen Theoretikern erwarteten und vorausgesagten genommen; und nicht aus mangelnder Einsicht der Regierenden, an die Bernstein und Kautsky so eindringlich appellierten, um die nach ihrer Sicht „drohende“ revolutionäre Umwälzung aufzuhalten.

[63] Kautsky, sich gegen ihn allerdings nicht treffende Vorwürfe eines „halbanarchistischen Staatsnihilismus“ wendend, begründete seine „staatsbejahende“ Position so: „Nirgends wende ich mich gegen den Staat als solchen, überall verlange ich bloß, daß er dem Proletariat dienstbar gemacht werde.“¹¹⁴ Den bestehenden Staat dem Proletariat dienstbar machen! Dies bedeutete die glatte Absage an die Veränderung der bestehenden Machtverhältnisse und an die historische Rolle der Arbeiterklasse. Es war das Bekenntnis zum kapitalistischen Staat. An anderer Stelle fordert Kautsky, die Tätigkeit der Sozialdemokratie dürfe nie und nimmer „zu einer *Zerstörung* der Staatsgewalt, sondern stets nur zu einer *Verschiebung* der Machtverhältnisse *innerhalb der Staatsgewalt* führen“¹¹⁵. Kautsky hat hier schon ganz den Boden der Verteidigung des kapitalistischen Staates und der Spielregeln des bürgerlichen Parlamentarismus mit dem die Machtverhältnisse nicht antastenden Wechselspiel von Regierung und staatserhaltender Opposition bezogen. Folgerichtig rief er nach dem Sieg der Oktoberrevolution und der Errichtung der Sowjetmacht, als die Monopolbourgeoisie angesichts der revolutionären Bewegung in ganz Europa ihre Macht ernsthaft erschüttert sah, zum Schutz des bestehenden Staates auf: „Den bestehenden Staat zu erhalten, nicht ihn umzustürzen wird *jetzt* unsere Funktion. Insofern hört die Sozialdemokratie auf revolutionär zu sein und wird sie konservativ.“¹¹⁶ Es rundet das Bild ab, wenn Kautsky zugleich zu einem der ideologischen Wortführer der Verleumdungen des Sowjetstaates wurde, indem er den „Gegensatz zweier grundverschiedener Methoden; der demokratischen und der diktatorischen“¹¹⁷ erfand, um einerseits den kapitalistischen Staat als Ausdruck der „Demokratie“ schlechthin zu rechtfertigen und andererseits den Sowjetstaat als „Diktatur“ zu diffamieren. Lenin hat dem in seinem Werk „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ die gebührende wissenschaftliche und politische Antwort erteilt.

Der Rückgriff auf den Lassalleschen, Bernsteinschen und Kautskyschen Reformismus wie auf jeden anderen Reformismus und jede sonstige Spielart bürgerlicher Ideologie kann dem Sozialreformismus nicht zu dem erhofften theoretischen Fundament verhelfen. Denn über sie wie über die gesamte bürgerliche Ideologie hat die Geschichte bereits entschieden.

[64]

¹¹⁴ K. Kautsky, Die Marxsche Staatsauffassung im Spiegelbild eines Marxisten, Jena 1923, S. 26.

¹¹⁵ Zit. nach W. I. Lenin, Marxismus und Staat, Berlin 1960, S. 103.

¹¹⁶ K. Kautsky, Der Bolschewismus in der Sackgasse, Berlin 1930, S. 130.

¹¹⁷ K. Kautsky, Die Diktatur des Proletariats, Wien 1918, S. 3.

3. Wie Friedrich Engels in einen Wegbereiter der „sozialen Demokratie“ verwandelt werden soll

Es hat seit der Begründung der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse durch Karl Marx und Friedrich Engels niemals an Versuchen bürgerlicher, rechts- und „links“ opportunistischer Ideologen gefehlt, die revolutionäre Lehre des Marxismus-Leninismus zu entstellen und zu verfälschen. Keiner der Bestandteile der marxistisch-leninistischen Theorie ist von diesen Angriffen verschont geblieben, weder die marxistisch-leninistische Philosophie, noch die politische Ökonomie noch die Lehre vom wissenschaftlichen Kommunismus. Wenn sich die marxistisch-leninistische Staatslehre des besonderen Interesses jener Apologeten des Kapitalismus aus dem Lager des Revisionismus und Opportunismus ausgesetzt sieht, ist das keineswegs erstaunlich, deckt sie doch das Klassenwesen jedes Staates, die Notwendigkeit der Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmacht als einer entscheidenden Voraussetzung des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus sowie die historische Rolle der Diktatur des Proletariats beim Aufbau des Sozialismus auf. So wies W. I. Lenin die Hörer seiner Vorlesung „Über den Staat“, Arbeiter, Bauern und Soldaten, Funktionäre der gerade erst entstandenen Sowjetmacht, daraufhin, „daß sich wohl kaum eine andere Frage finden wird, die von den Vertretern der bürgerlichen Wissenschaft, Philosophie, Jurisprudenz, politischen Ökonomie und Publizistik absichtlich und unabsichtlich so verwirrt worden ist, wie die Frage des Staates, ... weil sie (in dieser Beziehung nur den Grundlagen der ökonomischen Wissenschaft nachstehend) die Interessen der herrschenden Klassen stärker berührt als irgendeine andere Frage“¹¹⁸.

Die Geschichte der politischen Theorien seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts, die Geschichte des Kampfes zwischen [65] der marxistisch-leninistischen Theorie und den bürgerlichen Lehren ist freilich auch die Geschichte der Niederlagen jener bürgerlichen, rechts- und „links“ opportunistischen Ideologen, die den Marxismus seines revolutionären, weltverändernden Wesens zu entkleiden und ihn in eine liberalistische sozialreformistische Strömung unter mehreren anderen zu verwandeln suchten. Die augenscheinliche Tatsache, daß jeder dieser Versuche gescheitert ist – scheitern mußte – hält die modernen bürgerlichen opportunistischen Sozialreformer jedoch keineswegs davon ab, sich immer wieder auf dem dünnen Feld der Verfälschung der Marxschen Lehre zu versuchen. Unter Berufung auf den „wahren Marx“, den „frühen“ oder „alten“ Marx wird der Sinn ihrer Auffassungen entstellt und oft sogar verfälscht, um die sozialreformistischen, opportunistischen und revisionistischen Positionen zu rechtfertigen. Selbst jene Ideologen dieser Strömungen, die sich auch den Worten nach nicht zum Marxismus bekennen, versuchen, sich in dieser oder jener Weise auf Marx und Engels zu berufen, nur um die Autorität, die die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus auch bei den Volksmassen der kapitalistischen Länder genießen, für ihre Zwecke zu mißbrauchen.

Dazu zählt auch der Versuch, Friedrich Engels in einen „großen Wegbereiter der sozialen Demokratie“ umzudeuten.¹¹⁹ Engels als Ahnherr der „sozialen Demokratie“! Mancher marxistisch gebildete Leser mag ob dieser allzu durchsichtigen Fälschung meinen, es erübrige sich, darauf überhaupt einzugehen. Schließlich bedarf auch die Entlarvung des Kunstfälschers, der sein unrühmliches Handwerk mit allzu leicht zu durchschauenden Mitteln betreibt, keines besonderen Aufwandes. Dennoch gebietet es die Pflicht, *jede* Entstellung der Lehren von Marx, Engels und Lenin aufzudecken und zurückzuweisen und uns auch mit diesen Versuchen, Marx und Engels in bürgerlich-liberale Reformapostel zu verwandeln, die der revolutionären Überwindung des Kapitalismus abgeschworen hätten, wissenschaftlich auseinanderzusetzen.

Das gilt vor allem dann, wenn, wie im gegebenen Falle, „durch bewußte Anknüpfung an die Begründer des ‚wissenschaftlichen Sozialismus‘ eine freiheitliche und humanistische Alternative“¹²⁰ zum real existierenden Sozialismus aufgebaut, das heißt, um es mit aller Deutlichkeit auszusprechen, Marx [66] und Engels unter Entstellung und Verfälschung ihrer Aussagen für gewisse konterrevolutionäre,

¹¹⁸ W. I. Lenin, Werke, Bd. 29, Berlin 1961, S. 462.

¹¹⁹ W. Brandt, Friedrich Engels und die soziale Demokratie, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 166, vom 28.11.1970, S. 1765.

¹²⁰ Ebenda, S. 1770.

antisozialistische Absichten des Sozialreformismus mißbraucht werden sollen. Um nichts anderes handelt es sich hier!

Jede Fälschung hat eine ihr eigene Logik, so auch die sozialreformistische. Um Engels und mit ihm auch Marx in Anhänger oder gar Wegbereiter der „sozialen Demokratie“ zu verwandeln, muß man selbstverständlich erst „nachweisen“, daß sie die Lehre von der Diktatur des Proletariats aufgegeben hätten; wie andererseits die Formel von der „sozialen Demokratie“ ja gerade erfunden wurde, um die Lehre von der Diktatur des Proletariats als überholt und veraltet hinzustellen.

Wie aber den „Nachweis“ führen, daß Marx und Engels gerade vom Kernstück des von ihnen begründeten wissenschaftlichen Sozialismus, der Lehre von der Diktatur des Proletariats, abgegangen wären? Ein schwieriges Unterfangen für die Fälscher aus sozialreformistischer Werkstatt, das zu „lösen“ ihnen nichts anderes einfiel, als den von den bürgerlichen Marx-Fälschern aller Couleur bereits breit getretenen Weg noch ein wenig breiter zu treten. Der „alte Marx“ und der „alte Engels“ sollen wieder einmal gegen den „jungen Marx“ und den „jungen Engels“ ausgespielt werden! Wird ansonsten zumeist der „Junge“ gegen den „Alten“ ins Feld geführt, so diesmal umgekehrt, was zugleich aber auch das einzig Originelle an diesem Vorgehen ist.

Wie wird nun auf dem Felde der Theorie, der Lehre über den Staat, aus dem Original ein gefälschtes Bild? Die Hauptmethode, derer sich der Sozialreformismus dabei bedient, ist es, Marx und Engels, besonders Engels, zu unterschieben, sie hätten in ihren späten Lebensjahren an die Stelle der Diktatur des Proletariats immer mehr die „demokratische Methode“, den „demokratischen Weg“ gesetzt. Die Ersetzung der „diktatorischen Methode“ durch die „demokratische Methode“! Wahrlich, hätte es keinen Bernsteinschen und Kautskyschen Revisionismus gegeben, der Sozialreformismus unserer Tage müßte ihn noch einmal erfinden.

Über diese Linie opportunistischer Verfälschung der Lehre von der Diktatur des Proletariats geht der Sozialreformismus noch hinaus, wenn er die Schöpfer der revolutionären Theorie der Arbeiterklasse zu Kronzeugen ihrer Vorstellungen von [67] einem sozial und demokratisch verbrämten staatsmonopolistischen Kapitalismus erklärt. Wie das geschehen soll, wird aus folgendem ersichtlich. Karl Marx, so wird erklärt, „hat noch in seiner Schrift über die Pariser Commune die Notwendigkeit der revolutionären Zerschlagung der bestehenden Staatsmacht in den Vordergrund gestellt. Doch in seiner berühmten Amsterdamer Rede ... hat auch Marx ausdrücklich von der Möglichkeit einer demokratischen Durchsetzung sozialistischer Ziele in Ländern wie England, den Vereinigten Staaten u. a. gesprochen. Und in seinen Briefen zum Gothaer Vereinigungsprogramm der deutschen Sozialdemokraten von 1875 hat er, bei aller theoretischen Kritik an den Formulierungen, auch für Deutschland den Kampf um die Demokratie nicht abgelehnt“.¹²¹

Wir werden uns insgesamt mit der hier angewandten Methode der Verfälschung auseinandersetzen; deshalb ist es erforderlich, noch die Fortsetzung dieser Sentenzen zu erwähnen. Es heißt dann nämlich weiter: „Friedrich Engels ist nun ... in der positiven Bewertung des demokratischen Weges noch wesentlich weitergegangen. ... Im Jahre 1895, fünf Monate vor seinem Tode, gab er die Artikelserie heraus, die Marx 1850 über ‚Die Klassenkämpfe in Frankreich‘ veröffentlicht hatte. In seinem Vorwort schrieb Engels: ‚Die Geschichte hat aber auch uns unrecht gegeben, hat unsere damalige Ansicht als eine Illusion enthüllt. Sie ist noch weitergegangen: sie hat nicht nur unseren damaligen Irrtum zerstört, sie hat auch die Bedingungen total umgewälzt, unter denen das Proletariat zu kämpfen hat.‘ Die Kampfweise von 1848 sei heute in jeder Beziehung veraltet. Er lobt dann die deutschen Arbeiter, die eine neue Waffe des Kampfes erfolgreich anwenden: den Stimmzettel ... Der späte Engels bemühte sich nun auch, dem Wort von der ‚Diktatur des Proletariats‘ eine neue Deutung zu geben. Als Marx und er – 1850 – dieses Wort geprägt hatten, verstanden sie darunter die Herrschaft der arbeitenden und bisher ausgebeuteten Mehrheit zur Abschaffung der Ausbeutung. An Parteidiktatur und Willkür haben sie nicht gedacht.“¹²²

¹²¹ Ebenda, S. 1766 f.

¹²² Ebenda, S. 1767.

Wie üblich mündet auch dieser Versuch, Marx und Engels gegen den realen Sozialismus ins Feld führen zu wollen, im schäbigen, billigen Antikommunismus. Aber nicht allein darum [68] geht es. Aus dem, wie hier zitiert und noch mehr aus dem, was weggelassen wird, sowie aus dem Kommentieren soll der Leser den Eindruck erhalten, Marx und Engels wären in den siebziger bis neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts von ihren Erkenntnissen über die Notwendigkeit der proletarischen Revolution, der Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmaschine und der Errichtung der Diktatur des Proletariats teilweise oder völlig abgerückt, hätten diese ihre Erkenntnisse später als Illusion abgetan. So heißt es in einer anderen Quelle, in der ebenfalls der Versuch gemacht wird, einen „originären Marxismus“ zum Taufpaten des „demokratischen Sozialismus“ zu erklären, unter Berufung auf die gleichen Ausführungen Engels' über die gegenüber 1848 veränderten *Bedingungen* des Kampfes des Proletariats: „In der kurz vor seinem Tode (1895) geschriebenen Einleitung zur neuen Auflage der Marxsehen Schrift ‚Die Klassenkämpfe in Frankreich‘ nimmt Engels endgültig Abschied von der Illusion einer siegreichen proletarischen Revolution ...“¹²³

Es ist nach all diesen Unterstellungen, die wir dem Leser aber nicht ersparen konnten, an der Zeit, die Dinge wieder richtigzustellen. Auch wenn wir hier nicht in der eigentlich gebotenen ausführlichen Weise auf die Begründung der revolutionären Staatstheorie der Arbeiterklasse durch Marx und Engels eingehen können¹²⁴, erscheint es doch gerechtfertigt, im Hinblick auf die Widerlegung der sozialreformistischen Behauptungen zumindest einen wesentlichen Aspekt hervorzuheben, nämlich den engen und untrennbaren Zusammenhang zwischen der Begründung der Stellung der Arbeiterklasse zum bürgerlichen Staat und der Herausarbeitung der Lehre von der Diktatur des Proletariats. Indem Marx und Engels aus der Analyse und Verallgemeinerung der Rolle der bürgerlichen Staatsmacht in den Klassenauseinandersetzungen zwischen Bourgeoisie und Proletariat, besonders in Frankreich, zu wissenschaftlich begründeten Erkenntnissen über die Stellung der Arbeiterklasse zum bürgerlichen Staat als Ausdruck der Diktatur der Bourgeoisie gelangten, arbeiteten sie zugleich die Lehre von der Diktatur des Proletariats aus.

Gerade dieser Zusammenhang wird von den sozialreformistischen Fälschern der Marxschen Auffassung aus begrifflichen Gründen unterschlagen. Bereits in den Werken, die Marx und [69] Engels vor 1848 schrieben, besonders in der „Deutschen Ideologie“ (1845/46) und im „Elend der Philosophie“ (1847), gelangten sie zu der Erkenntnis, daß, da der Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit die Haupttriebkraft der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft ist, die Lösung des Grundwiderspruchs des Kapitalismus nur darin bestehen kann, den Kapitalismus als Gesellschaftsordnung zu überwinden. Sie erkannten und begründeten auf wissenschaftliche Weise bereits hier die historische Mission des Proletariats bei der Überwindung des Kapitalismus und der Errichtung der von jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen freien kommunistischen Gesellschaftsordnung.

In der „Deutschen Ideologie“ deckten Marx und Engels auch bereits das Wesen des Ausbeuterstaates auf, indem sie ihn als Diktatur der ökonomisch herrschenden Klasse, mittels derer die herrschende Klasse ihre gemeinsamen Interessen durchsetzt, charakterisieren. Sie stellten die Frage der politischen Herrschaft des Proletariats, die sich gemäß der historischen Aufgabe des Proletariats in ihrem Inhalt wie in ihren Formen grundlegend vom Inhalt und den Formen der politischen Herrschaft der Ausbeuter unterscheiden muß. Damit waren sie der Idee von der Diktatur des Proletariats bereits sehr nahe.

Begründet wurde die Lehre von der Diktatur des Proletariats, ohne daß der Terminus hier bereits verwendet wurde, in ihren wesentlichen Zügen im „Manifest der Kommunistischen Partei“. Marx und Engels entwickelten hier folgende, das Wesen der Diktatur des Proletariats bestimmenden Aufgaben:

Da das Proletariat die neue, sozialistische Gesellschaft nur errichten kann, indem es seine eigene politische Macht, seinen eigenen Staat errichtet (die bürgerliche Staatsmacht ist ihrem Klassenwesen nach „nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisieklasse

¹²³ A. Rathmann, Marxismus und demokratischer Sozialismus, in: Die Neue Gesellschaft, Bonn – Bad Godesberg, Heft 8/1972, S. 614.

¹²⁴ Zur Genesis der Staatsauffassung von Marx und Engels bis 1848; vgl. insbesondere K.-H. Schöneburg, Von der proletarischen Revolution in der Staatstheorie, in: Festschrift Arthur Baumgarten, Berlin 1960, S. 163 ff.

verwaltet“¹²⁵), muß seine erste Aufgabe in der proletarischen Revolution, muß „der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse“¹²⁶, die Eroberung der politischen Macht sein. Das neue Staatswesen ist der Ausdruck des als herrschende Klasse organisierten Proletariats. Daran gibt es nichts zu deuten, nichts zu revidieren, nichts zu entstellen. Das ist unerschütterliche Erkenntnis revolutionärer, marxistisch-leninistischer Staatstheorie der Arbeiterklasse, be-[70]stätigt bei der Errichtung des Sowjetstaates und der anderen Staaten der sozialistischen Staatengemeinschaft. Das gilt ebenso uneingeschränkt für die dem Proletariat im Kommunistischen Manifest gewiesene Aufgabe, „seine politische Herrschaft dazu (zu) benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren“¹²⁷. Auch hier: unmißverständlich und im grundsätzlichen Gegensatz zum bürgerlichen Staat die Aufgaben, die der Staat der Arbeiter vor allem zu erfüllen hat. Und schließlich: Die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse durch die Errichtung seiner eigenen Staatsmacht und die mit Hilfe dieser neuen Staatsmacht herbeizuführende Vergesellschaftung des Eigentums an Produktionsmitteln als Voraussetzung der raschen Entwicklung der Produktivkräfte, das ist zugleich die „Erkämpfung der Demokratie“! Und das kann in ihrem materiellen Inhalt wie in ihren Formen nur eine völlig neue, proletarische, sozialistische Demokratie sein.

Damit waren im Kommunistischen Manifest das soziale Wesen der Diktatur des Proletariats und im Zusammenhang damit die gesetzmäßige Einheit des Staates der Diktatur des Proletariats und der sozialistischen Demokratie begründet, der realen Demokratie für die Werktätigen, die allerdings nicht mit den begrenzten Maßstäben und Vorstellungen der bürgerlichen Demokratie zu messen ist. In einem Konspekt „Zur Rolle des Staates“ (Januar/Februar 1917) nannte W. I. Lenin die „Einführung und Verteidigung der Demokratie“ eine der Hauptaufgaben der Diktatur des Proletariats.¹²⁸ Der Terminus Diktatur des Proletariats wurde von Karl Marx erstmals in seinem Werk „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“ verwendet, wo er aus den Erfahrungen des erstmaligen unmittelbaren Aufeinandertreffens der beiden Hauptklassen der bürgerlichen Gesellschaft, Bourgeoisie und Proletariat, von der „Klassendiktatur des Proletariats als notwendige(m) Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt“ spricht.¹²⁹

Die Analyse der politischen Entwicklung Frankreichs, dem Land, in dem die Herrschaft der Bourgeoisie eine „Klassizität“ [71] wie in keinem anderen europäischen Land erreicht hatte, in dem zugleich aber auch „der Kampf des aufstrebenden Proletariats gegen die herrschende Bourgeoisie“ in einer „anderswo unbekanntenen, akuten Form“¹³⁰ in Erscheinung trat, veranlaßte Marx in seinem Werk „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte“, die Stellung der Arbeiterklasse zum bürgerlichen Staat weiter zu präzisieren. Marx verallgemeinerte hier seine Untersuchungen über die Staatsmacht der herrschenden Ausbeuterklassen in der Feststellung: „Alle Umwälzungen vervollkommneten diese Maschine statt sie zu brechen.“¹³¹ „Brechen“, „Zerstörung“ – mit diesen Worten kennzeichnete Marx 1852 die Aufgaben der proletarischen Revolution in bezug auf die bürgerliche Staatsmacht. Damit war ein bedeutender weiterer Schritt in der Herausbildung der revolutionären Staatstheorie der Arbeiterklasse getan. Wenn, wie wissenschaftlich begründet, die Arbeiterklasse ihre historische Mission nur erfüllen kann, indem sie den alten bürgerlichen Staat beseitigt, stellt sich zwangsläufig die Frage, was an dessen Stelle treten soll und wie die neue, proletarische Staatsmacht aussehen soll. Marx dachte sich die neue Staatsmacht nicht aus, sondern untersuchte, wie Lenin später hervorhob, „wie die Revolutionen selbst sie ‚entdecken‘ (,endlich entdecken‘), wie die Arbeiterbewegung selbst an diese Aufgabe herangeht, wie die Praxis sie zu lösen beginnt“¹³².

¹²⁵ MEW, Bd. 4, Berlin 1959, S. 464.

¹²⁶ Ebenda, S. 481.

¹²⁷ Ebenda.

¹²⁸ W. I. Lenin, Marxismus und Staat, Berlin 1972, S. 111.

¹²⁹ MEW, Bd. 7, Berlin 1960, S. 89.

¹³⁰ MEW, Bd. 21, Berlin 1962, S. 249.

¹³¹ MEW, Bd. 8, Berlin 1960, S. 197.

¹³² W. I. Lenin, Marxismus und Staat, Berlin 1972, S. 68.

Zu Lebzeiten von Marx und Engels begann die Praxis des Klassenkampfes in Gestalt der heroischen Pariser Kommune, diese Aufgabe zu lösen, deren Erfahrungen gerade unter staatstheoretischer Sicht Marx in seinem Werk „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ verallgemeinerte. Namentlich die Pariser Kommune hatte den praktischen Beweis erbracht, daß es nicht möglich ist, die bürgerliche Staatsmacht als Instrument der Befreiung der Arbeiterklasse zu handhaben. Marx stellte fest: „Aber die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen.“¹³³ Die proletarische Revolution kann die bürgerliche Staatsmacht nicht übernehmen, sie muß sie zerbrechen. Unter dem unmittelbaren Eindruck der Pariser Kommune erläutert Marx am 12. April 1871 in einem Brief an Kugelmann noch einmal seine bereits im „18. Brumaire“ formulierte Erkenntnis: „Wenn Du das letzte Kapitel meines ‚Achtzehnten Brumaire‘ nachsiehst, wirst Du finden, daß ich [72] als nächsten Versuch der französischen Revolution ausspreche, nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andre zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen, und dies ist die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent. Dies ist auch der Versuch unsrer heroischen Pariser Parteigenossen.“¹³⁴

Auch diese Worte lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Im Gegensatz zu allen bisherigen Revolutionen kann in der proletarischen Revolution die bürokratisch-militärische Maschinerie des Ausbeuterstaates nicht „aus einer Hand in die andere“ übertragen werden, sie muß „zerbrochen“ werden. An ihre Stelle tritt die völlig neue, proletarische Staatsmacht, die Diktatur des Proletariats in dieser oder jener Form. Dafür war die Pariser Kommune der erste historische Versuch. Marx stellte dazu fest: „Ihr wahres Geheimnis war dies: Sie war wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, das Resultat des Kampfes der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte.“¹³⁵ Soweit in kurzen, unvollständigen Umrissen einige in diesem Zusammenhang notwendige Bemerkungen zur Herausbildung der marxistischen Staatstheorie bis zur Pariser Kommune.

Was ist nun zu den Behauptungen sozialreformistischer Ideologen zu sagen, der „späte Engels“ und der Marx nach 1872 hätten ihrer Lehre von der Diktatur des Proletariats eine „neue Deutung“ gegeben bzw. den „demokratischen Weg“ an die Stelle der „Diktatur“ gesetzt? Zwanzig Jahre nach der Pariser Kommune und mehr als vierzig Jahre nach dem Erscheinen des Kommunistischen Manifestes, im Jahre 1891, äußerte sich Engels erneut zur Frage der Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmacht und der Diktatur des Proletariats. In der „Einleitung (zu Karl Marx, ‚Bürgerkrieg in Frankreich‘, Ausgabe 1891)“ ging er noch einmal ausführlich auf die Erfahrungen der Kommune gerade hinsichtlich der entscheidenden Frage jeder Revolution ein, der Frage der politischen Macht. Engels führt dort aus: „Schauen wir heute, nach zwanzig Jahren, zurück auf die Tätigkeit und die geschichtliche Bedeutung der Pariser Kommune von 1871, so werden wir finden, daß zu der im ‚Bürgerkrieg in Frankreich‘ gegebenen Darstellung noch einige Zusätze zu machen sind.“¹³⁶ Die Zusätze beziehen sich [73] aus der Sicht der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts gerade und vorrangig auf die Fragen des Staates. Völlig unmißverständlich erklärt Engels: „Die Kommune mußte gleich von vornherein anerkennen, daß die Arbeiterklasse, einmal zur Herrschaft gekommen, nicht fortwirtschaften könne mit der alten Staatsmaschine; daß diese Arbeiterklasse, um nicht ihrer eignen, erst eben eroberten Herrschaft wieder verlustig zu gehn, einerseits alle die alte, bisher gegen sie selbst ausgenutzte Unterdrückungsmaschinerie beseitigen, andererseits aber sich sichern müsse gegen ihre eignen Abgeordneten und Beamten, indem sie diese, ohne alle Ausnahme, für jederzeit absetzbar erklärte.“¹³⁷

Es folgen die berühmten Sätze an die Adresse jener, die in der bürgerlich-demokratischen Republik das Allheilmittel sahen, jene Sätze, die der Sozialreformismus unserer Tage geflissentlich beim „späten Engels“ übersieht und die wir schon deshalb zitieren möchten: „Diese Sprengung der bisherigen Staatsmacht und ihre Ersetzung durch eine neue, in Wahrheit demokratische, ist im dritten Abschnitt

¹³³ MEW, Bd. 17, Berlin 1962, S. 336.

¹³⁴ MEW, Bd. 33, Berlin 1966, S. 205.

¹³⁵ MEW, Bd. 17, Berlin 1962, S. 342.

¹³⁶ MEW, Bd. 22, Berlin 1963, S. 197.

¹³⁷ Ebenda.

des ‚Bürgerkriegs‘ eingehend geschildert. Es war aber nötig, hier nochmals kurz auf einige Züge derselben einzugehen, weil gerade in Deutschland der Aberglaube an den Staat aus der Philosophie sich in das allgemeine Bewußtsein der Bourgeoisie und selbst vieler Arbeiter übertragen hat. Nach der philosophischen Vorstellung ist der Staat die ‚Verwirklichung der Idee‘ oder das ins Philosophische übersetzte Reich Gottes auf Erden, das Gebiet, worauf die ewige Wahrheit und Gerechtigkeit sich verwirklicht oder verwirklichen soll. Und daraus folgt eine abergläubische Verehrung des Staates und alles dessen, was mit dem Staat zusammenhängt, und die sich um so leichter einstellt, als man sich von Kindesbeinen daran gewöhnt hat, sich einzubilden, die der ganzen Gesellschaft gemeinsamen Geschäfte und Interessen könnten nicht anders besorgt werden, als wie sie bisher besorgt worden sind, nämlich durch den Staat und seine wohlbestallten Behörden. Und man glaubt schon einen ganz gewaltig kühnen Schritt getan zu haben, wenn man sich frei gemacht vom Glauben an die erbliche Monarchie und auf die demokratische Republik schwört. In Wirklichkeit aber ist der Staat nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie ... Der deutsche Philister ist [74] neuerdings wieder in heilsamen Schrecken geraten bei dem Wort: Diktatur des Proletariats. Nun gut, ihr Herren, wollt ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats. London, am zwanzigsten Jahrestag der Pariser Kommune, 18. März 1891, F. Engels.¹³⁸

Wie wir sehen, ist auch beim „späten Engels“ kein Spalt breit Boden für revisionistische, opportunistische oder sozialreformistische Manöver gegeben; es bleibt jenen nur die Methode des Entstellens und Verfälschens. Besonders deutlich wird das an der Art und Weise, wie der Sozialreformismus mit der von Engels verfaßten „Einleitung“ (zu Karl Marx, „Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“) umgeht. Die Veröffentlichung dieser 1895 geschriebenen Einleitung – sie wurde von der Führung der damaligen deutschen Sozialdemokratie niemals vollständig publiziert – hat allein schon ihre Geschichte. In den vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED herausgegebenen Werken von Marx und Engels wird über die Geschichte dieser Veröffentlichung, die für die Auseinandersetzung mit den heutigen Versuchen der sozialreformistischen Auslegung der „Einleitung“ von Bedeutung ist, informiert. Wir wollen sie daher im folgenden wiedergeben.

„Aus einem Brief Richard Fischers an Engels vom 6. März 1895 ist ersichtlich, daß der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von Engels mit Nachdruck verlangte, den – nach Meinung des Vorstands – zu revolutionären Ton der Einleitung abzuschwächen und vorsichtiger zu formulieren. Dabei wurde auf die Gefahr eines neuen Sozialistengesetzes in Deutschland hingewiesen (die Regierung hatte dem Reichstag im Dezember 1894 den Entwurf eines solchen vorgelegt, der in den Monaten Januar bis April 1895 beraten und im Mai 1895 schließlich abgelehnt wurde).

In einem bisher nicht gefundenen Antwortschreiben an Fischer, dessen Inhalt aber aus dem Brief Fischers an Engels vom 14. März 1895 hervorgeht, kritisierte Engels die unentschlossene Haltung der Parteiführung und ihr Bestreben, ausschließlich im Rahmen der Gesetzlichkeit zu handeln. Er war jedoch gezwungen, der Meinung des Parteivorstands Rechnung zu tragen und einige Formulierungen zu ändern sowie einige der politisch schärfsten Stellen der Einleitung zu streichen, in [75] denen vom bevorstehenden bewaffneten Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie die Rede war. Nach Engels' Meinung litt dadurch der ursprüngliche Text der Einleitung um etliches.

Zur gleichen Zeit unternahmen einzelne Führer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands den Versuch, Engels auf Grund dieser Einleitung als Anhänger eines um jeden Preis friedlichen Weges des Übergangs der Macht an die Arbeiterklasse hinzustellen. Am 30. März 1895 erschien im ‚Vorwärts‘, dem Zentralorgan der Partei, ein Leitartikel mit der Überschrift ‚Wie man heute Revolution macht‘. Darin wurden ohne Wissen von Engels mehrere willkürlich herausgegriffene Auszüge aus seiner Einleitung zitiert, die den Eindruck erwecken sollten, Engels sei, wie er am 1. April 1895 an Kautsky schrieb, ‚ein friedfertiger Anbeter der Gesetzlichkeit quand même‘ [sowieso]. In dem Brief an Kautsky vom 1. April 1895 betonte Engels die Notwendigkeit, den vorbereiteten Text der Einleitung in der ‚Neuen Zeit‘ zu veröffentlichen, ‚damit dieser schmähliche Eindruck verwischt wird‘.

¹³⁸ Ebenda, S. 198 f.

Über die mißbräuchliche Publikation der Einleitung im ‚Vorwärts‘ informierte Engels auch Paul Lafargue in einem Brief vom 3. April 1895.

Kurz bevor die Einzelausgabe der Marxschen Schrift erschien, wurde Engels' Einleitung auf sein nachdrückliches Verlangen in der ‚Neuen Zeit‘ XIII. Jahrg. 2. Band, Nr. 27 und 28, 1894-95, veröffentlicht, allerdings mit den obenerwähnten Streichungen und sonstigen Änderungen, die Engels auf Grund der Haltung des Parteivorstands schon im Text zur Einzelausgabe vorzunehmen gezwungen war. Eine vollständige Veröffentlichung der Einleitung erfolgte auch dann nicht, als die Gefahr eines neuen Sozialistengesetzes in Deutschland nicht mehr drohte.

Aber auch in der durch die Streichungen veränderten Fassung bewahrte die Einleitung ihren revolutionären Charakter, und es bedurfte einer groben Fälschung, um dieses Dokument im reformistischen Sinne auszulegen, wie es nach Engels' Tod Bernstein und andere Vertreter des Revisionismus und Opportunismus taten. Sie enthielten dem Leser den Text der Einleitung in seiner vollständigen Fassung vor – obwohl ihnen das Manuskript zur Verfügung stand – und verschwiegen die Umstände, die Engels zu den genannten Streichungen gezwungen hatten. Darüber hinaus entstellten sie den Inhalt des veröffent-[76]lichten Textes und behaupteten, Engels habe in seiner Einleitung, die sie als sein politisches Vermächtnis herausgaben, seine früheren Ansichten überprüft und am Ende seines Lebens einen reformistischen Standpunkt vertreten. Die Revisionisten wollten damit ihre Abkehr vom Marxismus und ihre Angriffe auf die revolutionären Prinzipien verbergen.¹³⁹

Soweit zur Geschichte der Veröffentlichung dieser „Einleitung“. Es blieb dem Sozialreformismus vorbehalten, diese ruhmlose Tradition fortzusetzen, indem behauptet wird, in der „Einleitung“ habe Engels „endgültig Abschied von der Illusion einer siegreichen proletarischen Revolution“¹⁴⁰ genommen und die Möglichkeit der Verwirklichung der Arbeiterinteressen ohne revolutionäre Beseitigung des Kapitalismus anerkannt. Lassen wir Engels selbst zu Wort kommen.

Engels stellt in der „Einleitung“ zunächst fest, daß die grundlegenden Einschätzungen, die in den „Klassenkämpfen in Frankreich“, als „Marx' erster Versuch, ein Stück Zeitgeschichte vermittelst seiner materialistischen Auffassungsweise aus der gegebenen ökonomischen Lage zu erklären“, glänzend bestätigt wurden.¹⁴¹ Die Methode des historischen Materialismus und die durch ihre Anwendung gewonnenen theoretischen Erkenntnisse hatten die Probe der Geschichte bestanden. Unter den letzteren nennt Engels hier ausdrücklich die Forderung nach „Aneignung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft“, in der „die allgemeine Einstimmung der Arbeiterparteien aller Länder der Welt ihre Forderung der ökonomischen Neugestaltung kurz zusammenfaßt“ und durch die „der moderne Arbeitersozialismus sich scharf unterscheidet ebensowohl von allen verschiedenen Schattierungen des feudalen, bürgerlichen, kleinbürgerlichen etc. Sozialismus wie auch von der konfusen Gütergemeinschaft des utopischen wie des naturwüchsigen Arbeiterkommunismus“¹⁴². Selbstverständlich erwähnt der Sozialreformismus, für den die Vergesellschaftung der Produktionsmittel eine „schreckliche Vorstellung“ ist, diese Feststellungen von Engels nicht. Um so mehr meint er Engels dort fälschen und in einen „Wegbereiter der sozialen Demokratie“ umdeuten zu können, wo sich Engels über neue Einsichten äußert.

Als Revolutionär und Mitbegründer der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse hielt es Engels für uner-[77]läßlich, ständig die sich verändernden Kampfbedingungen der Arbeiterklasse zu analysieren und daraus Schlußfolgerungen für die Strategie und Taktik im Kampf für die revolutionäre Veränderung der ökonomischen und politischen Machtverhältnisse zu ziehen! Vornehmlich damit beschäftigte er sich in der über vier Jahrzehnte nach den „Klassenkämpfen in Frankreich“ im Jahre 1895 geschriebenen „Einleitung“. Was hatte sich in den Bedingungen des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie am Ende des 19. Jahrhunderts gegenüber der Mitte des Jahrhunderts verändert, und was ergab sich daraus für die *Formen und Methoden* des Klassenkampfes? Diese Fragen untersuchte und beantwortete Engels hier unter Anwendung der historisch-materialistischen

¹³⁹ Ebenda, S. 644 f., Anm. 433.

¹⁴⁰ A. Rathmann, a. a. O.

¹⁴¹ MEW, Bd. 22, Berlin 1963, S. 511.

¹⁴² Ebenda.

Methode. „Die Geschichte hat aber auch uns“, die in der Periode 1848 bis 1850 die proletarische Revolution erwarteten, „unrecht gegeben, hat unsere damalige Ansicht als eine Illusion enthüllt“, stellt Engels fest.¹⁴³ „Sie hat klargemacht, daß der Stand der ökonomischen Entwicklung auf dem Kontinent damals noch bei weitem nicht reif war für die Beseitigung der kapitalistischen Produktion; sie hat dies bewiesen durch die ökonomische Revolution, die seit 1848 den ganzen Kontinent ergriffen und die große Industrie in Frankreich, Österreich, Ungarn, Polen und neuerdings Rußland erst wirklich eingebürgert, aus Deutschland aber geradezu ein Industrieland ersten Ranges gemacht hat – alles auf kapitalistischer, im Jahre 1848 also noch sehr ausdehnungsfähiger Grundlage.“¹⁴⁴

Also: nicht, wie in bewußter Fälschung behauptet wird, Preisgabe der Idee der proletarischen Revolution, sondern: die Bedingungen für die proletarische Revolution mußten erst voll heranreifen, waren 1848/50 noch nicht reif genug. Engels fährt daher aus der Sicht der Entwicklung seit 1848/50 fort: „Gerade diese industrielle Revolution aber ist es, die überall erst Klarheit geschaffen hat in den Klassenverhältnissen, ... eine wirkliche Bourgeoisie und ein wirkliches großindustrielles Proletariat erzeugt und in den Vordergrund der gesellschaftlichen Entwicklung gedrängt hat. Dadurch aber ist der Kampf dieser beiden großen Klassen, der 1848 außerhalb Englands nur in Paris und höchstens in einigen großen Industriezentren bestand, erst über ganz Europa verbreitet worden und hat eine Intensität erlangt, wie sie 1848 noch undenkbar war.“¹⁴⁵

[78] Keine Nivellierung der Klassenunterschiede, sondern ihre volle Ausprägung; nicht ein allmähliches Abschwächen des Klassenkampfes, sondern seine Intensivierung und Verbreitung über ganz Europa – dies kann nur das Ergebnis einer kapitalistischen Entwicklung sein. Mit der vollen Herausbildung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, der Vertiefung der Klassengegensätze und der Intensivierung des Klassenkampfes verändern sich jedoch auch die Bedingungen, Wege und Methoden des Kampfes. Davon sprach Marx bereits in seiner Amsterdamer „Rede über den Haager Kongreß“ am 8. September 1872. Marx erläuterte dort auf einem Meeting, daß die Arbeiterklasse „die politische Gewalt ergreifen (muß), um die neue Organisation der Arbeit aufzubauen“. Er stellte anschließend daran fest: „Aber wir haben nicht behauptet, daß die Wege, um zu diesem Ziel zu gelangen, überall dieselben seien. Wir wissen, daß man die Institutionen, die Sitten und die Traditionen der verschiedenen Länder berücksichtigen muß, und wir leugnen nicht, daß es Länder gibt, wie Amerika, England, ... wo die Arbeiter auf friedlichem Wege zu ihrem Ziel gelangen können“.¹⁴⁶

Marx spricht hier eindeutig von *einem* möglichen Weg der *revolutionären* Umwälzung und nicht, wie es Opportunismus und Sozialreformismus unterstellen, von der *Ersetzung* der revolutionären Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch ein evolutionäres Hineinwachsen des Kapitalismus in den Sozialismus. Im übrigen hat Marx drei Jahre später, in der „Kritik des Gothaer Programms“, die Lehre von der Diktatur des Proletariats erneut weiter präzisiert.

In den erwähnten Sätzen der Amsterdamer Rede ging es Marx wie später Engels in der „Einleitung“ um die Bedingungen und Wege der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Engels ging unter anderem davon aus, daß die Arbeiterklasse der herrschenden Klasse das allgemeine Wahlrecht abgerungen hat. Es stellte sich damit die Aufgabe, dieses Wahlrecht im Kampf gegen die Bourgeoisie zu benutzen. Es spricht ein weiteres Mal für die geniale Voraussicht der Schöpfer der revolutionären Theorie der Arbeiterklasse, wenn Engels anhand des allgemeinen Wahlrechts, gegen dessen reformistisch-opportunistische Überschätzung und einseitige Verabsolutierung er sich scharf wandte, auf die Möglichkeit hin-[79]wies, Institutionen der bürgerlichen Demokratie im Kampf für die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu nutzen. In der „erfolgreichen Benutzung des allgemeinen Stimmrechts“ als einer der „Staatseinrichtungen, in denen die Herrschaft der Bourgeoisie sich organisiert“, sah Engels *eine* der möglichen Handhaben, „vermitteltst deren die Arbeiterklasse diese selben Staatseinrichtungen bekämpfen kann“¹⁴⁷.

¹⁴³ Ebenda, S. 513.

¹⁴⁴ Ebenda, S. 515.

¹⁴⁵ Ebenda.

¹⁴⁶ MEW, Bd. 18, Berlin 1962, S. 160.

¹⁴⁷ MEW, Bd. 22, Berlin 1963, S. 519.

In diesem Kontext wird auch die Möglichkeit erwähnt, die Wahlen – und damit die Parlamente der bürgerlichen Staaten – zu benutzen, um zur Aufklärung und Organisation der Massen im Kampf für die Beseitigung des Kapitalismus beizutragen, denn „wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten“¹⁴⁸.

W. I. Lenin hat besonders in seinen Werken „Was tun?“ und „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der proletarischen Revolution“ die Strategie und Taktik des Kampfes der Arbeiterklasse für die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft unter den Bedingungen des Imperialismus umfassend ausgearbeitet.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung der Gegenwart entwickelt auf der Grundlage der Lehren von Marx, Engels und Lenin in Verallgemeinerung der neuen Erfahrungen des Klassenkampfes die marxistisch-leninistische Strategie und Taktik des Kampfes der Arbeiterklasse für den weltweiten Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus weiter.

[80]

¹⁴⁸ Ebenda, S. 523.

4. In der Praxis: Sozialreformistische Politik der Staats- und Verfassungsreform. Innere Staatsreform und bürgerliche Demokratie

Es wurde bereits eingangs darauf hingewiesen, daß der Sozialreformismus nicht nur als Ideologie, sondern auch als Politik existiert. Beide Erscheinungsformen des Sozialreformismus existieren nicht unabhängig voneinander, sondern befinden sich in einem engen Wechselverhältnis. Daraus ergibt sich, daß in die kritische Auseinandersetzung mit der sozialreformistischen Ideologie zumindest einige wesentliche Seiten seiner Politik mit einzubeziehen sind. Das mag insbesondere in den Fragen des Staates und der Demokratie gelten.

Wir wollen uns im folgenden jenem Bereich der Politik zuwenden, dem in diesem Zusammenhang naturgemäß ein besonderes Gewicht zukommt, der Politik in bezug auf die imperialistische Staatsmacht. Welche praktische Politik betreibt der Sozialreformismus hinsichtlich der imperialistischen Staatsmacht, insbesondere ihres inneren Mechanismus und ihrer Funktionsweise? Welches sind die Resultate und Wirkungen dieser Politik, gemessen an den Interessen der Arbeiter dieser Länder? In welchem Verhältnis steht die Politik des Sozialreformismus in bezug auf die imperialistische Staatsmacht zu seiner These vom Staat als klassenindifferentem Organ gesellschaftlichen Wandels? Der Beantwortung dieser drei Fragen sollen die folgenden Ausführungen gelten.

Dazu erscheint eine weitere Vorbemerkung erforderlich. Wie nahezu die gesamte bürgerliche Ideologie (selbst ideologische Strömungen des Konservatismus haben heute zumindest verbal die Losung der Reform auf ihre Fahnen geschrieben¹⁴⁹) wendet auch der Sozialreformismus seinen Begriff der Reform für ganz verschiedene Bereiche des gesellschaftlichen Lebens an, wobei ohnehin die Tendenz zu erkennen ist, mehr oder weniger alle gesellschaftlichen Aktivitäten als der Verwirklichung von [81] Reformen dienend zu deklarieren. So werden etwa solche Reformen, die auf Veränderungen der Struktur der kapitalistischen Wirtschaft mit dem vorrangigen Ziel der Profitrealisierung gerichtet sind (z. B. Maßnahmen des imperialistischen Staates zur Anpassung der Struktur der Energiewirtschaft an veränderte Bedingungen der Energiegewinnung), im gleichen Kontext genannt wie gewisse, unter dem Druck der Massen erzwungene Reformen im sozialen Bereich (z. B. gesetzliche Maßnahmen auf dem Gebiete der Krankenversicherung).

Liegen dem schon im starken Maße apologetische Absichten zugrunde, so erst recht dem Komplex von Konzeptionen und praktischen politischen Maßnahmen, die den staatlichen Bereich selbst betreffen. Es ist auffällig, daß gerade in den imperialistischen Hauptländern mehr oder weniger umfassende Programme einer Reorganisation des politischen und staatlichen Mechanismus angestrebt und mit Vorliebe unter dem Schild angeblich erforderlicher Reformen des Staates und der Verfassung propagiert werden. Darunter fallen selbst reaktionärste Einschnitte in das politische System.¹⁵⁰

Die sozialreformistische Politik hinsichtlich der imperialistischen Staatsmacht steht heute unter dem ausdrücklichen Motto, die „Funktions- und Leistungsfähigkeit“ des Staates erhalten und erhöhen zu wollen. „Um die Leistungsfähigkeit des Staates im Übergang zu den Aufgaben der siebziger Jahre zu sichern, sind im kommenden Jahrzehnt weitgehende Reformen erforderlich“, heißt es bereits in den Materialien, die der Vorstand der SPD dem Nürnberger Parteitag 1968 vorlegte.¹⁵¹

Schon aus diesem Satz, der hier nur stellvertretend für zahlreiche Äußerungen gleicher Art steht, werden die beiden entscheidenden Momente sozialreformistischer Politik in der Frage des Staates deutlich. Es wird ausdrücklich hervorgehoben, daß es erstens darum gehe, den bestehenden Staat „funktions- und leistungsfähiger“ zu gestalten, und daß zweitens der Weg zur Erreichung dieses Zieles der der Reformen des Staates sei.

Was bedeutet dieser Satz für die praktische Politik des Sozialreformismus? Wir halten uns an die Tatsachen, die besagen, daß der Staat der entwickelten kapitalistischen Länder seinem Klassenwesen nach der Staat der Monopole ist. Die Funktion, die er vor allem zu erfüllen, die Leistung, die er primär

¹⁴⁹ Vgl. [L. Elm, Der „neue“ Konservatismus, in: Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie, Bd. 49, Berlin 1974](#), S. 48 ff.

¹⁵⁰ Vgl. Autorenkollektiv, *Monopolmacht und Verfassung in Westdeutschland*, Berlin 1968.

¹⁵¹ *Tatsachen – Argumente*, Bonn, Nr. 235/1968, S. 28.

zu erbringen hat, ist die Erhaltung des kapitalistischen [82] Systems, ist die Sicherung der Herrschaft der Monopole. Darüber können keinerlei Phrasen über eine angebliche „Gemeinwohl“-funktion dieses Staates hinwegtäuschen.

Diese ihre wichtigste Aufgabe zu erfüllen, wird für die imperialistische Staatsmacht immer schwieriger. Die Gründe ergeben sich aus einem ganzen Komplex von Faktoren, von denen vor allem die Verschärfung der inneren Widersprüche des Kapitalismus sowie die Wirkungen des zugunsten des Sozialismus veränderten internationalen Kräfteverhältnis zu nennen sind. Daraus erklärt sich das Bestreben der Monopolbourgeoisie, die Staatsmacht als das Hauptinstrument ihrer Klassenherrschaft nicht allein intakt zu halten, sondern sie zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben noch wirksamer auszurüsten. Der Ruf nach der Erhöhung der „Funktions- und Leistungsfähigkeit“ des Staates kommt daher zu allererst aus dem Lager der herrschenden Klasse selbst, insbesondere von den Verbänden und Parteien des Monopolkapitals. In der BRD waren es die Monopolverbände und die CDU/CSU, die schon Anfang der sechziger Jahre eine „funktions- und leistungsfähige“ Staatsmacht forderten und zu diesem Zweck Reformen des Staates und der Verfassung in die Wege leiteten.

Sie schlossen sich unmittelbar an die seit Bestehen dieses Staates von den gleichen Kräften betriebenen reaktionären Eingriffe in das Verfassungssystem mit dem Ziel der Entfernung der darin noch enthaltenen bürgerlich-demokratischen Elemente an.

Einschneidende reaktionäre Änderungen der Verfassung der BRD – des Grundgesetzes – wurden bereits 1951 im Zusammenhang mit der Verschärfung des politischen Strafrechts sowie in den Jahren 1954-1956 und 1958 aus Anlaß der Wiederaufrüstung und der Eingliederung der BRD in die NATO vollzogen. Einen ausgeprägt antidemokratischen Bruch von Verfassungsproklamationen bedeutete das 1956 verhängte und bis heute nicht aufgehobene Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts gegen die KPD. Der am schwersten wiegende reaktionäre Eingriff in die Verfassung erfolgte schließlich mit dem Erlaß der Notstandsgesetze, besonders der sogenannten Notstandsverfassung im Jahre 1968, durch die sich die herrschenden Kreise die Ermächtigung verschafften, gegebenenfalls das parlamentarische System aufzulösen und zu [83] offen diktatorischen Formen und Methoden ihrer Herrschaft überzugehen. Zugleich lieferten die mit der Finanzreform der Jahre 1967 und 1968 vorgenommenen Verfassungsänderungen erweiterte Handhaben zur staatsmonopolistischen Lenkung der Wirtschaft, wobei wesentliche, die Rechte der Länder, Städte und Gemeinden betreffende Bestimmungen der Verfassung aufgehoben oder verändert werden. Im Zuge dieser Entwicklung wurden unter den von der CDU/CSU geführten Regierungen von den 146 Artikeln des Grundgesetzes 65 völlig oder teilweise aufgehoben, ergänzt oder verändert und 33 neu eingefügt.

Einige der von der CDU/CSU unter dem Motto der Reformen des Staates geplanten reaktionären Verfassungseingriffe, wie die vorgesehene Parlaments- und Wahlrechtsreform, konnten von ihr nach dem Verlust der Regierungsverantwortung nicht mehr in Angriff genommen werden. Es darf bei all dem nicht unberücksichtigt bleiben, daß die meisten dieser Verfassungsänderungen erst mit Zustimmung der Mehrheit der SPD-Fraktion möglich wurden, wie das insbesondere bei der Verabschiedung der Notstandsverfassung der Fall war. In diesem Zusammenhang muß überhaupt erwähnt werden, daß eine auffällige Übereinstimmung der Fraktionen des Bundestages bei der Verabschiedung von Gesetzen zu verzeichnen ist, was selbstverständlich unterschiedliche Auffassungen zu dieser oder jener Gesetzesformulierung nicht ausschließt. Immerhin ist es recht aufschlußreich, daß im Jahre 1973, um nur dieses eine Jahr herauszugreifen, 96% der vom Bundestag der BRD verabschiedeten Gesetze einstimmig, das heißt mit den Stimmen der CDU/CSU-Opposition, angenommen wurden!¹⁵²

Diese sich hier dokumentierende Übereinstimmung in wesentlichen Fragen der Politik – eine andere Schlußfolgerung läßt dieser Sachverhalt wohl nicht zu – äußert sich auch in den Vorhaben zur Reform des Staates und der Verfassung. Ihre sichtbare äußere Widerspiegelung findet die weitgehende Übereinstimmung in den Fragen, die den Mechanismus, die Arbeitsweise und die Struktur der imperialistischen Staatsmacht betreffen, in der Aufgabenstellung der „Enquete-Kommission des Bundestages

¹⁵² Vgl. Parlamentsreform in der BRD, hrsg. von H. Liesegang, (West-)Berlin-New York 1974, S. 24.

für Fragen der Verfassungsreform“. Diese Kommission wurde 1970 auf gemeinsamen Beschluß aller drei im Bundestag der BRD vertretenen Fraktionen mit [84] dem Auftrag eingesetzt, „zu prüfen, ob und inwieweit das Grundgesetz den gegenwärtigen und voraussehbaren zukünftigen Erfordernissen“ anzupassen sei.¹⁵³ Der Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Lenz, konnte diesen Beschluß als die „konsequente Fortsetzung“ des bereits bisher von den beiden Parteien seiner Fraktion eingeschlagenen Weges werten. In der Tat hatten 42 Abgeordnete der CDU/CSU bereits 1968, als die Regierung gemeinsam von CDU/CSU und SPD gestellt wurde, im Bundestag eine „Große Anfrage zur Weiterentwicklung des föderativen Systems“ eingebracht, die darauf hinauslief, nach den zahlreichen einschneidenden Verfassungsänderungen der vergangenen Jahre eine Generalrevision der Verfassung, die alle noch vorgesehenen Eingriffe gewissermaßen in einer einzigen Aktion vornehmen sollte, durchzusetzen.

Zur Begründung der Reformen des Staates und der Verfassung bedienen sich alle im Bundestag vertretenen Parteien ebenfalls einer weitgehend übereinstimmenden Argumentation. Bei den Staats- und Verfassungsreformen gehe es darum, „wesentliche Zukunftsaufgaben besser bewältigen zu können. denen sich der Staat auf Grund der technischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung und auf Grund des gesellschaftlichen Wandels heute gegenüber sieht“¹⁵⁴.

Dieser Schein einer harmlosen Modernisierung eines klassenneutralen Staates nach klassenindifferenten Erfordernissen schwindet jedoch alsbald, wenn man sich die Richtungen und Wirkungen der bereits in Gang gesetzten bzw. noch geplanten Projekte dieser Reformen des Staates und der Verfassung ansieht. Ihnen liegen deutlich zwei Tendenzen zugrunde.

Das ist zum einen die unübersehbare Entwicklung zu einer weiteren wesentlichen Zentralisation der politischen Gewalt bei der Exekutive des Staates. Dem dienen, was insbesondere auch die Wirkung betrifft, die Maßnahmen zum Ausbau der Kompetenzen der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Einführung weiterer staatsmonopolistischer Lenkungsmethoden (Regierungsreform), die bereits in Angriff genommenen und noch vorgesehenen Veränderungen in den Beziehungen zwischen Bund und Ländern (Bundesstaatsreform) in der Richtung auf weitere Korrekturen an der bundesstaatlichen (föderativen) Staatsstruktur zugunsten des Bundes sowie die Projekte zur Neuregelung des Verhältnisses zwischen Regierung und Parla-[85]ment (Parlamentsreform) mit einer auf Kosten des Parlaments gehenden Erweiterung der Vollmachten der Exekutive.

Damit eng verbunden ist zum anderen der Prozeß der Stärkung des unmittelbaren staatlichen Repressivapparates in Gestalt der Armee, der Polizei und des Gerichtswesens, der sich ebenfalls im Zeichen von Reformen (Bundeswehrreform, Justizreform usw.) vollzieht und im Gesamtrahmen der Reformen des Staates und der Verfassung einen sichtbaren Vorrang genießt.

Aus dem Auftrag der „Enquete-Kommission“ und anderer Kommissionen sowie aus weiteren offiziellen Stellungnahmen ergibt sich, daß die im Bundestag vertretenen Parteien ihre Aufgabe darin sehen, die Reformen des Staates und der Verfassung möglichst nach einem gemeinsamen Konzept durchzuführen. So heißt es in Äußerungen verantwortlicher Mitarbeiter des Bundeskanzleramtes der BRD: „Regierungsreform, Parlamentsreform, Parteienreform und Verwaltungsreform müßten auf der Grundlage einer einheitlichen Reformstrategie und eines einheitlichen Reformkonzepts für das gesamte politische System erfolgen.“¹⁵⁵ Diese Gemeinsamkeit im Grundlegenden ist tatsächlich das vorherrschende Moment auf diesem Gebiet; sie überwiegt auch gegenüber einigen Unterschieden, die mehr die Wege zur Erreichung des Ziels betreffen, das da heißt Erhöhung der „Funktions- und Leistungsfähigkeit“ des Staates. So werden mehrere Projekte erwogen, die Befugnisse des zentralen Regierungsapparates auszubauen und seine Tätigkeit stärker auf die Prioritäten der staatlichen Politik zu konzentrieren.

¹⁵³ Aus dem Antrag des Rechtsausschusses des Bundestages, zit. nach: Das Parlament, Bonn, vom 21. 11. 1970.

¹⁵⁴ Arbeitsprogramm der Bundesregierung zu innenpolitischen Vorhaben, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 38, vom 16.3.1971, S. 400 f.

¹⁵⁵ A. Theis, Stand der Überlegungen zur Regierungsreform im Bund, Die Verwaltung, (West-)Berlin, Heft 1-4/1970, S. 73.

In einem dieser Modelle wird unter Berufung auf „die immer häufiger erhobene Forderung nach stärkerer Einheitlichkeit in der politischen Führung durch Stärkung der Position des Bundeskanzlers“¹⁵⁶ dem Regierungschef die nahezu ausschließliche Kompetenz übertragen, die Ziele und Prioritäten in allen Fragen der Politik festzulegen, während die Ressortminister nur ausführende Funktionen wahrzunehmen hätten.

Ein anderes Modell sieht vor, sowohl dem Regierungschef als auch dem gesamten Kabinett die Festlegung der politischen Zielsetzungen und Prioritäten zu übertragen und so die Stellung des Regierungschefs im Regierungssystem unter Einbe-[86]ziehung des gesamten Kabinetts zu stärken. In jedem Fall führen diese Reformen jedoch zu Auswirkungen auf das Verhältnis von Regierung und Parlament sowie von Bund und Ländern, und zwar in Richtung der Einschränkung der Rechte des Parlaments und der Länder zugunsten der zentralen Exekutivorgane des Staates. Sie würden einen Prozeß fortsetzen, der schon seit der Mitte der sechziger Jahre verstärkt in Erscheinung tritt. Schon das im Jahre 1967 von der damaligen CDU/CSU/SPD-Regierung verabschiedete „Gesetz zur Sicherung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ (es wäre hierzu anzumerken, daß das Gesetz seinem anspruchsvollen Namen nicht gerecht wurde und selbstverständlich auch nicht gerecht werden konnte; die mit ihm geschaffenen Instrumentarien der Wirtschaftsregulierung haben weder die Stabilität noch das Wachstum der Wirtschaft gesichert, sondern mußten vor den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus die Waffen strecken) legte unter anderem fest, daß die Regierung den Finanzplan einschließlich der durch ihn ausgewiesenen politischen Prioritäten beschließt und ihn Bundestag und Bundesrat vorzulegen hat (§ 9). Er bedarf jedoch zu seinem Inkrafttreten nicht der Zustimmung des Bundestages oder Bundesrates. Der Bundestag hat lediglich einen gewissen Einfluß auf die Reihenfolge der im Finanzplan ausgewiesenen Vorhaben. Damit werden in ganz entscheidenden Fragen der Politik, die in der Finanzplanung ihre materielle Absicherung finden, die Gesetzgebungs- und Kontrollrechte des Parlaments faktisch ausgeschaltet.

Dennoch ist dies nur *ein* Ausdruck des sich in der BRD wie in anderen imperialistischen Staaten vollziehenden Abbaus der Rolle des Parlaments. Im politischen Mechanismus der Herrschaft der Bourgeoisie stellt das bürgerliche Parlament insofern einen neuralgischen Punkt dar, als es die Aufgabe hat, die kapitalistische Klassenherrschaft hinter einer demokratischen Fassade zu verbergen. Korruptionsaffären von Abgeordneten, Lobbyismus, leere Abgeordnetenbänke, das Spiel hinter den Kulissen und andere Erscheinungen der Zersetzung des bürgerlichen Parlamentarismus lassen den äußeren Glanz dieser Fassade schwinden. Das ungeschminktere Antlitz der vom Monopol korrumpierten bürgerlichen Demokratie wirkt aber auch der Formel des Sozialreformismus entgegen, diese Demo-[87]kratie, aufpoliert als „soziale Demokratie“, sei zugleich die beste aller Demokratien. Und so soll nun in Gestalt einer „Parlamentsreform“ dem bürgerlichen Parlamentarismus wieder etwas mehr Leben eingehaucht werden. In Erwägung gezogen werden optisch effektvollere Debatten in der Form von Rede und Gegenrede, eine größere Zahl von Hearings nach anglo-amerikanischem Muster, eine Aktivierung des Petitionsausschusses nach skandinavischem Vorbild und ähnliche Dinge, die ihren Charakter als kosmetische Verschönerungsoperationen jedoch kaum verhüllen können und nicht den Interessen der Arbeiter dienen.

Es hieße die praktische sozialreformistische Politik der Staatsreformen unvollkommen zu charakterisieren, würde man die Maßnahmen in bezug auf den unmittelbaren staatlichen Repressivapparat aussparen. Sie sind, wie sich herausstellt, ein für den Sozialreformismus offensichtlich unverzichtbarer Bestandteil seiner Politik der Funktionssicherung der imperialistischen Staatsmacht und daher auch mit kennzeichnend für das Wesen dieser Politik.

Auch hier sprechen die Fakten für sich. In der Regierungsverantwortung hat die SPD mit Vorrang die Reform der Bundeswehr mit dem Ziel, deren „Schlagkraft und Einsatzfähigkeit“ zu erhöhen, betrieben. Das betraf vor allem die Fortentwicklung der Führung, Planung und Ausrüstung dieser stärksten imperialistischen Armee Westeuropas. Im Zusammenhang damit erreichte der Rüstungshaushalt der BRD von Jahr zu Jahr steigende Rekordhöhen. Es wurden und werden zur gleichen Zeit von der

¹⁵⁶ Ebenda, S. 87.

gleichen Regierung wichtige Maßnahmen im sozialen Bereich gestrichen, gekürzt oder hinausgeschoben – mit der Begründung, daß deren Finanzierung nicht möglich sei.

Im Juni 1972 verabschiedete der Bundestag auf Initiative der Regierung eine Reihe von Gesetzen, die als Teile eines umfassenderen „Programms für die innere Sicherheit der BRD“ bezeichnet wurden. Diese Gesetze betreffen vor allem die Tätigkeit des Bundesgrenzschutzes und der Geheimdienstbehörde des Bundesamtes für Verfassungsschutz sowie das Haftrecht und die Bestimmungen über den Besitz und Gebrauch von Waffen.

Mit dem Gesetz über den Bundesgrenzschutz, selbstver-[88]ständig ebenfalls als Reform deklariert, wurden die rechtlichen Möglichkeiten für den Einsatz des Bundesgrenzschutzes im gesamten Gebiet der BRD geschaffen (ursprünglich war das Einsatzgebiet auf ein Territorium von 30 km Tiefe entlang der Staatsgrenze der BRD beschränkt). Als eine „Polizei des Bundes“ kann dieses militärische Organ künftig zur „Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung in Fällen von besonderer Bedeutung“ im Innern der BRD eingesetzt werden. Es erübrigt sich angesichts der Praktiken der Repressivorgane in allen imperialistischen Staaten der Hinweis, daß die Berufung auf eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vorwiegend der Rechtfertigung der Unterdrückung antiimperialistischer Aktivitäten der Volksmassen dient.

Im Zusammenhang mit diesem Gesetz wurden weitere personelle Verstärkungen des Bundesgrenzschutzes vorgenommen sowie zusätzliche finanzielle Mittel bereitgestellt (die Mittel für den Bundesgrenzschutz betragen 1973: 565,4 Mio. DM). Die im Bundestag der BRD vertretenen Parteien begründen diese und andere der Zentralisierung des Repressivapparates dienenden Gesetze (zum Beispiel das am 1.9.1970 in Kraft getretene Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Einrichtung eines Bundeskriminalamtes, das dessen sich auf das gesamte Gebiet der BRD erstreckende Kompetenzen erweiterte) mit der Notwendigkeit verstärkter Verbrechensbekämpfung.

Die Kriminalität in der BRD ist wie in anderen imperialistischen Staaten, voran die USA, in der Tat in den letzten Jahren explosionsartig gestiegen. Im gleichen Maße wachsen Unruhe und Besorgnis über diese Entwicklung bei weiten Schichten der Bevölkerung, so daß die zuständigen staatlichen Organe nicht tatenlos zusehen können. Jedoch: Waren die offiziellen Organe der kapitalistischen Gesellschaft schon immer unfähig, gegen die Quellen der Kriminalität anzugehen, da diese im Wesen des Kapitalismus selbst liegen, so sind sie es heute vor allem hinsichtlich der sprunghaften Ausbreitung dieser sozialen Erscheinung der Ausbeutergesellschaft. Die staatlichen Maßnahmen der Kriminalitätsbekämpfung laufen der tatsächlichen Entwicklung der Kriminalität im Kapitalismus immer hinterher, wobei dieser Abstand mit der Vertiefung der allgemeinen Krise dieses Systems immer größer wird. Das [89] ist das eine, was zu dieser „Begründung“ bürgerlicher Politiker und Ideologen zu sagen wäre. Das andere, was unbedingt hinzugefügt werden muß, ist, daß die Kriminalitätsbekämpfung nicht selten zum Vorwand für die allseitige Stärkung des Repressivapparates sowie seines Einsatzes gegen die demokratischen Kräfte genommen wird. So wurde das kriminelle, terroristische Treiben der Baader-Meinhoff-Gruppe Anfang der siebziger Jahre als unmittelbarer und wohl auch nicht unwillkommener Anlaß für die Verabschiedung bereits seit längerer Zeit geplanter Gesetze auf dem Gebiete der Strafjustiz benutzt. Das gleiche wiederholte sich anläßlich der Entführung des Westberliner CDU-Vorsitzenden Lorenz im Februar 1975. Erneut nutzten die reaktionärsten Kräfte in der CDU und CSU einen kriminellen Akt, um eine Welle des Antikommunismus zu entfachen und unter der Losung, wirksamere Vorkehrungen für die „innere Sicherheit“ zu treffen, die weitere Verstärkung des staatlichen Repressivapparates zu fordern. Wie die vielfachen Maßnahmen zum Ausbau der Polizeiorgane und die Gesetze zur Verschärfung des Haftrechts beweisen, wird dem weitgehend entsprochen. Die aus Anlaß anarchistischer Terrorakte besonders von den Rechtskräften geschürte Psychose des Antikommunismus weist im übrigen deutlich genug darauf hin, daß mit diesen Gesetzen vor allem weitere Handhaben zum Vorgehen gegen die revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse und alle Demokraten geschaffen werden sollten.

Das wird auch durch die neuerliche Verschärfung des Berufsverbots für Kommunisten im öffentlichen Dienst bestätigt. Auch hier ging die Initiative von der CDU/CSU aus, deren Bundestagsfraktion

in einer Erklärung vom 18. Januar 1972 gefordert hatte: „Die Kommunisten müssen von jedem Einfluß auf öffentliche Angelegenheiten ferngehalten werden.“

Über diese Zielsetzung waren sich die Führungen aller im Bundestag vertretenen Parteien von Anfang an einig. Noch im gleichen Monat faßte daher eine Konferenz der Innenminister und Ministerpräsidenten der Länder Beschlüsse, nach denen Kommunisten und „Sympathisierende“ vom Berufsverbot für den öffentlichen Dienst bedroht sind. Auf dieser Grundlage wurde in zahlreichen Fällen Bürgern der BRD die Tätigkeit im öffentlichen Dienst (einschließlich des Schulwesens) ver-[90]wehrt. Um ein einheitliches Vorgehen im gesamten Gebiet der BRD zu gewährleisten, wurde von der SPD/FDP-Regierung inzwischen ein Gesetz vorgelegt und in erster Lesung im Bundestag behandelt. Die von der SPD geführte Regierung denkt also nicht nur nicht daran, die antidemokratischen Beschlüsse des Jahres 1972 aufzuheben, sondern will sie durch ein Bundesgesetz ausdrücklich bekräftigen. In diesem Zusammenhang kann auch nicht unerwähnt bleiben, daß gerade die rechte Führung der SPD das Zusammengehen von Sozialdemokraten und Kommunisten unter die Strafe des Parteiausschlusses gestellt hat und damit den Antikommunismus forciert sowie die erfolgreiche Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter erschwert.

Eine Politik des Antikommunismus und der Festigung der Staatsmacht der Monopolbourgeoisie widerspricht den Arbeiterinteressen und denen aller Werktätigen. Worin bestehen folglich die objektiven Wirkungen der sozialreformistischen Politik der Reformen des Staates und der Verfassung?

Objektiv wirken diese Reformen in Richtung auf die Zentralisation der politischen Macht, die Stärkung der Exekutive, die Schwächung der Position des Parlaments sowie die Einschränkung der bürgerlichen Grundrechte. Da es sich in keiner Weise um solche strukturellen Reformen handelt, die darauf hinzielen, reale Veränderungen der politischen Machtverhältnisse zu erwirken, sondern um solche, die die Wirkungsweise des Mechanismus des bestehenden Staates erhalten und verstärken sollen, können die Effekte auch keine anderen sein.

Die Ergebnisse dieser auf die Effektivierung der bestehenden Staatsmacht gerichteten Politik erhöhen die Schwierigkeiten, vor denen der Sozialreformismus steht. Sie wirken insbesondere seinen Integrationsbestrebungen, das heißt seinen Versuchen, die Arbeiter und anderen Werktätigen mit dem kapitalistischen System zu versöhnen, entgegen. Denn der Sozialreformismus engt mit seiner der Erhöhung der „Funktions- und Leistungsfähigkeit“ des bestehenden Staates dienenden Politik den Handlungsspielraum, den die bürgerliche Demokratie bietet, ein.

Die Grundinteressen der Monopolbourgeoisie sind auf die Stärkung der Staatsmacht als des wichtigsten Instrumentes ihrer Klassenherrschaft gerichtet. Jeder Schritt zur Stärkung der imperialistischen Staatsmacht und zum Ausbau ihrer Rolle im gesellschaftlichen Leben vertieft jedoch den Widerspruch zur bürgerlichen Demokratie.

Diese Dialektik kann auch der Sozialreformismus nicht umgehen. Wer eine promonopolistische Politik der Reformen des Staates und der Verfassung betreibt und zugleich „mehr soziale Demokratie“, „Mitverantwortung“ und „Teilhabe“ verspricht, verstrickt sich gegenüber seinen Anhängern und Wählern in ernste Widersprüche. Er muß damit rechnen, daß sich die Enttäuschten und Unzufriedenen von ihm abwenden und möglicherweise, zumindest ein Teil von ihnen, den demagogischen Phrasen der Konservativen und anderer Rechtskräfte auf den Leim gehen. Wahlergebnisse und andere Erscheinungen des politischen Lebens in der BRD und anderen imperialistischen Staaten weisen auf solche Vorgänge hin.

Mit einem weiteren Nachgeben gegenüber dem Druck der Rechtskräfte ist dem ebensowenig zu begegnen wie mit Versuchen, sich diesen Kräften gegenüber durch kosmetische Operationen bürgerlich-parlamentarischer Institutionen, die ihnen belebende Attraktivität verleihen sollen, zu profilieren. Würden hingegen die vielfachen Erklärungen, Politik im Interesse der Arbeiter und der Mehrheit des Volkes betreiben zu wollen, ernsthaft in die Tat umgesetzt, böte sich ein weites Feld der Betätigung. Gerade in den Fragen der Demokratie!

So wäre es ein Akt im Interesse der werktätigen Bevölkerung der BRD, wenn in der Verfassung das Recht der Arbeiter und Angestellten auf Mitbestimmung am Arbeitsplatz, in der Gesellschaft und im

Staat verankert und im Leben verwirklicht würde. Es bedürfte dabei nicht einmal formeller Verfassungsänderungen, um wichtige demokratische Maßnahmen in Gang zu setzen. Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes bieten zum Beispiel durchaus die verfassungsmäßige Grundlage, der Bodenspekulation Einhalt zu gebieten, indem jener Grund und Boden, der sich in den Händen von Konzernen und Großgrundbesitzern befindet, enteignet und für soziale Zwecke nutzbar gemacht wird. Zugleich wäre es ein Ausdruck realer demokratischer Aktivität, wenn die im Grundgesetz proklamierten Rechte der Bürger nicht nur nicht weiter eingeschränkt, sondern gesichert, erweitert und verwirklicht würden. Es hieße andererseits, aus dem Verfassungstext jene Bestimmungen zu [92] entfernen, durch die elementare demokratische Rechte aufgehoben werden können. Das beträfe unter anderem die Notstandsverfassung. Ein selbstverständliches Gebot demokratischer Gesinnung wäre die Aufhebung des noch immer bestehenden Verbotes der KPD und aller der Verfolgung antiimperialistischer Kräfte dienenden juristischen Repressalien.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, einen Katalog demokratischer Forderungen aufzustellen. Die Punkte, die genannt wurden, und weitere, die hier nicht erwähnt wurden, werden von den demokratischen Kräften in der BRD als Mindestforderungen einer auf den demokratischen und sozialen Fortschritt gerichteten Politik erhoben. Die Kommunisten der BRD haben alle dazu bereiten Kräfte aufgerufen, sich über den Weg des demokratischen und sozialen Fortschritts zu verständigen und ihn gemeinsam zu beschreiten.